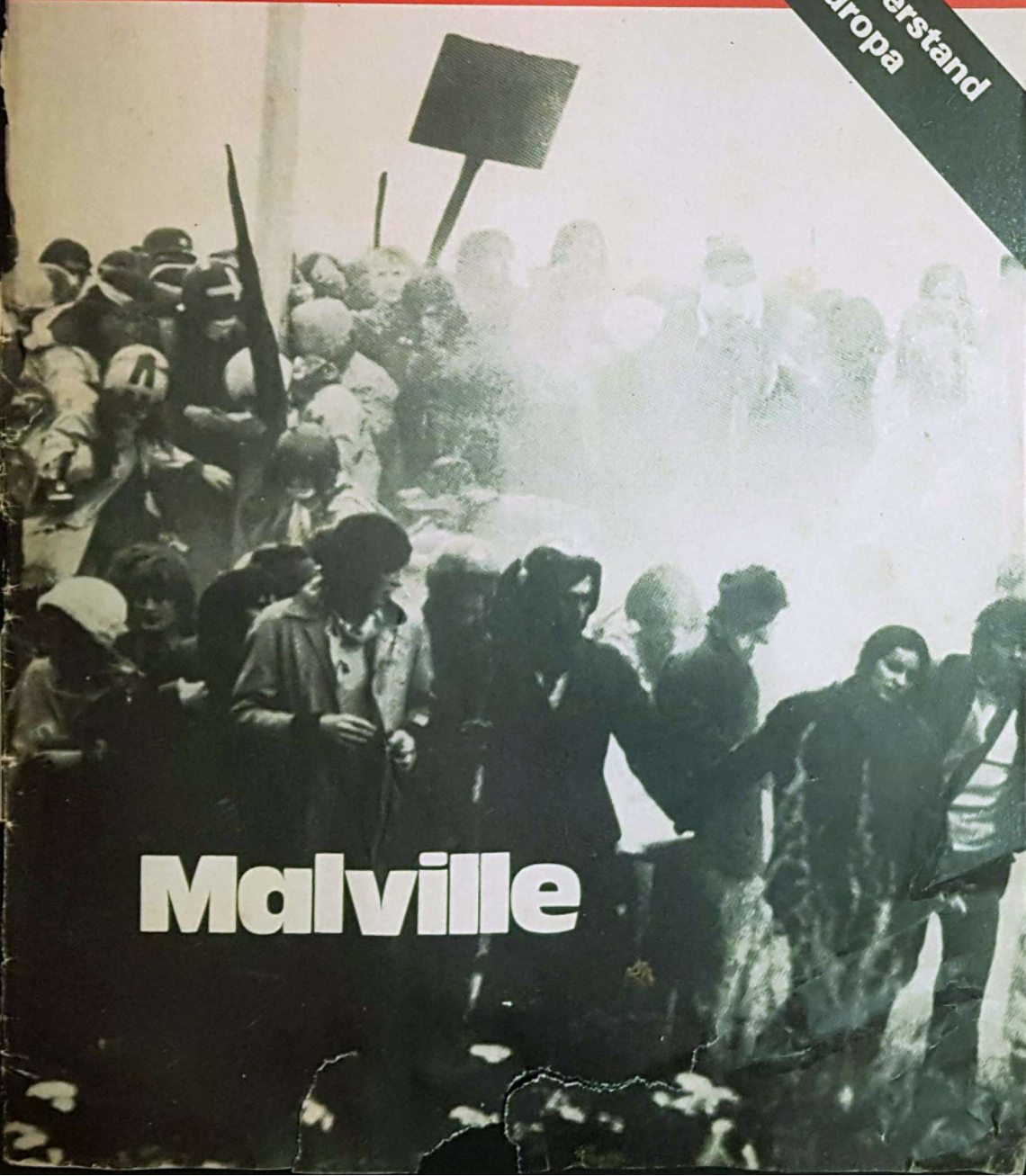




# die Internationale

Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Sozialismus

**AKWs und Widerstand  
in Westeuropa**



## Malville

### ...der Klarheit und der Wahrheit wegen!

Der ARBEITERKAMPF ist die zentrale politische Zeitung des Kommunistischen Bundes. Diese Zeitung sollte lesen, wer

- in Betrieb und Gewerkschaft für die Interessen der Arbeiter und Angestellten kämpft,
- in Schule und Universitäten gegen „Spar“-politik und politische Unterdrückung Widerstand leistet,
- mit Befreiungsbewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerika solidarisch verbunden ist,
- und als Linker ständig darüber informiert sein will, was die Rechte tut.

Frauen werden in dieser Gesellschaft in besonderer Weise ausgebeutet und doppelt unterdrückt. Der ARBEITERKAMPF führt als einzige kommunistische Zeitung in der BRD kontinuierlich und umfassend den Kampf dagegen und für die vollständige Befreiung der Frau.

Wir berichten exakt und ausführlich über alle Formen politischer Unterdrückung (Berufsverbote, politische Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüsse, Polizei- und Justizterror) und propagieren (in Auseinandersetzung mit den anderen Organisationen der westdeutschen Linken), wie der Kampf dagegen und für den Sozialismus zu führen ist.

Erscheint 14-tägig 48 Seiten DM 1,-  
Jahresabo DM 33,60  
Förderabo DM 40,00

Freiexemplar anfordern!

LIEFERUNG erfolgt grundsätzlich nur gegen VORAUSKASSE

Konten:

PSchA Hamburg  
BLZ 200 100 20  
Kto. 2405 95  
J. Reents,  
Dresdner Bank AG Hamburg  
BLZ 200 800 00  
Kto. 45 18 37 8



C 21734 0



Albanien gegen »Theorie der drei Welten«

## Arbeiterkampf

Jg. 7, Nr. 108, 25.7.77

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 1,-

### Auf nach Malville am 30./31. Juli!

### China: Teng kehrt zurück



### Ägypten: Krieg gegen Libyen, Frieden mit Israel

### Haftbefehle gegen K.H. Roth und R. Otto aufgehoben!



# Vorwort

78 Atomkraftwerke sind zur Zeit in Westeuropa in Betrieb, 69 befinden sich in Bau. Für Dutzende weitere AKWs, mit deren Bau demnächst begonnen werden soll, wurden bereits Aufträge erteilt, Genehmigungsverfahren eingeleitet usw. Die Gefahren, die dabei für die Bevölkerung in lebensbedrohendem Maße anwachsen, stören die Atomindustrie und die Regierungen in keinem einzigen Land: Überall werden die Besorgnis und der Protest der Bevölkerung mißachtet, wechselweise mit Schönfärbereien, Lügen und Drohungen gegen sie operiert, und — wo das nichts hilft — marschiert die Polizeimacht auf. Atomstaat bedeutet Polizeistaat — das dringt immer tiefer in das Bewußtsein der Menschen ein, belegt durch Brokdorf und Grohnde in der BRD, durch Gösgen in der Schweiz, durch Seabrook in den USA oder jüngst durch Malville in Frankreich. Die Hoffnungen der Atomindustrie und der Regierungen, die Anti-AKW-Bewegung durch Polizeiterror zur Aufgabe zu zwingen, werden sich aber nicht erfüllen. Diese Bewegung nimmt heute in immer mehr Ländern einen Massencharakter an und erhöht ihre Bereitschaft und ihre Fähigkeit zu militantem Widerstand. Die gemeinsame Bedrohung und die gemeinsamen Erfahrungen lassen darüber hinaus ein zunehmendes internationalistisches Bewußtsein entstehen, das sich in praktischer Solidarität ausdrückt: in der Zusammenarbeit von französischen und westdeutschen AKW-Gegnern im Raum Wyhl, Marckolsheim und Fessenheim; in der Unterstützung belgischer AKW-Gegner bei den Aktionen gegen das nordfranzösische AKW Gravelines; in der Teilnahme westdeutscher AKW-Gegner an Protestaktionen gegen das Schweizer AKW Gösgen; in den gemeinsamen Aktionen schwedischer und dänischer AKW-Gegner gegen das südschwedische AKW Barsebäck; in der Teilnahme zahlreicher ausländischer AKW-Gegner an der Brokdorf-Demonstration — und schließlich in der internationalen Beteiligung an der Mobilisierung gegen den Schnellen Brüter im französischen Malville. Die Anti-AKW-Bewegung hat heute nicht nur einen Schauplatz in nahezu allen Ländern Westeuropas — sondern sie hat Westeuropa zum gemeinsamen Schauplatz, auf dem sie ihren Kampf weiterentwickeln wird, der mit Sicherheit auch zur Stärkung darüber hinausgehender gesellschaftlicher Bewegungen gegen den Imperialismus in Westeuropa beiträgt.

## die Internationale

Zeitung des Kommunistischen Bundes  
für den proletarischen  
Internationalismus  
Herausgeber, Verlag, Vertrieb:  
J. Reents, Verlag Arbeiterkampf  
Lerchenstraße 75  
2000 Hamburg 50

Telefon 435306

Auflage: 8.000

Preis: DM 2,50

Abonnement

für 12 Ausgaben DM 24,—

Förderabonnement

für 12 Ausgaben DM 30,—

(Abos nur gegen Vorkasse!)

Wir leiten Spenden an internationale  
revolutionäre Organisationen  
weiter.

Postscheckkonto:

Hamburg 240.595 J. Reents

(Verwendungszweck angeben!)



Malville, 31. Juli 1977: Vital Michalon, Opfer der Atomindustrie und der Polizeirepression



# Malville

## Malville — die AKW-Betreiber gehen über Leichen

Ca. 80.000 AKW-Gegner waren dem Aufruf des Malville-Komitees gefolgt, am 31. Juli am Bauplatz des „Super-Phenix“ zu demonstrieren. Sie waren gekommen, trotz Demonstrationsverbots, trotz einer Pressekampagne zur Kriminalisierung dieser Demonstration, trotz 5.000 Polizisten und Spezialeinheiten der CRS, die bereits in den Tagen vor der Kundgebung, mit Straßensperren und in den Orten durch ihre massive Anwesenheit einzuschüchtern versuchten. Der Überfall auf das Zeltlager der Demonstranten in Morestel am Sonnabend, den 30.7., zeigte, daß die Bullen entschlossen waren, mit allen Mitteln das Milliardenprojekt der europäischen AKW-Betreiber zu schützen.

Dem internationalen Aufruf des Komitees waren einige tausend Ausländer gefolgt, die größten Kontingente aus der Schweiz und der BRD, Spanien, Italien, Österreich, Belgien und die Niederlande waren auch vertreten.

In den Tagen vor der Demonstration waren vier Lager für die Anreisenden eingerichtet worden, in Ortschaften rund um den Bauplatz: Morestel (Treff aller Ausländer), Courthenay, Poleyrieu und Montaliieu.

Diese vier Orte lagen außerhalb der mehrere Kilometer breiten „Sperrzone“ (in der französischen Presse auch „Niemandesland“ genannt) um den Bauplatz, in der alle Versammlungen, Flugblattverteilung usw. verboten waren, wo seit Tagen Straßensperren der CRS bestanden und wo die Konfrontation mit den Bullen erwartet wurde.

Bis zum Vorabend der Demonstration bestand der Plan, von den vier Ortschaften aus sternförmig auf den Bauplatz zuzumarschieren, jede einzelne Demonstration sollte „autonom“ sein, selbst ihr Vorgehen bei Polizeisperren „bestimmen“, selbstständig den Zeitpunkt des Rückzugs festlegen usw. — eine Koordinierung oder gar zentrale Leitung schieden den Verantwortlichen der Koordinierung der Malville-Komitees unmöglich.

Die Entscheidung, nicht eine, sondern mehrere „autonome“ Demonstrationen zu organisieren, war erst zwei Wochen vor dem 31. Juli in der Koordinierung der Malville-Komitees gefallen. Zu diesem Zeitpunkt war festgestellt worden, daß die verschiedenen Standpunkte von „absoluter Gewaltfreiheit“ bis zu ei-

ner „Konfrontationsstrategie um jeden Preis“ in der gemeinsamen Vorbereitung nicht auf einen Nenner gebracht werden konnten. Die Koordinierung der Komitees hatte sich zwar auf einen gemeinsamen Aufruf geeinigt, der zu einer „friedlichen Demonstration“ aufrief, die konkrete Vorgehensweise gegen Polizeigewalt und an den Polizeisperren war aber offen gelassen bzw. bewußt unpräzise formuliert. Wenn auch die vier Treffpunkte die AKW-Gegner bestimmter französischer Regionen und des Auslandes zusammenfassen sollten, so war für jeden Neuankommenden in den verschiedenen Koordinierungsbüros schnell zu erfahren, wo man sich als „Militant“ bzw. „Gewaltfreier“ einzufinden hatte. Z.B. hatten sich zwei französische Gruppen, „Combat non violent“ („gewaltfreier Kampf“) und „Communauté de l'arche“ („Gemeinschaft der Arche“), die sich der bedingungslosen Gewaltfreiheit verschrieben haben, nicht der regionalen Verteilung angeschlossen, sondern ihre Anhänger nach Poleyrieu aufgerufen.

Die Aufteilung in vier Demonstrationen war kein Zeichen von Stärke, sondern in ihr war eine faktische Spaltung der französischen AKW-Gegner, sogar über Malville hinaus, angelegt.

Um der drohenden Spaltung entgegenzutreten und um ein einheitliches Vorgehen angesichts der zu erwartenden Polizeibrutalität zu gewährleisten, hatten am 30.7. Genossen des KB der französischen Organisation OCT und der Genfer Organisation CLP auf einem gemeinsamen Flugblatt den Vorschlag der Zusammenführung der vier Demonstrationen zu einem einzigen gemacht. Dieser Vorschlag setzte sich zunächst auf der Vollversammlung in Morestel (ca. 4.000 Anwesende) durch und wurde von Morestel aus in die zentrale Koordinierung eingebracht, wo er ebenfalls akzeptiert wurde. Die linken Organisationen LCR, PSU und CCA, die es zuvor nicht gewagt hatten, sich an irgendeiner Frage in Widerspruch zu den Malville-Komitees zu stellen, pladierten am Abend des 30.7. ebenfalls für unseren Vorschlag. Die Grundlage, daß sich diese am Donnerstag und Freitag noch isolierte Position hatte durchsetzen können, war zum einen das katastrophale Wetter (sturmender Regen seit zwei Tagen), weshalb die Organisatoren eine relativ niedrige

Zahl von Demonstranten erwarteten. Zum zweiten hatte die Polizei ihre Entschlossenheit sehr massiv demonstriert, mit allen Mitteln gegen die Demonstranten vorzugehen und so Illusionen vom „Treffen am Bauplatz“ zerstört. Bei einigen Mitgliedern der Koordinierung mag auch die Hoffnung eine Rolle gespielt haben, daß aufgrund des bereits kilometerlangen Anmarsches der vier Demonstrationen bis zum Treffpunkt in Poleyrieu dies gleichzeitig der Ort der Abschlußkundgebung sein würde und somit ein Marsch in die verbotene Zone vermieden würde.

Im Nachhinein kann wohl festgestellt werden, daß das Zusammenführen der Demonstrationen zugute und die erreichte Geschlossenheit die ziellose und unbeobachtete Einzelbrutalität der Polizei eingeschränkt hat. Auch das Ausmaß der Verhaftungen wäre mit Sicherheit bei mehreren kleineren Demonstrationen wesentlich höher gewesen.

Bereits ab acht Uhr morgens war der Zug aus Morestel unterwegs zum gemeinsamen Treff in Poleyrieu. Auffällig war, daß nur wenige Demonstranten mit ausreichender Selbstschutzausrüstung gekommen waren; vielleicht einer von hundert hatte Helm und Schutzbrille, noch weniger hatten Knuppel.

In Poleyrieu war ein Teil der Demonstranten bereits in Richtung Bauplatz abmarschiert, bevor der Demonstrationenzug aus Morestel und Courthenay den Ort erreichte. Über schmale Wege und abgeerntete Felder wurde der Weg abgekurzt und die Vereinigung der Demonstration gelang fast genau an der Grenze des Sperrgebietes. Für Poleyrieu war eigentlich eine Kundgebung geplant gewesen. Es bestand sogar Anlaß zu der Befürchtung, daß ein Teil der AKW-Gegner nicht über Poleyrieu hinaus in die Sperrzone gehen würde, sondern etwa mit der Erklärung, Poleyrieu zu „besetzen“, dort ihren Marsch abbrechen würden. Das Eindringen aller Demonstranten in den Sperrbezirk — diese „kriminelle Tat“ von ca. 80.000 AKW-Gegnern — war sicherlich der herausragende politische Erfolg der Malville-Aktion. Eine Spaltung wie am 19.2. mit Brokdorf und Itzehoe war in Malville verhindert worden.

Die Bullen hatten es nicht auf die Verteidigung des Sperrgebietes angelegt, sondern die günstigste Stelle für

ihren Angriff auf die Demonstranten ausgesucht: Sie hatten die Ortschaft Favergue, die am Fuß einer kleinen Anhöhe liegt, vollständig besetzt. Die Demonstranten mußten über einen Hügel und gerieten an dieser Stelle unweigerlich in das Visier der Bullen. Bewaffnet mit Gewehren, Tränengasbomben und Explosivgranaten (!) feuerten die CRS-Truppen über 200 m Distanz. Als die ersten Demonstranten bis auf 50 m an die CRS-Einheit herangekommen waren, wurden ohne Vorwarnung das Tränengas und die Granaten abgefeuert. Bereits nach wenigen Minuten lagen die Felder im Tränengasnebel.

Gegen die Granaten gab es keine Möglichkeit des Selbstschutzes. Im Umkreis von einigen Metern wurde man von der Druckwelle der Explosion umgerissen. Bei Explosionen in unmittelbarer Körpernähe waren die Folgen verheerend. Schwerverletzte wurden weggetragen. Einem Demonstranten hatten die Explosivgranaten den Fuß abgerissen. Einem anderen den Arm zerfetzt. Die heimtückischen Explosivgranaten enthielten 84 Gramm TNT, sie reißten regelrecht kleine Krater in den Erdboden und rasieren die Grasnarbe im Umkreis von einem Meter Durchmesser ab.

Ein Demonstrant wurde von einem dieser Mordwerkzeuge tödlich getroffen, die Explosion direkt vor seiner Brust führte zu inneren Verletzungen der Lunge: Vital Michalon, ein einunddreißigjähriger Lehrer ist das erste Todesopfer des Anti-AKW-Kampfes.

Gegen Mittag waren 10. bis 20.000 Menschen in der Konfrontation mit der Polizei. Der kleinere Teil versuchte über die Wiesen immer wieder zur geschlossenen CRS-Einheit vorzudringen, Steine und einige „Mollis“ wurden geworfen. Die Mehrheit stand kurz vor der Grenze des von den Polizeigeschossen erreichbaren Gebietes — hilflos, ohne Chance auf ein Vorwärtsgelangen. Die Taktik der CRS war zu diesem Zeitpunkt nicht auf Massenverhaftungen angelegt, nur auf einzelne versprengte Demonstranten oder kleine Gruppen wurde Jagd gemacht, und sie wurden brutal zusammengeknuppelt. Von Granaten verletzte Demonstranten wurden am Boden liegend zusammengeschlagen und verhaftet. Aus Angst vor der CRS und ihren Granaten weigerten sich Sanitäter und Rot-Kreuz-Fahrzeuge, in das Kampfgebiet zu gehen, um die Verletzten herauszuholen.

Nach einiger Zeit ging die CRS noch aggressiver vor. Sie warfen die Geschosse zunächst kurz vor, dann in die Menge der Demonstranten. Die Nebelgasbomben verursachten Atomnot. In großer Panik begann die Flucht. Milante bildeten einen Block, um den Rückzug der Flüchtenden zu sichern. Es gelang, Zeit

zu gewinnen, bis der Block, der den Rückzug sicherte, von Gas- und Explosivgranaten auseinandergerissen wurde. Trotzdem gelang es fast allen, zum Sammelpunkt, einige hundert Meter weiter hinten, durchzukommen und am geschlossenen Rückmarsch aller Demonstranten teilzunehmen.

Der größere Teil der Demonstranten hatte in der Zwischenzeit eine Großkundgebung auf einer Wiese einige hundert Meter hinter der „Front“ veranstaltet.

CRS und Polizei griffen erst wieder ein, als die Mehrheit das Gebiet um Malville bereits verlassen hatte. Ab 21 Uhr wurden Straßensperren errichtet, Nachzügler verhaftet, Wagen durchsucht. In einem Fall genügte die Frage nach der Legitimität der Wagenkontrolle zur Verhaftung, in einem anderen Fall diente eine gefundene Kneifzange als Vorwand der Verhaftung.

An diesem Tag ist die Gewalt so eindeutig wie selten vom Staat ausgegangen. Natürlich gab es eine kleine Minderheit, die schon vorher auf den Versammlungen in den Lagern bekanntgemacht hatte, sie werde auf jeden Fall — unabhängig von der konkreten Situation — die gewaltsame Konfrontation suchen. Der Verlauf der Auseinandersetzungen zeigte allerdings ganz eindeutig, daß der Staat und seine Polizei diese blutige Auseinandersetzung wollten, ein Entschluß, der unabhängig von der kleinen Zahl „Supermilanter“ gefaßt wurde, die auf den Gesamtverlauf des Kampfes kaum Einfluß nahmen, abgesehen von einer abenteuerlichen Gefährdung ihrer eigenen Person durch waghalsige Einzelaktionen. Bezeichnend ist wohl, daß dem einzigen schwerverletzten Polizisten die Hand von seiner eigenen, zu früh gezündeten Granate zerfetzt wurde.

Der Polizeipräfekt von d'Iserre, Rene Jannin, ist seit der brutalen Polizeiaktion heftigster Kritik ausgesetzt. In der Lokalpresse („Dernière heure Lyonnaise“) vom 3.8.77 versucht er, sich zu rechtfertigen: Die Polizei habe den Auftrag gehabt, den Bauplatz zu verteidigen. Deshalb habe er auch das Verbot der Demonstration ausgesprochen, so daß jeder Demonstrationsteilnehmer wußte, was auf ihn zukommt. Die Polizeitaktik, so Jannin, sei defensiv (!) gewesen, indem die Polizei mit den Granaten die Demonstranten auf Distanz hielt. Bei unmittelbarem physischen Kontakt waren die Verluste noch viel höher gewesen (!). Bewußt habe die Polizei die Demonstranten ein Stück in die verbotene Zone gelassen, um ihnen eine „moralische Befriedigung“ zu verschaffen.

Daß die Polizeitaktik nicht defensiv, sondern in höchstem Maß aggressiv war, beweisen schon Jannins eigene Worte, der bestätigt, daß die Bul-

len angewiesen waren, sich die Demonstranten mit Granaten „auf Distanz“ zu halten. Tatsache ist, daß der tote Vital Michalon weit weg vom Ort der Auseinandersetzungen war, als ihn das tödliche Geschloß traf. Tatsache ist auch, daß der französische Demonstrant in einem Kartoffelfeld saß, völlig benommen von den Gasgranaten, als ihm eine Sprenggranate einen Fuß zerriß. Einzig der westdeutsche AKW-Gegner, dem der Arm zerfetzt wurde, stand in der vordersten Linie der Demonstranten. Und diese vorderste Linie war auch über 100 m von der Bullenkette entfernt.

Festzuhalten ist, daß die Kombination von Gasgranaten, die die Menschen einnebeln und Explosivgranaten, die bewußt dazu eingesetzt werden, um Menschen sehr schwer zu verletzen und zu töten. Dieses Vorgehen ist von den Herrschenden in Malville gewählt worden.

Mit Befriedigung haben unsere Genossen, die in der Gegend von Malville geblieben sind, erlebt, wie aufgebracht und betroffen die Bevölkerung von der wahnsinnigen Polizeibrutalität ist und Jannin, der glaubte, mit chauvinistischer Hetze gegen die westdeutschen AKW-Gegner von seinen Verbrechen ablenken zu können, hat sich getäuscht: Wie sehr sie den Rücktritt Jannins fordern.

Und auch die Rechnung der AKW-Betreiber, daß sich aufgrund der massiven Hetze in Rundfunk und Presse die Organisatoren der Demonstration von den militanten AKW-Gegnern distanzieren, ist nicht aufgegangen. In ersten Stellungnahmen hatten zwar einzelne Vertreter der Koordinierung die Gewalttätigkeiten eines Teils der Demonstranten bedauert, gleichzeitig aber erklärt, daß es sich dabei um Randerscheinungen der Demonstration gehandelt habe. Auf der ersten gemeinsamen Sitzung der Malville Komitees am 2. August, auf der die Ereignisse des Sonntag in einem sehr solidarischen Klima diskutiert wurden, verabschiedeten die Vertreter der Komitees eine gemeinsame Erklärung, in der die Polizeibrutalität angeprangert und zu einem internationalen Protesttag am 6. August aufgerufen wird. In dieser Erklärung erfolgte keinerlei Distanzierung von den militanten Demonstranten, was angesichts der Auseinandersetzungen vor der Aktion um mehrere autonome oder eine einheitliche Demonstration und um die Frage der Gewaltfreiheit als Schritt nach vorn gewertet werden muß.



**80 Leute sämtlicher örtlicher und regionaler Malville-Komitees  
haben sich getroffen und haben folgenden Aufruf beschlossen:**

## »Aufruf zur nationalen und internationalen Solidarität mit den Opfern der polizeilichen Repression in Creys-Malville

»Am 31.7. haben die Befürworter der Kernenergie bewiesen, daß sie bereit sind zu töten, um ihre mörderischen Einrichtungen gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen. Wir empfinden Trauer und Wut angesichts des Todes unseres Genossen Vital Michalon. Andere Demonstranten sind so schwer verletzt worden, daß sie ihr ganzes Leben unter den Verstümmelungen, die von der Polizeigewalt hervorgerufen wurden, leiden werden. Diese Polizeigewalt wurde von der Regierung unterstützt.

Zwei Tage nach der Demonstration ist uns das Schicksal vieler Demonstranten noch unbekannt. Wir klagen an:

- 1. die polizeiliche Repression: Insbesondere die Anwendung von Explosivgranaten, gegen welche es keinen einzigen Selbstschutz gibt.
- Die Polizeiaktion in Morestel gegenüber den Westdeutschen, die Terrorisierung der Bevölkerung (Hausdurchsuchung) außerhalb der Demonstration.
- 2. die Lügen der Massenmedien (regionale Presse, Fernsehen, Radio) als auch seitens des Präfekten und der Regierung: Durch die Errichtung eines Klimas eines Belagerungszustandes (Absperregebiet) — Eskalation der Gewalt im Sprachgebrauch der Massenmedien. Sie haben damit angefangen, Möglichkeiten von Zwischenfällen zu erwägen, um zu solchen Wörtern zu kommen, wie »anarchistische Kommandos« oder »die Internationale der Schläger«.
- 3. den Appell an den Rassismus, insbesondere die Kriminalisierung der westdeutschen Anti-AKW-Gegner, die ihren Höhepunkt in der scheußlichen Gleichstellung zwischen Anti-AKW-Militanten und Nazis erreichte (Präpekt d'Isère). Während es die gleichen Kräfte waren, die vor 30 Jahren die Machtübernahme des Nationalsozialismus finanziert haben, die heute einen Teil des Super-Phénix finanzieren. Angesichts dieser rassistischen Kampagne erklären wir uns uneingeschränkt solidarisch mit den westdeutschen, italienischen und schweizerischen Demonstranten und erinnern an die Legitimität ihrer Anwesenheit in Malville aufgrund der europäischen Finanzierung von Super-Phénix und die internationale Gefahr, die er bedeutet.
- 4. die juristische Repression: Beschlagnahme in Morestel, Verhaftungen, Ausweisung eines schweizerischen Anti-AKW-Gegners angesichts dieser polizeilichen Repression

rufen wir dazu auf, Samstag, den 6. August, den Tag des Prozesses gegen die Angeklagten in Bourgouin und die Beerdigung von Vital, zu einem internationalen und nationalen Solidaritätstag zu machen.

Unter den Forderungen:

- Sofortige Freilassung aller Angeklagten
- Sofortige Aufhebung aller juristischen Ermittlungen gegen die Demonstranten
- Verbot der Offensivgranaten
- Rücktritt des Präfekten d'Isère
- Anklage wegen Körperverletzung und Mord gegen den Präfekten d'Isère
- Baustopp von Super-Phénix
- Stopp dem Atomprogramm

2.8.77

Koordinierung der Malville Komitees  
und Kommunistischer Bund

Dieser Aufruf findet international breite Unterstützung. Bisher bekannt sind die Unterschriften von:

- Henrik Kaufholz, dänischer Journalist, Mitglied des internationalen Untersuchungsausschusses über den Tod von Ulrike Meinhof und Mitglied des dänischen Russell-Komitees
- Dänischer Studentenverband Danske Studerendes Fællesråd
- OCT (Organisation communiste travailleur), Frankreich
- Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe/Hamburg
- Kommunistischer Bund
- VS (Venstre Sozialisten)

**Spendenkonto:  
des Ermittlungsausschusses der BUU/Hamburg  
c/o Curt-Jürgen Polscher  
Bank für Gemeinwirtschaft Hamburg, Osterstraße  
Konto-Nr. 2 249 791 5  
Stichwort »Malville«**



Polizei-Aktion im Morestel-Lager gegen westdeutsche AKW-Gegner am 30.7.77









Ein Demonstrant, dem von einer Offensivgranate der Fuß abgerissen wurde, wird vor der Polizei in Sicherheit gebracht



## Augenzeugenberichte von zwei Hamburger AKW – Gegnern

»Nach einem ca. 8 km langen Fußmarsch durch strömenden Regen erreichten wir um 12 Uhr den äußeren Befestigungsring am Superphenix. Schätzungen der an diesem Abschnitt beteiligten Demonstranten gehen von 40.000 bis 70.000. Die Masse der Demonstranten war überhaupt nicht ausgerüstet: Sie trugen Rock und Bluse oder Sonntagsanzug. Nur jeder vierte trug festes Schuhzeug, Anorak oder Ölzeug. Helme waren ebenso selten zu sehen wie griffige Knüppel. Allerdings gab es Kleingruppen von 10 – 40 Frauen und Männer, die sich entsprechend den zu erwartenden Auseinandersetzungen geschützt hatten: Helme, Baseballschläger und Eisenstangen.

Vor Ort wurden wir durch zurückströmende Demonstranten sehr am schnellen Vormarsch gehindert. Denn die „friedlichen“ Demonstranten mußten die Erfahrung machen, daß die französischen Bullen keine Rücksicht auf Menschen in dünnen Hemdschößen nehmen. Die Bullen waren in kleinen Gruppen von 20 bis 50 Mann zusammengefaßt und verschossen fächerartig Tränengas- und Reizmittelgranaten. Diese Granaten haben mit den von uns bekannten Kampfmitteln nur noch sehr wenig zu tun: Die Tränengasgranaten (ca. 25 cm x 8 cm) haben eine Reichweite von ca. 200 m.

Sie platzen kurz vor dem Aufprall auseinander und verteilen mehrere kleine Tränengaskapseln. Sie verbreiten dichten weißen Nebel mit kurzfristiger Wirkung auf die Schleimhäute. Die verwendeten Sprenggranaten hatten sicher die zehnfache Schlagwirkung einer Silvesterkanone.

Die Kombination dieser beiden Granatarten, mal aus Gewehren geschossen, mal mit der Hand geworfen, ermöglichte es den Bullen, mit kleinen Trupps Tausende von Demonstranten in Schäch zu halten und zurückzudrängen. Einem von uns fiel eine Granate vor die Füße. Er wurde zur Seite geschleudert und durch die kleinen Splitter am Bein verletzt. Einem anderen explodierte eine Sprenggranate beim Bücken vor den Beinen. Die Schutzbrille wurde ihm weggerissen und Splitter drangen tief in die Gesichtshaut ein.

Der Angriff auf die äußere Befestigung von Superphenix wurde von Demonstranten mit Mollis vorangetrieben. Jeder (seltene) Treffer war von tausendfachem Hurrageschrei und gleichzeitigem Vorstürmen begleitet. Es konnten nur sehr wenige Treffer erzielt werden, weil der Abstand zu den Granatwerfern sehr groß war und die Bullen jeden Vorstürmenden gezielt mit Granaten (hauptsächlich Sprenggranaten) abwehrten konnten.

Vorstürmende größere Demonstrantentrupps wurden durch einen Granatenteppich gestoppt. Einem Demonstranten wurde der ganze Arm zerlegt, als er eine Granate zurückwerfen wollte. Ein Demonstrant schilderte uns, daß er einem am Boden liegenden Verletzten die Augen spülte. Als er dem Verletzten auf die Beine helfen wollte, wurde diesem durch einen direkten Treffer der Fuß abgerissen.

Ein Trupp gut ausgerüsteter Demonstranten (Helme und lange Eisenstangen) hatten sich geordnet ungefähr 200 m von der Schlachtlinie entfernt aufgestellt und durch Ketten ein Herauslaufen der zurückgedrängten und von den Bullen verfolgten Demonstranten verhindert. Sie hatten dadurch einen entscheidenden Beitrag bei der Sicherung des Rückzugs. Dieser ging insgesamt nur schleppend voran, da Felder, bestellt oder abgeerntet, nur selten betreten wurden. Als Bullentrupps zu einer Zange ansetzten, mußten einige hundert Demonstranten durch kleinste Öffnungen im dichten Buschwerk flüchten. Die nachsetzenden Bullen erwarteten sie an den schmalen Ausgängen der Buschreihen mit gewaltigen Hieben. Dort setzten die Bullen ihre Granaten derart massiv ein, daß es den Anschein hatte, die Buschreihen würden weggesprengt.

## Bericht einer Karlsruher Genossin

»Die Strecke von Courtenay aus bis zur Bullensperre bin ich zusammen mit ca. 10 – 15 KB-Genossinnen im OCT-Block (einschließlich uns ca. 50) gelaufen. Oben sind wir dann zum KB-Block gestoßen. OCT, wir, und LCR waren nach dem was ich gesehen habe, die einzigen, die dann überhaupt Ketten gebildet haben. Vor uns waren außer den Leuten, die angegriffen haben, viele, die einfach zugeschaut haben und im Weg gestanden sind, und dann beim Bullenüberfall totale Panik gekriegt haben. Als über die Wiese links von uns die Leute angefangen haben zurückzurennen, haben wir versucht, den Rückzug zu decken und zu organisieren, daß sich hinter uns die Flüchtenden einreihen können. Wir sind also nur sehr langsam zurückgegangen und meistens gestanden, während links von uns auf der Wiese und vorne zurückgerannt wurde. Obwohl ich die Bullen gar nicht sehen konnte, die müssen also noch ziemlich weit weg gewesen sein, ging der Tränengas-, Granaten- und Rauchbombenangriff dann irgendwann in die Menge vor uns und dann massiv in unseren Block. Von den Flüchtenden vor uns wurde unser Block so eng zusammengedrängt, daß wir fast nicht mehr stehen konnten und anfangen haben zu schwanken. Nach hinten war aber kein Platz, da haben wir „stop“ gerufen und uns gehalten, während weiter vorne die Leute nach rechts und

links in Wiesen und Felder gerannt sind und gleichzeitig uns weiter zusammengedrängt haben. In dem Moment dann sind massiv Geschosse in unsere Reihen gegangen, so als ob man es darauf abgesehen hätte, unseren Block auseinanderzusprengen. Das erste Geschloß habe ich nur knallen und pfeifen gehört und ein Stück vor mir ist in Kopfhöhe ein schwarzer Fetzen geflogen (sah so aus wie wenn man im Kohleofen Papier verbrannt hat). Sowohl das erste wie das zweite Geschloß schien von links zu kommen, obwohl die Bullen nicht links waren (da waren die Flüchtenden auf der Wiese) sondern irgendwo weiter vorn. Das zweite kam also ebenfalls in Kopfhöhe, hat gezischt und sah aus wie eine glühende Kohle, bloß größer und ich glaube, mit orangefarbener Flamme. Ob es explodiert ist oder was sonst, kann ich nicht sagen, weil ich dann den Kopf weggedreht habe. Da waren dann plötzlich die Genossen um mich alle nicht mehr da, rechts von mir lag jemand im Straßengraben auf dem Bauch und/oder den Knien und hat gezappelt, während andere einfach drüber getrampelt sind. Das wollte ich nicht tun und bin stehengeblieben, während noch Leute vorbeigerannt sind. Ehe ich noch sonst was denken, geschweige denn tun konnte, ging direkt vor mir auf dem Boden was nieder und eine ganz dichte Rauchwol-

ke ist aufgestiegen, ich hab nichts mehr gesehen und keine Luft gekriegt. Drum herum gingen immer mehr Dinger hoch, die ich gar nicht hab kommen hören, ich hab den Eindruck gehabt, um mich rum gibt's Knallfrösche und bin dann nach rechts (da schien im Moment niemand zu sein) zum und ins Maisfeld gelaufen. Da konnte ich dann wieder sehen, aber nur den Mais (die Pflanzen waren höher als ich) und keine Leute. Ich bin dann wieder ein kurzes Stück zurück gerannt zum Rand vom Maisfeld, da waren andere gerade langgerannt und dann denen nach gestolpert. Links von mir stand eine Frau ganz nach vorne gekrümmt, als müßte sie sich übergeben. Ich habe mich nicht drum gekümmert, sondern gekeucht und gejault, weil ich immer noch keine Luft gekriegt habe, obwohl ich aus der Rauchwolke längst raus war und bin weiter in die Richtung, wo ich die Genossen vermutete. Da hat mich dann auch einer gefunden und zu der Wiese geführt, wo sich unsere Leute gesammelt haben. Die meisten waren schon da, wenige kamen noch nach, einige haben immer noch gefehlt, als es aussichtslos und unmöglich schien, noch länger auf dieser Wiese zu bleiben. 4 davon haben wir dann später auf dem Rückmarsch noch gesehen, über die anderen weiß ich nichts. ...«

## Bericht eines Mitglieds des Sanitätsausschusses

»Am Sonnabend vor der Demonstration haben wir vom Morestel-Lager aus einen Sanitätstrupp zusammengestellt. Mit großen Müllsäcken sind wir durch das Lager und in den Ort gegangen und haben Verbandszeug und Medikamente eingesammelt. Im wesentlichen haben die Leute ihre Apotheken ausgeleert. Im Ort selber haben wir Geld für den Einkauf von Medikamenten in der Notapotheke gesammelt. Der Sanitätstrupp der Demo, der aus Morestel kam, bestand aus vier Wagen, die als Saniwagen gekennzeichnet waren, drei Ärzten und Sani-Helfern. Am Sonntag um 7.30 h setzte sich der Zug von Morestel aus in Richtung Courthenay in Bewegung.

Vor den Sani-Wagen war schon ein 3 km langer Zug, dahinter sicher nochmal 20.000 Menschen. Insgesamt waren in diesem Teil der Demo 40.000 bis 50.000 Menschen. Die wenigsten waren in Schutzkleidung mit Helmen erschienen. Im hinteren Teil des Zuges gingen ganze Familien und viele ältere Menschen. Teilweise trugen die Demonstranten bei dem strömenden Regen nur leichte Sommerkleidung. Nach kurzer Zeit waren alle Demonstranten völlig durchnäßt. Unser Sanitätstrupp hörte bis 11 h den Polizeifunk ab, dann versuchten wir mit unserem Wagen an die Spitze der Demo zu gelangen. Wir sahen in ungefähr 3 km Entfernung in Richtung Malville äußerst heftige Explosionen und riesige Rauchwolken. Wir wollten mit unserem Wagen weiter nach vorn und ein französisch sprechender Sani ging zu einer Sperre durch die CRS und bat, den Wagen durchzulassen. Der Genosse kam schnell zurückgelaufen und brüllte, die CRSler seien alle sehr aggressiv und wir fuhren schnell mit dem Wagen zurück, als ein Trupp CRSler auf unseren Wagen zurannte. Auf einem anderen Weg kamen wir mit unserem Wagen näher an Malville ran. Wir konnten dabei sehr genau beobachten, mit welchen Geschossen die CRS die Demonstranten bewarf. Massenweise wurden verschiedene Sorten Gas eingesetzt. Die Explosivgranaten wurden mit der Hand oder als Gewehrgranaten auf die Demonstranten gefeuert. Diese Granaten verursachten sehr starke Ex-

plosionen mit einem Feuerschein von ca. 2 m Höhe. Nach dem Aufprall ließen sie ein Stoppelfeld zurück, das auf 1,5 m Durchmesser aussah wie mit einer Drahtbürste blankgefegt. In der Mitte blieben kleine Krater und Verbrennungsspuren zurück. Die Detonationen dieser Explosivgranaten waren so stark, daß die Menschen, die in einem Umkreis von 2 m von dem Einschlagsort standen, zu Boden geworfen wurden.

Als wir mit unseren Saniwagen ziemlich dicht hinter der Demonstrantenkette waren, die auf einem Hügel im unmittelbaren Sperrfeuer der Bullen waren, kamen ungefähr 50 CRS-Bullen auf die Saniwagen zugestürzt. Einem Saniwagen, der nicht mehr rechtzeitig wegkam, wurde von den CRSlern mit Gewehrkolben zwei Scheiben zertrümmert. Dann nahmen sie die Rote-Kreuz-Fahne und schlugen sie auf dem Kopf einer Sanitäterin entzwei. Die Frau konnte sich noch zu den anderen Sanis retten. Die anderen Saniwagen hatten sich hinter eine Kette von normalen Bullen zurückgezogen und als die CRSler auch auf diese Wagen los wollten, erklärten ihnen die Normalbullen, daß sie hier nicht durchkommen würden. Man muß sich das mal vorstellen, daß die Normalbullen die Sanis vor den CRSlern schützten.

Ein Saniwagen wurde zu Verletzten auf die Anhöhe gerufen. Zur gleichen Zeit sahen wir, wie ein Demonstrant von einer Granate umgerissen wurde. Mehrere CRS-Bullen schlugen mit Gewehrkolben noch zehn bis zwölf mal auf den Mann ein. Der wurde von Roten-Kreuz-Leuten runtergebracht. Er schrie vor Schmerzen. Er hatte einen Armbruch und vermutlich innere Verletzungen.

Der Verletzte wurde von einem Saniwagen abtransportiert und weiter hinten dem Croix-Rouge (französisches Rotes Kreuz) übergeben.

Wir waren zu diesem Zeitpunkt praktisch von der CRS eingekesselt. CRS-Truppen stürmten von hinten den Hügel und kamen gleichzeitig von der anderen Seite auf die Demonstranten zu. Ich war mit einer Ärztin nach oben gegangen. Ein CRSler war gerade im Begriff eine Eierhandgranate

zu werfen. Haufenweise lagen Wurfgeschosskisten herum. Die Büsche waren angesengt, ein total ausgebranntes Autowrack hatten die CRSler hinterlassen.

Sanitäter vom Roten Kreuz liefen plötzlich auf die Anhöhe hinauf, wo ein Mann am Boden lag. Die Ärztin und ich kamen in dem Augenblick hinzu, als mit dem Schwerverletzten intensive Wiederbelebungsversuche gemacht wurden. Der Mann war in normaler Kleidung, er hatte keinerlei Ausrüstung oder Gegenstände zu seinem eigenen Schutz bei sich.

Die Sanitäter gaben ihm eine Infusion, machten Herzmassage und eine intensive Mund-zu-Mund-Beatmung. Der dringend benötigte Sanitätswagen mit dem Sauerstoffgerät wurde unten am Hügel von den CRS-Bullen zuerst nicht durchgelassen.... Es gelang uns, das Sauerstoffgerät von unten hochzuholen. Als eine Intubation versucht wurde, konnte nur noch der Tod des Demonstranten festgestellt werden.

Die Ärztin meinte, der Mann ist an Unterleibsverletzungen gestorben, vielleicht kam auch noch ein Schädelbasisbruch dazu. Der Tote wurde von zwei Feuerwehrleuten weggebracht.

Als ich oben auf dem Hügel war, habe ich die Bewaffnung der CRS-Bullen ziemlich genau sehen können: Sie hatten alle Gummiknüppel, Pistolen und Karabiner, einige hatten Kabelenden in der Hand oder Drahtspiralen, die mit Gummi überzogen sind. Diese Drahtspiralen reißen große Wunden, wenn damit auf Menschen eingeschlagen wird.

Unser Saniwagen wurde von CRSlern total gefilzt, als wir weiter nach hinten wollten. Wir durften erst weiterfahren, als sich Feuerwehrleute für uns einsetzten.

Rote-Kreuz-Leute, die wir gegen 15 h in Annouillon trafen, sagten uns, daß sie Schwierigkeiten haben, überhaupt durch die Polizeisperren nach vorn zu den Verletzten zu kommen, obwohl ihre Wagen und Namen den Bullen gemeldet sind. Aufgrund der Angriffe der CRS auf Rote-Kreuz-Wagen, die Verletzte abtransportierten, wagen es die Leute vom Roten Kreuz einige Zeit nicht mehr, Verletzte aus dem von den Bullen eingekesselten Gebiet rauszuholen. ...«

## Wie die Bullen verhaftet haben

Ein Frankfurter AKW-Gegner berichtet:

»Die Bullen beschossen die Demonstranten über mehrere Stunden mit einem Sperrfeuer von Granaten. Sie benutzten dabei dreierlei Sorten von Granaten: Solche, die direkt beim Aufschlag detonierten und solche, die erst ein oder zwei Minuten nach dem Aufprall explodierten. Zusätzlich wurden noch Gasgranaten eingesetzt, die beim Aufprall in kleinere Kugeln zerfielen.

Nach meinen Beobachtungen sind die Verhaftungen durch die CRS nicht dadurch erfolgt, daß einzelne Demonstranten durch Greiftrupps rausgegriffen wurden. Sondern nachdem die Demonstranten schon ziemlich aufgerieben war, warfen die CRS-Bullen in kleinere Gruppen von Demonstranten gezielt Granaten. Von der Wucht der Explosion wurden die, die bei dem Aufprall am nächsten standen, zu Boden geschleudert und verletzt. Die Bullen sammelten dann die Verletzten ein...«

Ein Augenzeuge aus Köln schrieb zu den Festnahmen:

»Als die Bullen von drei Seiten kamen und Gasgranaten in die Massen warfen, entstand eine wahnsinnige Panik. Die Demonstranten haben sich fast zu Tode gedrückt. Viele sind umgekippt. Beim Weglaufen zischten rechts und links von mir die Gasgranaten — wir sind dann so schnell wie möglich wegelaufen und flüchteten in die Maisfelder...«



## Bericht eines gefangenen AKW-Gegners

Nach der Demonstration wurde an der N 75 ein westdeutscher AKW-Gegner aus dem Auto heraus verhaftet, als er die Bullen fragte, ob die CRS eigentlich berechtigt sei, diese stundenlangen Kontrollen der Autos vorzunehmen. Im folgenden sein Bericht aus der Untersuchungshaft in der »Gendarmerie Mobile« in Bourgoin:

»Wir stehen mit dem Gesicht zur Wand. Der kleine Raum — nackt, kahl, feucht und kühl — ist erfüllt mit laut böelnden Aufseherstimmen, dem Auftreten harter Gummiknäppl auf wehrlose Körper und dem leisen Wimmern eines Gepeinigten.

Nach einer halben Stunde dürfen wir uns wieder umdrehen und auf dem kalten Steinboden Platz nehmen. Es ist nach Mitternacht und alle sind todmüde. Allmählich begreifen wir, daß Schlafen nicht gestattet ist und daß es zum Lieblingsspiel der 5 — 6 Aufseher gehört, gerade Eingeschlafene entweder mit einem Schlag auf den Kopf, Schulter oder andere Stellen zu wecken bzw. mit voller Wucht gegen einen Holzrahmen zu schlagen, sodaß alle zusammenfahren. Nach und nach werden einzelne von uns weggeschleppt. Gegen 2 Uhr nachts bin ich dran. Durch ein Spalier von gestellten Beinen und darauffolgenden Tritten komme ich in einen Nebenraum — einem langen, schmalen, weißgekalkten Zimmer. Sechs Beamte und ein Tisch mit Schreibmaschine stehen zum Verhör bereit. Ich gebe meine Personalien an und erzähle meine Story. Der Dolmetscher übersetzt eifrig und trotz häufiger Nachfragen glaubt man mir schließlich. Anders sieht es im Nebenzimmer aus. Es ist aufgeregtes, lautes Stimmengewirr zu hören. Immer wieder höre ich den Satz: Nein, das unterschreibe ich nicht! Von der Gegenseite gibt es Drohungen: Unterschreib jetzt, oder wir wenden andere Mittel an! Was Sie uns erzählen, ist sowieso gelogen, unterschreiben Sie jetzt!...

Ich werde zurückgeführt, todmüde und erschöpft. Als »Willkommensgruß« darf ich erst einmal ca. 2 Stunden in aufrechter Haltung mit dem Gesicht zur Wand knien. Die Arme sind abwechselnd hoch hinter dem Kopf oder auf dem Rücken zu halten. Der Wechsel zu einer neuen Stellung wird jedesmal mit dem Gummiknäppel klargemacht. Auch für den Rest der Nacht gibt es genug schmerzhaftes und anstrengende Stellungen.

Die ganze Nacht durch werden einzelne Mitgefangene bearbeitet. Meistens werden sie von einem Aufseher angepöbelt, woraufhin sich bis 4 Beamte dazu gesellen und die am Boden Liegenden mit Fußtritten und Knüppel traktieren. Gibt der Gefangene irgendeinen Laut von sich oder wagt er sogar Protest, geht das Spiel in voller Lautstärke und Brutalität von neuem los. Das Sprechen, insbesondere auch mit Mitgefangenen, ist strengstens verboten.

Morgens um ca. 8.00 Uhr werde ich zu einem 2. Verhör geschleppt. Ich habe ernsthaftes Konzentrationsschwierig-

keiten und muß alle Kraft gegen das Zufallen der Augen aufwenden. Ein zweites, ausführliches Protokoll wird verfaßt. Ich bekam Gelegenheit, in der Abwesenheit des Protokollführers einige Worte mit dem Dolmetscher zu wechseln. Dieser verriet mir, daß ich gute Chance hätte, freigesprochen zu werden und in Ruhe die Vorführung beim Staatsanwalt abwarten sollte.

Ich werde zurückgeführt und komme in ein anderes Zimmer. Ich darf eine Stunde auf einem total verdreckten Holzboden schlafen. Mit mir sind drei weitere Gefangene im Raum, wir sind alle auf verschiedene Ecken des Raumes verteilt. Uns läßt man einigermaßen in Ruhe, doch hören wir aus dem Nebenraum immer noch Schläge und Mißhandlungen und wie die Einzelnen den Gang hinuntergestoßen und gezerrt werden.

Wir kriegen dann vier kleine alte, pappige Stücke Baguette mit einer Scheibe dermaßen übel schmeckenden Wurst, daß ich trotz starken Hungers nichts aufessen kann.

Stundenlang sitzen wir herum, bis plötzlich die Tür aufgerissen wird und Umarmungen von Polizei hereinströmen. Wir müssen aufstehen und uns an die Wand stellen. Man stellt Tische herein. Wir werden in eine Ecke gedrängt und müssen uns breitbeinig in einer Reihe, die Hände auf dem Rücken, aufstellen. Verschiedene Polizisten



kommen auf einen von uns zu schreiben sich die mit Kreide auf dem Rücken gemalten Nummern auf. Zwei von uns werden abgeführt. Dann geht ein schauerliches Schauspiel los: Gefangene werden herumgestoßen und -getrieben.

Zuerst werden in einem großen Raum Fotos gemacht, dann werden alle an ein offenes Fenster, das zum Hof hinausgeht, geführt. Draußen stehen eine laut schreiende und johlende Menge aus Polizeimannschaften, die die Gefangenen identifizieren sollen. Vereinzelt werden die Gefangenen von den draußen stehenden angegriffen und geschlagen. Die Aufseher nehmen das gelassen zur Kenntnis und verpassen den Gefangenen zur allgemeinen Belustigung noch zusätzliche Tritte und Schläge.

Danach geht es in den gegenüberliegenden Raum, in dem auch ich stehe. Alle Gefangenen müssen sich vollkommen nackt ausziehen — gut sichtbar für die draußen stehenden Mannschaften, die dies mit Johlen und Pfiffen kommentieren.

Ein langer Fragebogen wird ausgefüllt. Einige Gefangene werden besonders behandelt. Tritte in den Hintern sind bei allen Polizisten eine Grundübung, die durch Schläge in den Magen ausgeschmückt werden. Alles passiert wie selbstverständlich während der Befragung. Danach werden die Fingerabdrücke abgenommen. Bei einigen Gefangenen stellt der zuständige Polizist sich wie selbstverständlich mit seinen schweren Stiefeln auf deren Zehen. Dann werden die Gefangenen wieder in den Hauptraum getrieben.

Das Chaos legt sich für eine halbe Stunde. Und dann kommen in regelmäßigen Abständen Polizisten vorbei, die nach einem vorher abgesprochenen Prinzip alle Gefangenen identifizieren. Da ich außer bei meiner Verhaftung nie in Sichtweite eines Polizisten gekommen war, wird mir und allen Mitgefangenen bewußt, was diese Aktion bedeutet: Es werden Belastungszeugen gesammelt. Angst breitet sich unter uns aus. Die sowieso herrschende Hilflosigkeit wird noch durch ein vielfaches verschlimmert.



Gegen 8.00 Uhr werden die ersten in Handschellen zum Staatsanwalt geschleppt. Ein Kommen und Gehen sorgt für ständige Unruhe. Aus dem Nachbarraum höre ich verzweifelte Weinen und Flehen. Alles ist wie apathisch. Man nimmt nur noch zur Kenntnis, daß man die Hilflosigkeit längst akzeptiert hat und Hoffnung seit langem nicht mehr zu kommen scheint. Ich sitze den ganzen Abend herum und lasse alles mit mir geschehen. Irgendwann werde ich abgeholt, jedoch führt man mich wieder in einen der Vorräume und gibt mir meine Sachen zurück.

Ich bin frei! Aber was ist mit den anderen? Es ist unmöglich, die Gefühle und Gedanken zu beschreiben, die einen in dieser U-Haft befallen. Manchmal denke ich, es war alles nur ein böser Traum.

## Widerliche Hetze gegen die westdeutschen AKW-Gegner

Nahezu einmütig hat die reaktionäre französische Presse insbesondere die westdeutschen Teilnehmer der Malville-Demonstration für „Aus-schreitungen“ und „Gewalt“ verantwortlich gemacht. Der „Parisien Libere“ sprach von „diesen mit Eisenstangen bewaffneten und behelmten Gruppen, die in ihrer Mehrzahl aus Deutschland kamen“; der „Figaro“ behauptete ähnlich, „daß die gewalttätigsten (Aktivisten) aus Deutschland kamen“ — was er „mit gewissem Erstaunen“ festgestellt haben will (zit. n. dem Pressespiegel in „Le Monde“, 2.8.77). Diese Darstellungen sind frei erfunden, aber sie verfolgen ihren Zweck: Spaltungsversuche und Schürung chauvinistischer Stimmungen. Neu ist diese Methode allerdings beileibe nicht, und das „Erstaunen“ über die eigenen Erfindungen ist geheuchelt. Es gibt auch bei uns in der BRD kaum eine Auseinandersetzung, wo die Polizei ihre Knüttelorgien „feiert“ und die „Extremisten“, die das „proviziert“ haben, vor allem „angereiste Extremisten“ sind. Die französische Reaktion strickt nach dem gleichen Muster, wobei sie allein die Tatsache, daß es eine internationale Beteiligung an der Malville-Demonstration gab, in dieser widerwärtigen Weise ausnützt.

Diejenigen, die in Malville dabei gewesen sind, wissen jedoch zu berichten, daß ihre Solidarität mit den französischen AKW-Gegnern von diesen und von der Bevölkerung positiv aufgenommen wurde. Die Koordination der Malville-Komitees hat gegenüber der chauvinistischen Hetze deutlich erklärt, daß sie mit allen Demonstranten solidarisch ist — „was auch ihre politische Zugehörigkeit, ihre Nationalität und ihre Aktionsmethoden seien“ („Le Monde“, 2.8.77).

Und in ihrem „Aufruf zur nationalen und internationalen Solidarität mit den Opfern der polizeilichen Repression in Creys-Malville“ weist die Koordination darauf hin, daß die Anwesenheit ausländischer AKW-Gegner legitim sei „aufgrund der europäischen Finanzierung (darunter die BRD, Anm. dl) des Super-Phenix und der internationalen Gefahr, die er bedeutet“. Und in der Tat ist die Solidarität, die die westdeutschen, italienischen, schweizerischen oder anderen AKW-Gegner mit ihrer Teilnahme an der Malville-Demonstration gezeigt haben, auch „Eigennutz“: Die Atomindustrie und die Regierungen der westeuropäischen Staaten arbeiten aufs engste miteinander zusammen, und bedrohen mit ihren die Vernichtung unzähliger

Menschen einkalkulierenden Plänen aller Völker in Westeuropa. Und von dieser Seite soll sich die Anti-AKW-Bewegung vorschreiben lassen, ob eine internationale Unterstützung der Gegner dieser potentiellen Massenmörder „legitim“ sei ???

Die Anti-AKW-Bewegung wird aus eigenem Interesse heraus niemals dieser Einschüchterung und Hetze nachgeben!

Die westdeutsche Anti-AKW-Bewegung wird jede Unterstützung aus dem Ausland als Beitrag zu einem gemeinsamen Kampf werten — und es ist positiv, daß die französischen AKW-Gegner das gleiche Verständnis haben und die chauvinistische Stimmungsmache, die im Sold des internationalen Atomkapitals und des westeuropäischen Imperialismus betrieben wird, energisch zurückweisen.

Aber man muß diese Hetze noch ein wenig genauer betrachten. Den Schweinsorden dabei hat sich unangefochten der Präfekt des Departements Isere, Monsieur Rene Jannin, verdient. Dieser Herr, der als Chefbulle des Polizeiterrors in Malville wirkte, hat die Stirn besessen, die westdeutschen AKW-Gegner in Malville mit den Nazi-Truppen zu vergleichen, die Frankreich besetzt hatten. Als Anlaß diente ihm, daß einige AKW-Gegner am 29. Juli das Rathaus von Morestel besetzt haben, um zusätzliche Öffentlichkeit für den Protest zu schaffen. Jannin kommentierte dazu: „Zum zweiten Mal in der Geschichte Morestels haben die Deutschen das Rathaus gestürmt“ („FR“, 1.8.77). Nun muß man auch hier erst wieder klarstellen, daß diese Aktion keineswegs eine alleinige (nicht mal eine mehrheitliche) Angelegenheit westdeutscher AKW-Gegner war. Aber das entscheidende ist die infame Gleichsetzung von AKW-Gegnern (insbesondere den westdeutschen) mit den Mordbanden des Nazi-Regimes. Dies ist indes auch bei der ortsansässigen Bevölkerung auf Empörung gestoßen. Als die französischen Bullen das Zeitlager der westdeutschen Demonstrations-Teilnehmer filzten (und dabei z. B. Messer, die man bekanntlich für's Essenmachen während mehrerer Tage benötigt, als „Beweis“ der „Gewaltabsichten“ der westdeutschen AKW-Gegner „fanden“), erklärten französische Bauern und Bäuerinnen ausdrücklich ihre Solidarität mit den Beschuldigten; u. a. ein Bauer, der selbst unter den Nazis eingekerkert war und sehr wohl den Unterschied zwischen Freund und Feind seiner Interessen kennengelernt hat.

Aber dem Herrn Jannin ist der Vergleich mit faschistischen Beset-

zungen sicher nicht zufällig gekommen — er kennt sich da aus: Während der kolonialistischen Unterdrückung Algeriens durch Frankreich war Jannin Polizeipräsident in Algier und „Sicherheitsdirektor“ der französischen Kolonialmacht („Le Monde“, 2.8.77)! Daß ausgerechnet dieser Herr sich den Anschein des „Antifaschismus“ gibt, ist nachgerade zynisch, wenn man weiß, welche Schlächereien der französische Imperialismus durch seine Armee und seine übrigen Buttel gegen das algerische Volk verübt hat.

Aber selbst unabhängig von diesem konkreten Umstand ist dieser Vergleich äußerst infam. Es sind gerade die AKW-Gegner, die sich „nicht nur“ gegen die Lebensbedrohung durch die Atomenergie zur Wehr setzen, sondern auch gegen die damit einhergehende polizeiliche und militärische Aufrüstung, die die Gefahr neuer faschistischer Herrschaftsformen in Westeuropa wieder aktuell machen. Und es ist umgekehrt vor allem das gleiche (west-)deutsche Kapital, das seinerzeit das Nazi-Regime an die Macht gebracht hat und heute (Jannin und anderen zur Freude) im „Atomgeschäft“ steckt — nicht nur im „zivilen“, sondern auch, um auf diesem Wege und mithilfe internationaler Kooperation in Westeuropa an die Verfügungsgehalt über Atomwaffen heranzukommen. Jannin und die reaktionäre französische Presse sind darum auch keineswegs „deutschfeindlich“; das westdeutsche Atomkapital ist ihnen hochwillkommen — und ebenso hochwillkommen ist ihnen die „Amtshilfe“ der westdeutschen Polizei gewesen, die Fotomaterial zur Identifizierung westdeutscher AKW-Gegner nach Frankreich übersandte. Der Chauvinismus der Jannin & Co. ist ausschließlich gegen die AKW-Gegner und insbesondere gegen die Linken gerichtet — und das „klarzustellen“, war auch das hauptsächlichste Echo der westdeutschen Reaktion. Regierungssprecher Grünewald erklärte, „daß eine Minderheit junger Deutscher die französische Gastfreundschaft mißbraucht“ habe, und daß „einige Deutsche Frankreich ein Land, mit dem wir enge freundschaftliche Beziehungen haben, ein falsches Bild von Deutschland gegeben haben“ („Le Monde“, 3.8.77).

Nun, das richtige Bild wird denjenigen, auf die es ankommt, schon nicht verborgen bleiben: Die AKW-Gegner, gleich welcher Nationalität, sind auf Seiten des Antifaschismus; die AKW-Betreiber hingegen, gleich welcher Nationalität, auf Seiten eines potentiellen neuen Faschismus — das sind die Fronten.



## Justiz im Dunkeln (Übersetzung aus »Le Monde« vom 3.8.77 unter dem Titel »Nocturne judiciaire«)

Lyon. Elf Personen sind gemäß dem Landfriedensbruch-Paragrafen („loi anti-casseurs“), Artikel 314 des französischen Strafgesetzbuchs angeklagt; sechs von ihnen erhalten eine zweite Anklage, weil sie im Besitz einer Waffe der sechsten Kategorie (feststehendes Messer, Schlagring und Bolzen) angetroffen wurden, oder weil sie Zündsätze oder Sprengstoff transportiert haben. Der zwölfte Verhaftete, Benoit Driat, ist nur wegen Besitzes einer Waffe der sechsten Kategorie angeklagt.

Am Sonntag Abend zwischen 20 und 22 Uhr waren 30 bis 40 Personen von den Mobilien Gendarmen in Morestel, Montalieu und La Tour-du-Pin festgenommen worden. 19 waren in der Gendarmerie von Bourgoin festgehalten worden. Das Verhör der 212 Angeklagten wurde von Jean-Louis Bergez, stellvertretendem Staatsanwalt, durchgeführt. Es fing um 17 Uhr an und dauerte bis ein Uhr am Morgen. Das Verhör der Deutschen erforderte die Anwesenheit eines Dolmetschers. Drei Rechtsanwälte aus Lyon, Ballard, Gay und Khenaffou vertraten umschichtig die Vorgeführten. Die Frist für die vorläufige Festnahme für die sieben anderen Personen, die bis zu diesem Zeitpunkt von den Gendarmen festgehalten worden waren, wurde nicht verlängert, so daß sie Montag Abend auf freien Fuß gesetzt wurden.

Die Vorgeführten, die je zu zweit aneinandergefaßelt waren, standen unter starker Bewachung von Gendarmen und Justizbeamten. Es gab (bei der Anhörung) keinerlei Zwischenfälle.

### Um jeden Preis

Zehn der Angeklagten beantragten einen Aufschub, um ihre Verteidigung vorzubereiten. Die beiden

Schweizer, die ihre Beteiligung am Marsch gegen „Super-Phenix“ zugaben, aber sich als „Gewaltfreie“ zu erkennen gaben und tatsächlich auch nicht mit Waffen angetroffen worden waren, wünschten unverzüglich abgeurteilt zu werden. Das Gericht war jedoch der Ansicht, daß das Fehlen der Anklageschrift und die Unmöglichkeit einer Gegenüberstellung mit den Zeugen — Mobilien Gendarmen — die sie „wiedererkannt“ hatten, nicht erlaubten, ihrem Antrag zu entsprechen.

Daß der dramatische Zusammenstoß von Creys-Malville auf juristischem Gebiet weitergeführt werden würde, ist nicht erstaunlich. Aber die Bedingungen, unter denen am Ende der Woche eine Handvoll von Demonstranten vor Gericht erscheinen werden, die für die öffentliche Meinung als Verantwortliche der äußerst schwerwiegenden Ereignisse vom Sonntag dargestellt werden, werfen viele Fragen auf. Die Verhaftungen wurden in der Tat vorgenommen, als die Demonstranten, auch die Gewalttätigsten, schon lange die verbotene Zone verlassen hatten, die vom Präfekten des Departements Isère festgelegt worden war. Sicherlich, Zwischenfälle, wie zum Beispiel Steinwürfe in der Gegend von Montalieu-Vercieu gegen Windschutzscheiben von Fahrzeugen (darunter solchen einer Gendarmerie-Schwadron, die in ihre Kaserne zurückfuhr) und eine Aggression gegen den Posten der Mobilien Gendarmerie in Morestel, haben sich am frühen Sonntagabend zugetragen. Ist es zusätzlich noch nötig gewesen, zwei Schwadronen der Mobilien Gendarmerie — und wie es scheint ausgerechnet dieselben, die am Nachmittag in Faverges-de-la-Tour die härtesten Angriffe der Demonstranten erlebt hatten — mit einer

Razzia in Morestel zu beauftragen, um um jeden Preis Schuldige zu finden?

Journalisten, Einwohner von Morestel und der Pfarrer des Dorfes haben Männer gesehen — sicherlich erschöpfte und ausgepumpte — die sich auf der Verfolgung von Schatten in die schmalen Straßen gestürzt und brutal leere Räume durchsucht haben. Kann man es noch akzeptieren, daß dieselben Männer, die beauftragt waren, die Ordnung aufrechtzuerhalten, sich, als schon seit mehreren Stunden Ruhe eingekehrt war, über einen Bauernhof in Morestel hergefallen sind und bei Autos aus Westdeutschland die Fensterscheiben zerschlugen und die Reifen aufgeschlitzt haben?

Schließlich wurde keine einzige Festnahme während der Zusammenstöße durchgeführt, sondern die Demonstranten wurden danach festgenommen. Sollte man sich also ein bißchen spät im Innenministerium darüber klar geworden sein, als man die Bilanz dieses düsteren Tages zog, daß man versäumt hatte, durch Festnahmen die Voraussagen des Präfekten zu rechtfertigen, der der Verantwortung für die Gewalttätigkeiten zu einem großen Teil den Ausländern und speziell den Deutschen in die Schuhe schob? Die Fakten sprechen stark für diese Version.

Bernard Elie.

Die Identität der Angeklagten. Es sind sieben Deutsche: Hartmut Kühn, 27, aus Hannover; Lucian Bechtloff, 30, aus Frankfurt; Konrad Hinderberger, 24, aus Göttingen; Roland Müller, 24, aus Berlin; Herbert Nebel, 26, aus Esslingen; Hans Jäger, 25; Josef Schweizer, alle Studenten; zwei Schweizer: Joel Schmidt, 21, und Rudolf Krenndahl, 20, aus Genf; drei Franzosen: Frau Ciarmaglia, 19, Filmvorführerin, aus Marseille; Frau Benoit Driat, 26, Maurer-Gehilfin aus Reims, und Lucien Mons, 29, arbeitslos, Paris.

## Stellungnahmen zu Malville von PCF, PS, PSU und CGT

Erklärung von Paul Roachaus, Bundessekretär des Departement Isère, Mitglied des Zentralkomitees der PCF (französische revisionistische Partei):

„Unsere Einschätzung über den Ablauf der Ereignisse von Malville hat sich bestätigt. Diese zwei Demonstrationstage brachten nichts anderes als heftige Zusammenstöße, denen mehrere zum Opfer fielen, brachten nichts anderes als ein Klima der Spannung, von dem der Staat profi-

tiert. ... Alle diejenigen, die sich berechtigterweise mit der Frage der Atomenergie in unserem Staat beschäftigen, sollten es nicht zulassen, in solch ein Räderwerk hineinzugeraten. Der Staatsapparat hat sich in Bewegung gesetzt. Er hat nicht nur nicht die Zusammenstöße verhindert, im Gegenteil, er hat das harte Vorgehen befürwortet. Diese Haltung entspricht genau seiner Weigerung, eine demokratische Debatte über seine Atomenergiepolitik zu führen.

... Wir verurteilen aufs neue das gewaltsame Vorgehen organisierter Gruppen aus dem In- und Ausland, die sich hinter den Parolen der Atomkraftgegner verstecken und gleichzeitig damit agitieren. ... Die kommunistische Partei wird verantwortlich vorgehen, um in unserem Land eine große nationale Energiepolitik zu betreiben, auf der Grundlage aller Sicherheitsvorkehrungen zum Wohle Frankreichs und seiner Bevölkerung“ („L'Humanité“, 1.8.77).

M. Georges Fillioud, P.S. (Sozialistische Partei):

„Begriffe denn der Staat nicht, daß einzig und allein die Demokratie gewalttätige Ausschreitungen verhindern kann? Die erste Gewaltanwendung — ohne Information und ohne Debatte — hat sie nicht Ängste und breite Opposition auf den Plan gerufen? Einzelhaft, totalitärer Staat und Repression können keine Antwort auf ein solches Problem geben. Eine Untersuchung sollte klar die Verantwortlichen feststellen, denn man sollte sich auf keinen Fall mit vagen offiziellen Verlautbarungen, die eine ausländerfeindliche Resonanz hervorrufen, zufrieden geben“ („Le Monde“, 3.8.77).

\*\*\*

Die PSU (Vereinigte Sozialistische Partei) bringt unter der Überschrift „Der Staat hat die Provokation gesucht“ folgende Stellungnahme: „Die P.S.U. verlangt eine totale Aufklärung. Die PSU verlangt die Freisprechung der Beschuldigten und die

sofortige Freilassung aller Festgehaltenen. ... Der Staat hat die Provokation gesucht und, unglücklicherweise, einige Hunderte von Demonstranten gefunden, die kamen, um einen Zusammenstoß mit der Polizei zu suchen. Aber diese Provokation und die Begleiterscheinungen der Gewaltakte dürfen nicht die Tragweite der Demonstration verschleiern“ („Le Monde“, 3.8.77).

\*\*\*

CGT (der PCF nahestehende Gewerkschaft):

„Die Verantwortung für die schweren Auseinandersetzungen in Creys-Malville trägt die Regierung. Sie ist es gewesen, die schon seit Wochen beträchtliche Polizeieinheiten zusammenzog, auf einem willkürlich ausgesuchten Gelände. Dies geschah ohne demokratische Beratung, weder auf nationaler noch auf regionaler Ebene. Diese Einsatzkommandos konnten nur mit heftiger Repression auf eine Demonstration reagieren. ... Untersuchungen ergaben, daß die Kon-

frontation keineswegs dem Wunsch und dem Vorhaben der offiziellen Organisatoren dieser Demonstration entsprach. ...“ („Le Monde“, 3.8.77).

\*\*\*

CFDT (überwiegend an der PS orientierte Gewerkschaft):

„Die Konfrontation wurde gesucht. Die CFDT hat am Marsch vom 31. Juli nicht teilgenommen. Sie wollte das Risiko von unvermeidlichen Konfrontationen nicht auf sich nehmen, die aus der aggressiven Staatsmacht, der nachweislichen Anwesenheit von Provokateuren und der von gewissen Demonstranten gewählten Taktik resultierten. ... Tausende von Polizisten sind gegen die Demonstranten vorgegangen und haben ihre Waffen benutzt. Die Konfrontation wurde also herbeigeführt. Daran kann man sehen, wohin die Starrköpfigkeit der Staatsmacht führt, die die Information und die Debatte verweigert und auf der Durchsetzung eines unakzeptablen Atomprogramms besteht.“ („Le Monde“, 2.8.77)





# Frankreich

## Das französische Atomenergieprogramm



Begriffserklärungen:  
 ● en exploitation = in Betrieb  
 ○ en construction = in Bau  
 ○ en projet = projektiert  
 Site prospecté = geplante Bauplätze (zum Unterschied von projektiert und geplant siehe das Vorwort)

Nach dem französischen Atomenergie-Programm werden vor allem die nord-französische Kanalküste, die französische Seite des Oberrheins (Elsaß) und das Rhone-Tal zu gigantischen AKW-Zentren ausgebaut.

Die Angaben auf dieser Karte aus Le Monde stimmen allerdings nicht in allen Punkten mit den im Text aufgeführten Angaben nach dem westdeutschen atw-report überein. So ist auf der Karte ausschließlich Dampierre als im Bau befindlich verzeichnet, obwohl nach dem als ziemlich zuverlässig anzusehenden atw-report, der auf einer Auswertung vielfacher offizieller ausländischer Quellen beruht, derzeit (Stand: Mai 77) 24 AKW-Blöcke in Bau sind. Andererseits sind auf der Karte auch die längerfristig geplanten AKWs mit eingezeichnet, für die noch keine Genehmigungsverfahren usw. eingeleitet wurden, und die in unserem Text nicht mit erwähnt sind. Im übrigen ist es ein ziemlich genereller „Mißstand“, daß über die AKW-Pläne teilweise recht stark voneinander abweichende Angaben in unterschiedlichen Quellen zu finden sind – sicher auch Teil der Geheimhaltungs- und Verunsicherungstaktik der AKW-Betreiber.

Das belgische AKW in Tihange und das spanische in Vandellós sind deshalb auf der Karte mit vermerkt, weil Frankreich auch von dort Atomstrom bezieht. Umgekehrt liefert das französische AKW in Chooz auch Atomstrom nach Belgien.

Sowohl nach der Anzahl als auch der Kapazität seiner Atomkraftwerke rangiert Frankreich heute auf Platz 3 unter den westeuropäischen Staaten, hinter Großbritannien und der BRD. Das französische Atomenergie-Programm sieht indes eine gigantische Steigerung vor, nach der Frankreich Anfang der 80-er Jahre der größte Atomenergie-Produzent Westeuropas wäre. Gegenwärtig sind in Frankreich elf AKW-Blöcke mit einer Gesamtkapazität von 3.776 MW in Betrieb (zum Vergleich: BRD zwölf Blöcke mit 6.433 MW; Großbritannien 33 Blöcke mit 8.035 MW). In Bau befinden sich z.Zt. 24 Blöcke mit 23.025 MW (BRD 14 Blöcke mit 13.694 MW; GB sechs Blöcke mit 3.750 MW).

Wenn der letzte dieser in Bau befindlichen Blöcke fertiggestellt sein wird (das soll 1984 der Fall sein), wird Frankreich also über eine AKW-Kapazität von 26.801 MW verfügen – mithin eine Versechsfachung in sieben Jahren (die Gesamtkapazität der in der BRD betriebenen und in Bau befindlichen AKWs ergibt 20.127 MW; in GB 11.785 MW).

Projektiert sind desweiteren zehn AKW-Blöcke mit einer Kapazität von 10.640 MW – davon vier Blöcke mit je 1.300 MW. Der Übergang zu dieser Leistungsgröße wurde von der Regierung im revidierten Atomprogramm vom August 1975 beschlossen. Der erste Reaktor dieser Größenordnung in Frankreich (entsprechend dem Biblis-Typ) wird Flamanville-1 sein. Die beiden in Paluel projektierten Reaktorblöcke wurden gleichfalls von ursprünglich 900 MW auf 1.300 MW hochgesetzt; fraglich ist desweiteren, ob die anderen projektierten Reaktoren der 900-MW-Klasse (vier bei Cruas/Rhone, zwei bei Cattenom/Mosel) nicht auch noch der neuen Größenordnung angepaßt werden. Den derzeit in Bau befindlichen bzw. projektierten AKWs liegt folgender Zeitplan zugrunde:

**Inbetriebnahme noch dieses Jahr, 1977**

- Fessenheim-2, 890 MW, am Rhein; nicht-nuklearer Probebetrieb bereits aufgenommen
- Bugey-2, 925 MW, Standort: Saint-Vulbas (ain)/Rhone; nicht-nuklearer Probebetrieb bereits aufgenommen

**Inbetriebnahme 1978**

- Bugey-3, 925 MW, Anfang 1978
- Bugey-4, 905 MW, Mitte 1978
- Bugey-5, 905 MW, Ende 1978
- Tricastin-1, 925 MW, Standort: Trois-Châteaux/Rhone, Ende 1978

- Gravelines B-1, 925 MW, Standort: westlich von Dünkirchen an der Nordseeküste; Ende 1978

**Inbetriebnahme 1979**

- Tricastin-2, 925 MW, Mitte 1979
- Tricastin-3, 925 MW, Ende 1979
- Gravelines B-2, 925 MW, Herbst 1979
- Dampierre-1, 905 MW, Standort: Aval de Gien/Loire, Anfang 1979
- Dampierre-2, 905 MW, Ende 1979

**Inbetriebnahme 1980**

- Tricastin-4, 925 MW, Mitte 1980
- Gravelines B-3, 925 MW, Anfang 1980
- Gravelines B-4, 925 MW, Ende 1980
- Dampierre-3, 905 MW, Mitte 1980
- Blayais-1, 925 MW, Standort: Ambes/Gironde-Mündung
- Saint-Laurent-des-Eaux B-1, 905 MW, Standort: St. Laurent/Loire, Herbst 1980

**Inbetriebnahme 1981**

- Dampierre-4, 905 MW
- Blayais-2, 925 MW
- Saint-Laurent-des-Eaux B-2, 905 MW

**Inbetriebnahme 1982**

- Paluel-1, 1.300 MW, an der Kanalküste
- Paluel-2, 1.300 MW
- Cruas-1, 905 MW, an der Rhone

**Inbetriebnahme 1983**

- Cruas-2, 905 MW
- Cruas-3, 905 MW
- Super-Phenix, Schneller Brüter, 1.200 MW, Standort: Creys-Malville/Rhone

- Flamanville-1, 1.300 MW, Standort: Flamanville/Manche
- Cattenom-1, 905 MW, an der Mosel

**Inbetriebnahme 1984**

- Cruas-4, 905 MW
- Cattenom-2, 905 MW
- Flamanville-2, 1.300 MW
- (Region Paris)-1, 1.300 MW

**Inbetriebnahme 1985**

- (Region Paris)-2, 1.300 MW

Eine Vorreiterrolle spielt das französische Atomenergie-Programm vor allem mit dem Baubeginn des Schnellen Brüters »Super-Phenix« in Creys-Malville. Seit 1973 bereitet Frankreich bereits den Prototyp eines Schnellen Brüters (»Phenix«) mit 250 MW. Der Super-Phenix mit seiner geplanten Kapazität von 1.200 MW wird dagegen der größte seiner Art sein: Neben dem 250-MW-Phenix existiert noch der gleichgroße britische PFR, der aber im April dieses Jahres wegen dauernder Schäden stillgelegt werden mußte; in Bau befinden sich außer dem Super-Phenix als nächstgrößte der BN 600 mit 600 MW in der UdSSR, der SNR 300 (Kalkar) mit 310 MW in der BRD und der DEMO mit 300 MW in den USA; projektiert sind desweiteren der MONJU mit 300 MW in Japan und der CFR mit 1.000 MW in Großbritannien

(nach »ecologie«, numero special nr. 7, Mitte 1976).

Der Super-Phenix soll einmal 5.000 Tonnen Plutonium enthalten – eines der giftigsten Stoffe, von dem die tödliche Dosis für den Menschen zwischen zwei und 50 Milligramm liegt (lt. »Le Monde«, 30.7.77); andere Angaben sprechen davon, daß bereits ein Milligramm in der Lunge krebserzeugend ist (»Frankfurter Rundschau«, 18.12.76). Welche Gefahren dies im Falle eines Unfalls bei Freiwerden des Plutoniums mit sich bringt, liegt auf der Hand. Eine der anderen Hauptgefahren birgt die Verwendung von Natrium als Kühlmittel in sich: Von diesem, bei Berührung mit Wasser hochexplosiven und leichtentflammbaren Element, wird der Super-Phenix 4.800 kg enthalten. Natriumbrände mit mehr als 50 kg Natrium können aber mit keiner bekannten Materie mehr gelöscht werden.

Bauherr und zukünftiger Betreiber des Super-Phenix ist die NERSA, ein Firmenkonsortium mit 51% Beteiligung der französischen Elektrizitätsgesellschaft EDF, 33% Beteiligung der italienischen ENEL und 16% Beteiligung der westdeutsch-belgisch-niederländisch-britischen SBK (»atw-report«, Mai 77). Es handelt sich also um ein gemeinsames Vorhaben der westeuropäischen Staaten. Allein die Finanzierung des Super-Phenix (wie auch der meisten anderen Schnellen Brüter) machte diese Zusammenarbeit notwendig: Die voraussichtlichen Entwicklungs- und Baukosten des Malville-Reaktors liegen bei drei Milliarden Mark! Insgesamt verschlingt das Entwicklungsprogramm der Schnellen Brüter jährlich fünf Prozent des gesamten französischen Forschungs-Haushalts (»Le Monde«, 30.7.77).

Am 5. Juli dieses Jahres wurde ein Abkommen zwischen der BRD und Frankreich unterzeichnet, das die bisherige Zusammenarbeit dieser beiden Staaten auf dem Atom-Sektor zu einer verstärkten Führungsrolle, insbesondere den Export betreffend, ausbauen soll:

1. wurde auf dem Gebiet der Forschung eine engere Kooperation zwischen dem nationalen französischen Kernforschungszentrum CEA und dem westdeutschen Interatom sowie dem Kernforschungszentrum GFK geschlossen.
2. wurde eine Kommerzialisierung der Schnellen Brüter beschlossen, wobei die westdeutsch-französische SERENA (Promotionsgesellschaft für Natrium-Brüter) das Verkaufsmonopol für Baulizenzen an interessierte Staaten erhält. Dieses Projekt kostet jährlich eine Milliarde Mark, wovon Frankreich und die BRD jeweils 500 Mio DM übernehmen. Sieben Verkaufsverträge sollen bereits von der SERENA abgeschlossen worden sein (»Rouge«, 6.7.77).

Neben dem Super-Phenix ist die Wiederaufbereitungsanlage in La Hague (in der Nähe von Cherbourg an der normannischen Kanalküste) das andere Herzstück des französischen Atomenergie-Programms. In dieser Anlage, die seit 1967 existiert und bislang einzigartig in Europa ist, werden aus abgebrannten Brennstäben durch Herausrennung der unverwertbaren Spaltprodukte und neuer Anreicherung des Urans neue Brennstäbe produziert. In La Hague wird diese Wiederaufbereitung auch für ausländische AKWs betrieben, namentlich für die Schweiz und Japan. Auch mit der BRD bestehen ähnliche Abkommen: So wurde am 22.6.77 ein Vertrag geschlossen, daß in La Hague 150 t Atomüll aus dem geplanten AKW Philippsburg II aufgenommen werden – allerdings nur vorübergehend, denn der Atomüll soll anschließend zur Endlagerung in die BRD zurückgeschafft werden. Immerhin bietet die Existenz dieser Anlage in Frankreich heute schon der westdeutschen Atomindustrie die Möglichkeit, wie im Fall von Philippsburg II weitere Baugenehmigungen einzuholen, ohne daß die Entsorgungs-Frage, wie ursprünglich groß angekündigt, »gelöst« ist.

Wie »sicher« die französischen Atomanlagen sind, zeigen bereits wenige Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit:

- 1975 wurde im Schnellen Brüter Phenix das Kühlsystem undicht und verursachte eine radioaktive Verseuchung der Abwässer (lt. dem belgischen Informationsdienst »Bevrijdingspersgenschap« Nr. 69, 14.10.76).
- Durch ein defektes Rohr im Abwässersystem zweier Forschungsinstitute wurde in der Isere bei Grenoble das Neunfache (!) des zulässigen Höchstwertes an Radioaktivität gemessen (»Le Monde«, 17.3.77). Der Defekt war bereits im Juli 1974 festgestellt worden, im September 1974 wurde dann die Messung vorgenommen – und erst Ende 1975 der Defekt behoben!
- Am 1. Juli 77 entwich aus der Fabrik Comurhex in Pierrelatte das hochgiftige Gas Uranhexafluorid, von dem bereits 0,5 Milligramm tödlich sein können.

Angesichts derartiger Unfälle, die die demokratische Öffentlichkeit in Frankreich wie anderswo zunehmend beunruhigen, haben die EDF und die Regierung 1975 eine große »Aufklärungskampagne« beschlossen, deren zynische Absicht äußerst offen in folgendem Satz zusammengefaßt wurde: »In den Schulen und an den Universitäten muß gelernt werden, daß man mit den radioaktiven Strahlen genauso leben muß, wie man mit Mikroben lebt« (»Politique Hebdo«, 27.3.75)!



# Chronologie des Anti-AKW-Kampfes in Frankreich

Die Anti-Atom-Bewegung in Frankreich nahm ihren Anfang in den 50er Jahren gegen die Atomrüstung. Anders als in der BRD existierte diese Bewegung aber auch nach den großen Protestaktionen Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre weiter, zumal Frankreich 1960 tatsächlich mit dem Aufbau einer nationalen Atomstreitmacht (force de frappe) begann und seine Atomwaffenversuche die Besorgnis in der demokratischen Öffentlichkeit ständig am Leben erhielt.

Gegen die »friedlichen« Atomanlagen in Frankreich begann der aktive, breitere Protest 1971: Am 12.4.71 beteiligten sich rund 1.300 Menschen an einer Demonstration gegen das damals noch in Bau befindliche AKW Fessenheim am Oberrhein — dies war gleichzeitig die erste Anti-AKW-Demonstration in Europa (diese und die folgenden Angaben der zurückliegenden Jahre stützen sich im wesentlichen auf einen Artikel von Wolfgang Hertle in der »Gewaltfreien Aktion«, Nr. 26/27 IV.75/I.76, S. 41 bis 58). Kurz darauf, am 19.6.71, protestierten 3.500 Demonstranten in Lyon gegen einen Prozeß gegen Atom-Gegner. Die sechs Angeklagten gehörten der GARM (Aktions- und Widerstandsgruppe gegen den Militarismus) an und waren im Januar in die unterirdische Kommandozentrale der »force de frappe« in Mont Verdun eingedrungen und hatten im innersten Schaltzentrum der Abschlußrampen für Atomraketen Sprühdämpfer entrollt. Sie wollten damit auf die »Fährlichkeit der Armee im Umgang mit der Atomstreitmacht« aufmerksam machen (Hertle, a.a.O.).

Am 10.7.71 marschierten 15.000 Menschen in einem »großen friedlichen, gewaltfreien und frühlichen Marsch« zum in Bau befindlichen AKW Bugey-1 in Saint-Vulbas an der Rhone. Vom 4.9. bis 17.10. des gleichen Jahres fand auf dem Gelände dieser Reaktorbaustelle dann ein 40-tägiger Sitzstreik statt, an dem nach einem Ablösungsprinzip jeweils mindestens 30 AKW-Gegner teilnahmen. Zu diesem Zeitpunkt gab es bereits 13 Anti-AKW-Bewegungen — und das trifft in großen Teilen auch heute noch zu. Kennzeichnend für die französische Anti-AKW-Bewegung — und das trifft in großen Teilen auch heute noch zu — ist der große Einfluß von »Ökologiegruppen«, die ein Bekenntnis zu völliger Gewaltlosigkeit ablegen und verlangen. So schrieb einer der Organisatoren zu den Protestaktionen gegen Bugey-1: »Wir wollen durch dieses Mittel unsere Opposition zur Inbetriebnahme von Bugey-1 und die Errichtung weiterer AKWs zeigen, die lokale Öffentlichkeit alarmieren und das Problem auf nationaler Ebene stellen. Um diese Ziele zu erreichen und um alle

Provokationen oder politische Ausbeutungsversuche zu verhindern, kann diese Aktion nur gewaltfrei sein.« (Emile Prémieu in »Charlie Hebdo«, 30.8.71, zit. bei Hertle).

Am 7.5.72 fand eine erneute Demonstration mit 10.000 Teilnehmern gegen das AKW Fessenheim statt. Nach der Inbetriebnahme des Reaktors Bugey-1 im Juli 72 fanden zunächst keine Demonstrationen und Protestaktionen größeren Ausmaßes mehr statt — mit Ausnahme einer »Kampagne« für ein »Moratorium«, d.h. einen Baustopp von mindestens fünf Jahren, wofür 50.000 Unterschriften gesammelt wurden, und die ihren eigentlichen »Aufakt« am 6.5.73 mit koordinierten Demonstrationen in mehreren Orten Frankreichs erhalten sollte. Die Beteiligung an diesen Demonstrationen blieb allerdings hinter den Erwartungen der Organisatoren zurück (10.000 insgesamt; davon 5.000 in Straßburg und 3.000 in Paris), so daß die Kampagne gar nicht erst weitergeführt wurde.

Die französische Anti-AKW-Bewegung nahm dann 1974 im Elsaß einen neuen Aufschwung, und entwickelte dabei eine engere (allerdings auch vorher schon in Ansätzen bestehende) Zusammenarbeit mit westdeutschen AKW-Gegnern in Baden. Anlaß für neue Aktionen war dabei zwar nicht ein AKW selbst, sondern das Bauverfahren eines bleiverarbeitenden Chemiewerkes in Marckolsheim, durch dessen zu erwartende Luftverschmutzung die Bevölkerung schwere Gesundheitsgefahren befürchtete. Marckolsheim war aber ein darüber hinausgehendes Symbol des Kampfes gegen die profitorientierte kapitalistische Lebenszerstörung, die in dieser Region konzentriert vorangetrieben wurde, und die namentlich auch mehrere AKWs mit sich bringen sollte: auf der anderen, westdeutschen Seite des Rheinfußes in Wühl, und auf französischer Seite in Fessenheim und (wie später bekannt wurde) auch in Marckolsheim selbst und weiteren Orten. Am 25.8.74 fand in den Rheinauen bei Wühl ein gemeinsamer Sternmarsch mit französischen und westdeutschen Teilnehmern gegen das AKW Wühl und das Bleiwerk Marckolsheim statt, bei dessen Gelegenheit die 21 badischen und elsässischen Bürgerinitiativen die Besetzung beider Bauplätze ankündigten, sobald mit den Bauvorbereitungen begonnen würde. Am 20.9.74 begann die Besetzung des Marckolsheimer Bauplatzes, mit anfänglich 100, nach zwei Tagen bereits 1.000 Teilnehmern aus der ortsansässigen Bevölkerung, die die Wiederaufnahme der bereits begonnenen Bauarbeiten verhinderten — und schließlich, Ende Februar 1975, auch

den völligen Verzicht auf das geplante Bleiwerk erreichten. Welche Sympathie dieser Kampf in der Bevölkerung fand, zeigte sich am 13.10.74 auch im Ergebnis der Gemeinderatswahl von Marckolsheim, bei der die von den BIs aufgestellte Liste »Verteidigung der Interessen von Marckolsheim« 76 % der Stimmen und alle Sitze im Gemeindeparlament errang!

Nachdem der französischen - Forschungsminister Ornano Ende November 1974 einen Plan mit 50 weiteren möglichen Standorten für AKWs veröffentlichte, entwickelten sich im ganzen Land neue Komitees und Initiativen gegen das Atomenergie-Programm. In mehreren der betroffenen Regionen wurden in der Folgezeit Demonstrationen organisiert: so in der Bretagne, in der Normandie (Flamanville), an der Gironde-Mündung bei Bordeaux (Braud-Saint-Louis), am Mittelmeer und in Nordfrankreich (Gravelines).

In Braud-Saint-Louis hatte die französische Elektrizitätsgesellschaft EDF bereits im Mai 1974 ohne Genehmigung mit dem Bau von Zufahrtsstraßen zum geplanten AKW-Gelände begonnen und dabei auch widerrechtlich Privatgelände der Bauern benutzt und beschädigt. Nach mehreren vorangegangenen Protesten besetzten die Bauern am 10.4.75 die Baustelle, rissen die Betonpfeiler der Umzäunung raus und luden sie vor dem Rathaus ihrer Gemeinde ab — begleitet von einem Sitzstreik. Der Bürgermeister gab schließlich eine Zusage zur Einstellung der Bauarbeiten, die die Bauern selbständig vor Ort durchsetzten, indem sie die von der EDF beauftragten Arbeiter samt ihren Maschinen und Baumaterialien nach Hause schickten. Dieser Erfolg erwies sich jedoch schon bald als nicht ausreichend: Wenige Tage später rückte Polizei an und ließ unter ihrem Schutz die Bauarbeiten von neuem beginnen. Am 10. und 11.5.75 versuchten die Bauern daraufhin einen neuen Besetzungsversuch: Gegen den harten Knüppel- und Wasserwerfer-Einsatz der »gardes mobiles« gelang es ihnen immerhin, einen Großteil des zaunes erneut einzureißen. 15 Bauern wurden deswegen später vor den Kadi gezogen. Aus Solidarität mit ihnen stellten weitere 350 AKW-Gegner Anzeige gegen sich selbst und erschienen am 28.11.76 zum Prozeß. Die EDF verlangte von den Angeklagten umgerechnet rund 50.000 DM (!) Schadenersatz; der Staatsanwalt forderte Geldstrafen zwischen 250 und 1.000 DM und Gefängnisstrafen zwischen acht Tagen und zwei Monaten! Der Prozeß wurde zunächst vertagt — ob und wie er inzwischen beendet wurde, ist uns leider nicht bekannt. Daß die französische Justiz die Anti-

AKW-Bewegung heute aber mit drastischen Willkürteilen in die Knie zu zwingen versucht, und das einzige Gegenmittel die Entfaltung einer breiten und militanten Solidarität ist, zeigt das Beispiel des jüngsten Prozesses in Nantes (siehe den Kasten »Terrorurteil gegen AKW-Gegner«).

## Brennpunkt Malville

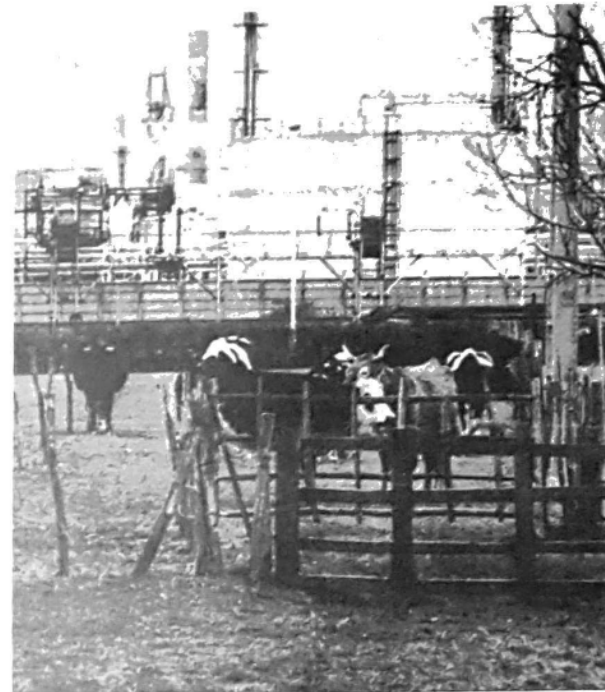
1976 und 1977 wurde der Kampf gegen den Schnellen Brüter (Super-Phénix) in Malville immer mehr zum hauptsächlichen Brennpunkt der Anti-AKW-Bewegung in Frankreich. Für Anfang Juli 1976 riefen dort 21 Anti-AKW-Komitees zu einer Großkundgebung auf. Der Bauplatz war bereits in Erwartung massiver Protestaktionen festungsmäßig ausgebaut (Stacheldraht, Elektrozaun) und militärisch von der Polizei und der Bürgerkriegstruppe CRS abgeriegelt worden; Zelten in der Umgebung und Umfahen des Baugeländes mit dem Auto wurden verboten.

Dennoch kamen ca. 20.000 Menschen am 3. Juli in die umliegenden Dörfer, von wo aus eine friedliche Demonstration zum Bauplatz eingang organisiert wurde. Obwohl von den Organisatoren (den »Comités Antinucléaire« des Gebietes) Besetzungsaktionen nicht vorgesehen waren, gelang es einem Teil der Demonstranten durch einen Trick einen Teil des Bauplatzes zu besetzen: An einer Stelle am Zaun wurde ein Steinhaufen errichtet, so daß die Bullen abgelenkt wurden, während an einer entgegengesetzten Stelle der Draht durchgeschnitten und Bohlen über Stacheldraht und Elektrozaun gelegt wurden — nach kurzer Zeit standen sich Demonstranten und CRS-Bullen auf dem Platz gegenüber. Anfangs griffen die Bullen nicht ein; es wurden zunächst Verhandlungen mit dem Unter-Präfekten der Region geführt. Das Ergebnis war ein Waffenstillstand: Die Besetzer konnten sich auf einen schmalen Randstreifen zurückziehen und dort ihre Zelte aufschlagen. Der Unter-Präfekt gab zur weiteren Klärung die Forderung der Besetzer an höhere Stellen weiter: Unabhängige Aufklärung der Bevölkerung, Volksabstimmung und bis dahin Baustopp.

Die folgenden Tage wurden die Besetzer so in Ruhe gelassen — und sie nutzten diese Zeit zu Informationsarbeit unter der Bevölkerung in den umliegenden Dörfern (die meisten Demonstranten hatten Malville allerdings sofort nach dem Wochenende schon wieder verlassen).

Am 8. Juli, frühmorgens, zeigte der Staat dann sein wahres Gesicht: Auf Befehl von Innenminister Poniatowski wurde das Gelände von fünf Kompanien der CRS geräumt. Einzelne Demonstranten wurden bis zu 70 km verschleppt. Gleichzeitig wurden alle Einrichtungen und Materialien der Besetzer zerstört. Bei dieser Aktion wurde außerdem die von den Bullen errichtete »Schutzzone« auf zwei (!) Dörfer ausgeweitet.

Mit Unterstützung der Bauern reorganisierten sich die Demonstranten und beschlossen auf einer Versamm-



AKW Pierrelatte

lung von ca. 5.000 Menschen einen »Befreiungsmarsch« zu den beiden eingeschlossenen Dörfern durchzuführen (Parole: »Befreien wir die Ghettoa«). Die Bauern beteiligten sich an dem Marsch mit einem Traktorkorso. Am Abend, nachdem sich die Demonstranten in einem der beiden Dörfer wieder ein Zeltlager aufgebaut hatten, wurden sie erneut von den CRS-Bullen brutal auseinandergeprügelt. Es gab 37 Verletzte.

Die Demonstranten mußten so notgedrungen weitere Besetzungsversuche erst einmal aufgeben — aber der Widerstand gegen den Super-Phénix entwickelte sich weiter:

Am 17./18. Juli wurde auf einer Schloßruine am anderen Ufer der Rhone gegenüber dem Bauplatz ein Informationsfest durchgeführt, an dem 500 bis 800 Menschen teilnahmen. Am Wochenende und den folgenden Tagen wurde in Malville und Umgebung jeden Tag der Film von der Besetzung in Wühl vorgeführt. Das Informationszentrum wurde nach einigen Tagen von der Polizei aufgelöst.

Am 24.7. wurde mit einer fünf Kilometer langen Auto- und Traktorkarawane eine Protestfahrt in dem betroffenen Gebiet durchgeführt.

Am 6.8. erfuhren die Bauern von Poleyrieu, daß am folgenden Tage ein 260 Tonnen schwerer Dampfkessel, bestimmt für eine Kernzentrale in Lagnieu (in der Nähe Malvilles), durch ihren Ort transportiert werden sollte. Am nächsten Morgen hatten sich rund

100 Menschen angefundnen. Flugblätter wurden verteilt und eine kleine Natriumexplosion vorgeführt — um die ungeheuren Gefahren des Schnellen Brüters zu veranschaulichen.

Bei der Ankunft des Transports setzten sich die Demonstranten auf die Straße. Anfangs beschränkten sich die Bullen auf die Verkehrsumleitung, stürzten sich dann aber überraschend auf die AKW-Gegner, schleppten sie weg und legten ihnen Handschellen (!) an.

Die 24 Festgenommenen (darunter auch Westdeutsche und Schweizer) wurden zehn Stunden lang in einer Garage festgehalten, bis sich gegen Abend rund 300 Menschen vor der Polizeiwache versammelt hatten und ihre Freilassung erzwingen konnten.

Am 18.9.76 wurde ein nationaler Aktionstag gegen den Bau des »Super-Phénix« durchgeführt. In Grenoble demonstrierten 2000 AKW-Gegner. Auch in Genf fand eine Kundgebung statt. Eine ganze Woche lang wurden Anti-AKW-Sendungen von einem »Piraten-Sender« ausgestrahlt, ohne daß es der Polizei gelang, diesen aufzuspüren. Im gleichen Monat wurden in der Präfektur von Grenoble Katastrophen-Pläne entwendet. Die darin vorgesehenen, bisher geheimgehaltenen drastischen Maßnahmen zeigen, daß der Staatsapparat selbst den »Super-Phénix« keineswegs für so »harmlos« hält, wie es der Bevölkerung weismacht werden soll.

Am 15.12.76 gaben 1.000 (!) Ingenieure, Physiker und Techniker des



CERN (Europäisches Zentrum für Nuklearforschung mit Sitz in Genf) einen Offenen Brief an die französische, westdeutsche und italienische Regierung (als Hauptbeteiligte des Super-Phenix) heraus, in dem sie einen vorläufigen Baustopp dieses Schnellen Brütters fordern. In ihrem Offenen Brief heißt es u.a.: »Wir bedauern das Fehlen eines offiziellen und öffentlichen Berichts über das Projekt und seine ökologischen Konsequenzen sowie das Fehlen einer Information der Bevölkerung, insbesondere der Bevölkerung der Region von Creys-Malville, die vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Wir bedauern ferner das Fehlen von technisch kompetenten Experten, die nicht mit Kreisen verbunden wären, die ein direktes Interesse am Bau von Kernkraftwerken haben. Wir sind der Meinung, daß der Bau des Super-Phenix gestoppt werden sollte, damit die Bevölkerung auf objektive und allseitige Weise informiert werden kann« (zitiert nach »Libération«, 16.12.76).

Unter anderem auch in Vorbereitung der neuen Massendemonstration, die jetzt am 30./31.7. in Malville stattfand, wurden Ende Juni dieses Jahres in einigen Orten koordinierte Demonstrationen durchgeführt:

- In Nogent-sur-Seine in der Pariser Umgebung demonstrierten am 26.6. rund 10.000 AKW-Gegner; ca. zwei Kilometer vor dem Baugelände stoppten sie und organisierten ein Volksfest. Beteiligt waren neben Komitees der linken Organisationen OCT, LCR und PSU sowie auch die PS und CFTD in einem eigenen Block. Die PCF hatte allerdings nicht mit aufgerufen.
- In Gravelines an der Kanalküste folgten am gleichen Tag 2.000 De-

monstranten dem Aufruf verschiedener Organisationen (PSU, OCT u.a.); auch belgische Organisationen hatten sich beteiligt, und versammelten sich vor dem Bürgermeisteramt, um einen sofortigen Baustopp für Gravelines und Malville zu fordern.

- In Paimel in der Normandie demonstrierten desweiteren 1.000 AKW-Gegner.

Am 30. Juni besetzten in Grenoble 150 AKW-Gegner das Bürgermeisteramt, in dem ein Mitterrand-»Sozialist« residiert: Ihnen war am Vortag der Strom abgedreht worden, weil sie aus Protest gegen das Atomenergie-Programm eine 15%-ige Strompreisreduzierung durchführten (insgesamt beteiligen sich bisher 300 Einwohner in Grenoble daran). Der »linke« Bürgermeister ließ sich aber nicht sprechen, sondern verbarrikadierte sich mit seiner gesamten wackern Stadtrats-Mannschaft.

Schon am 29. Juni hatten in Grenoble 3.000 Menschen demonstriert: Ihr Protest richtete sich gegen einen Handgranaten-Anschlag, der am Vorabend (vermutlich von einem Angehörigen der Nazi-Gruppe »Internationale Schwarze Ordnung«) gegen den Versammlungsraum einer Stadtteilgruppe des Grenobler Malville-Komitees verübt worden war.

Ein ähnlicher Anschlag, von Faschisten oder gedungenen Verbrechern der Atomindustrie ausgeübt, richtete sich zwei Wochen später gegen AKW-Gegner in Fessenheim/Heiteren, die dort seit zwei Monaten den halbfertigen Hochspannungsmast des AKWs besetzt halten: In der Nacht vom 12. auf den 13.7., etwa gegen 24 Uhr, stürmten zehn Männer und Molotow-Cocktails und Eisenstangen bewaffnet den besetzten Platz in

Heiteren. Der ganze Anschlag war gut durchorganisiert. Die Bande tauchte aus dem Dunkeln auf, warf sofort Molotow-Cocktails auf die am Feuer sitzenden Wachen und steckte die Holzhütten in Brand, in denen Besetzer schliefen.

Danach zog sich der Trupp sofort zurück und warf dabei noch drei Personenwagen um (Sachschaden: 5.000 DM).

Ein Mitglied der Freiburger BI wurde von einem Molotow-Cocktail so schwer getroffen, daß es schwere Verbrennungen erlitt und sofort auf die Intensivstation des Krankenhauses gebracht werden mußte. Sofort nach dem Überfall kamen die Feuerwehr und viele Helfer, es gelang jedoch nicht, die Bande festzuhalten oder zu identifizieren.

Nach Aussagen der örtlichen BIs wurde die französische Polizei sofort nach dem Überfall geholt, sie weigerte sich aber, die Ermittlungsarbeiten aufzunehmen und verströmete auf morgen. Wenn's hell ist! Auch am nächsten Tag wurden die Ermittlungen weiter boykottiert. Die Bullen schoben die Zuständigkeit von einer Stelle zur anderen, so daß der Anschlag erst am späten Nachmittag des 13. (mehr als 13 Stunden danach) offiziell festgestellt wurde.

Noch für den 13.7. abends wurde zu einer Kundgebung mobilisiert, zu der etwa 300 AKW-Gegner erschienen, um gegen den Anschlag zu protestieren. Ein Fackelzug in Freiburg am 14.7. war etwa 100 Mann stark, er zog an der Universitätsklinik vorbei, wo der verletzte Freiburger auf der Intensivstation liegt.

Die örtlichen BIs haben einhellig erklärt, daß die Besetzung weitergeführt wird und als erste Konsequenz die Nachwachen verstärkt wurden.

geblich »irrationalen Ängste« wohlbegründete Besorgnis breiter Teile der Bevölkerung über die einkalkulierte Vernichtung ihrer Umwelt, ihrer Gesundheit und ihres Lebens sind, schert die PCF offensichtlich ebensowenig, wie die unmittelbaren Profiteure dieses mörderischen Programms. Wahrlich eine gute Nachbarschaft.

Aber es ist andererseits nicht so, daß PS und PCF etwa keine Kritik am französischen Atomenergie-Programm hatten: sie fordern, daß die Atomenergie in den Dienst der »Interessen der Nation« gestellt werden müsse, daß sämtliche Atomanlagen verstaatlicht werden sollten (wobei für die PS natürlich die »Selbstverwaltung« die Lösung aller Probleme beinhaltet) — und das ganze wird dann obendrein noch als quasi-Schritt zum »Sozialismus« umfälscht.

Beide Parteien beklagen die Unfa-

higkeit der französischen Regierung, die 1969 durch die Aufgabe eigener Forschungsvorhaben zu einem Graphit-Gas-Trennverfahren und durch die Lizenzvergabe an Westinghouse und General Electric die nationale Atomindustrie den multinationalen Konzernen in den Rachen geschmissen hätte. Dabei tut sie so, als habe es bis 1969 eine »gute« französische Atompolitik gegeben.

Die PS jammert: »Die französische Industrie scheint heute schlecht gewappnet, um den (...) Anforderungen des geplanten (Atom-)Programms zu entsprechen.« In der Atomindustrie hätte — wie auch in anderen Wirtschaftszweigen — eine totale »Übergabe an ausländisches Kapital« stattgefunden. Weiter klagt sie: »... der beschleunigte Bau von Kernkraftwerken, die angereichertes Uran benötigen, verstärkt die Abhängigkeit unseres Landes von den großen multinationalen Konzernen«.

Gerade dieses letzte Argument, sollte man sehr genau beachten: unter der Parole »Kampf gegen die Abhängigkeit vom ausländischen Kapital« kommt hier nämlich ein Plädoyer für die forcierte Verwirklichung des gefährlichsten Atomenergie-Projekts des frz. Imperialismus heraus — die Schnellen Brüter! Die PCF ist dabei sogar am offenerherzigen (und ihre Ablehnung der kürzlichen Demonstration gegen den Super-Phenix in Malville unterstreicht diese Haltung nur): sie spricht von einem »Nachholbedarf (!!) auf dem Gebiet der Schnellen Brüter«, wofür die »Unfähigkeit« der frz. Regierung verantwortlich sei, und ereifert sich über die »Weitergabe von Informationen über den Super-Phenix« an die multinationalen Konzerne! Von den nationalistischen Demagogen ganz auf dem rechten Flügel des bürgerlichen Lagers angesiedelter Parteien unterscheidet sich das tatsächlich nicht. Die Behauptung des »Nachholbedarfs« ist dabei besonders unverschämte, da gerade Frankreich heute bekanntermaßen die Vorreiterrolle bei der Entwicklung der Schnellen Brüter spielt. Nach der Errichtung der Schnellen Brüter »Rapsodie« (1967, ohne Stromerzeugung) und »Phenix« (1973), sowie dem Baubeginn des »Super-Phenix« mit 1.200 MW als demnachst (hoffentlich aber nicht!) weltgrößter Brutreaktor, sind jetzt bereits zwei weitere derartige Projekte mit je 1.800 MW an der Saone geplant (mit dem Bau soll voraussichtlich in vier Jahren begonnen werden).

Und was das ganze Lamentieren über die »Abhängigkeit« betrifft, so ist daran so viel wahr, daß die französische Reaktorbaufirma »Framatome« zur Zeit noch mit Lizenzen des Westinghouse-Konzerns arbeitet. Allerdings hat die französische Regierung bereits in Januar 1976 eine »Französisierung« beschlossen und mit We-

stinghouse vertraglich vereinbart, daß es Ende 1977 zwei Drittel seiner Aktien an »Framatome« an das staatliche Energiekommissariat CEA abtritt. Die bürgerlich Presse bezeichnet daraufhin »Framatome« als »ein Reaktorbaununternehmen von internationaler Dimension, das nicht nur alle Kernkraftwerke in Frankreich bauen wird, sondern seine Tätigkeit (...) auch auf den Export konzentrieren will« (»FR«, 2.1.76).

Fakt ist also — und das wird nach den vorliegenden Plänen bald noch offensichtlicher sein — daß die französische Atomindustrie (z.T. gemeinsam vor allem mit der westdeutschen) die Atomindustrie anderer Länder von sich abhängig macht; und immer weniger umgekehrt. Aber für die Bevölkerung ist diese von PS und PCF in nationalstischer (und noch dazu grotesk verfälschter) Weise hochgespielte Frage der »Abhängigkeit« absolut zweitrangig: ob die Atomanlagen in Frankreich oder anderswo unter französischer, US-amerikanischer, westdeutscher oder anderer Kontrolle stehen, ob sie privatisiert, teil-privatisiert oder verstaatlicht (vielleicht auch noch mit dem Etikett der »Selbstverwaltung«) sind — das alles ändert nichts an der Tatsache, daß sie eine lebensbedrohende Gefahr für die Bevölkerung sind und bekämpft werden müssen!

Die bedingungslose Unterordnung der PCF unter das Atom-Programm des französischen Imperialismus hat ihre Krönung aber schließlich in der Bejahung der Atomstreitmacht force de frappe erhalten. 1972 im »programme commun« war die PCF noch ebenso wie die PS für eine »Abkehr von der nuklearen strategischen Streitmacht, in welcher Form auch immer« und für den »sofortigen Stop der Herstellung von Atomwaffen ein-

getreten.« Heute — und da mag selbst die PS nicht so richtig mitziehen — erklärt die PCF die frz. Atomstreitmacht unumwunden zum »einzigen Mittel einer realen Abschreckung« (»FR«, 13.5.77). Als Verbündeter im Kampf gegen das Atomprogramm, gegen das zivile und gegen das militärische, kommt die PCF damit nicht mehr in Frage.

## CGT

Die Gewerkschaft CGT nimmt naturgemäß die gleiche Position zum Kampf gegen AKWs ein wie die PCF. Den Malville-Komitees hatte sie wegen der Mobilisierung gegen den »Super-Phenix« vorgeworfen, sie würden »die Realität der Arbeitslosigkeit nicht in Betracht ziehen«. In einem kürzlich veröffentlichten Grundsatzdokument versucht die CGT die AKW-Gegner als »Wohstandsschädlinge« darzustellen: »die antinukleare Ideologie bringt einige rückwärtsgerichtete Ideen hervor, die jeder Grundlage entbehren und unheilvoll sind für den ökonomischen und sozialen Fortschritt und für die Lebensqualität«. Die AKW-Gegner würden angeblich »den Konsum der Bevölkerung rationieren« wollen!

Die Forderung der CFTD-Gewerkschaft nach einem Moratorium (»Denkpause«, d.h. faktisch vorläufiger Baustopp) wischt die CGT kurzerhand damit vom Tisch, daß dies »nichts lösen« würde — aber natürlich nicht, weil diese Forderung allerdings unzureichend ist, sondern weil die CGT nicht anderes als die PCF und PS ein eindeutiger Propagandist des Atomenergie-Programms des französischen Imperialismus ist. (Zitate nach »Le Monde«, 21. und 27.7.77).

KB/Gruppe Frankfurt

## »Linksunion« — kein Verbündeter im Kampf gegen das Atomenergie-Programm

Die Sozialistische Partei und Kommunistische Partei Frankreichs (PS und PCF) bejahen beide grundsätzlich die Atomenergie. Die folgenden Zitate zur Verdeutlichung ihrer Positionen stammen sämtlich aus der PS-Broschüre »Die Sozialisten und die Energiefrage« (Juni 1975) und einer Sonderausgabe der PCF-Zeitung »Economie et Politique« (April 1976) — beides zitiert nach einem Artikel in »Politique Hebdo« vom 12.6.77.

Die PCF feiert die Atomenergie in geradezu mystischer Weise als großen technischen Fortschritt: »Das Atom zu nutzen«, so schreibt Politbüro-Mitglied Jacques Chambaz, »diese Macht, die das menschliche Wissen erworben hat, das bedeutet einen schrittweisen Fortschritt für heute und morgen bei der Nutzung der Vielzahl von Möglichkeiten, über die unser Land verfügt ...«. Sowohl PS als auch PC bezeichnen die Anti-

AKW-Bewegung als »verantwortungslos«. »Die Sozialisten können gewisse Exzesse (!!) der Umweltschützer nicht akzeptieren. Man kämpft nicht gegen die kapitalistische Verstädterung, indem man aufs Land geht... Ebenso kämpft man nicht gegen die kapitalistische Nutzung der Atomenergie, indem man gegen ihre Nutzung überhaupt kämpft.«

Wie demagogisch diese »antikapitalistischen Töne« sind, wird daran deutlich, daß die PS sich ausdrücklich gegen einen Baustopp ausspricht, da dies einen »technologischen Rückschlag« für die (ja wohl unbestreitbar kapitalistische!) französische Atomindustrie bedeuten würde. Die PCF ihrerseits steht ihren Partner in der Verächtlichmachung der AKW-Gegner nicht nach: »Die Kommunisten teilen nicht die irrationalen Ängste gewisser Atomenergie-Gegner«, heißt es da kurz und bündig. Daß diese an-





# Spanien

## Das spanische Atomprogramm

In Spanien sind zur Zeit drei Atomkraftwerke in Betrieb, fünf weitere sind im Bau, von sieben wurde der Bau schon genehmigt und zwölf sind bis 1985 außerdem geplant. Die zweite und dritte Ausbaustufe von insgesamt 15 AKWs ist dabei nicht mitgezählt. Die Atomkraftwerke sollen eine Gesamtleistung von 35.000 Megawatt erbringen und bis 1985 36,7 % der gesamten elektrischen Energieversorgung decken (»Cambio 16«, 3.4.77).

Angestrebt wird mit diesen ehrgeizigen Plänen zweierlei:

1. eine Senkung der Abhängigkeit bei Ölimporten von rund 80 % auf 44 % (»Cambio 16«, 13.10.75);
2. die Schaffung der Grundlagen für eine atomare Bewaffnung.

Das schwedische Rüstungsjahrbuch SIPRI (international anerkannt wegen seiner statistischen Angaben über die weltweiten Rüstungspotentiale) stellt fest, daß Spanien »jederzeit Atombomben herstellen« kann (»Cam-

bio 16«, 22.5.77).

Dabei darf man nicht vergessen, daß Spanien zu den Staaten gehört, die den Atomwaffenspervertrag nicht unterzeichnet haben. Daß dies kein Zufall ist, belegt die Aussage des ehemaligen Außenministers Arelizas am 6.3.77 vor dem US-Fernsehen: »Spanien kann in kurzer Zeit eine Atom-macht sein« (»Servir al pueblo«, Nr. 63, Organ der MC).

Spanien hat seine gesamte Nukleartechnik fast ausschließlich im Rahmen der traditionellen »Freundschaftsverträge« aus den USA importiert. So sind z. B. 450 Mio. Dollar aus der US-amerikanischen Militärhilfe für Spanien ausschließlich für den Bau von Atomkraftwerken (AKWs) vorbestimmt. Sämtliche vorhandenen und geplanten AKWs — mit zwei Ausnahmen — wurden von US-Konzernen geliefert (General Electric und Westinghouse). Die zwei Ausnahmen sind ein aus Frankreich geliefertes AKW

(Vandellos bei Tarragona) und eins aus der BRD (in Trillo/Guadalajara), dessen Bau demnächst begonnen werden soll.

Beim Juan-Carlos-Besuch in der BRD Mitte April '77 bekam die westdeutsche »Kraftwerksunion« (KWU) den Zuschlag für den Bau von zwei AKWs mit jeweils 1.000 Megawatt in Spanien und voraussichtlich für insgesamt vier AKWs. Die westdeutschen imperialistischen Konzerne bemühen sich um weitere spanische Aufträge, um die US-amerikanische Konkurrenz Schritt für Schritt auszubooten. Die US-Imperialisten machen Auflagen wie ausschließlicher Bezug des Urans seitens Spaniens von den USA, Kontrolle der Wiederaufbereitung durch die USA usw. (Kernkraft-Abkommen von 1974 zwischen USA und Spanien). Die westdeutschen Konzerne hingegen verkaufen Atomanlagen ohne jede Auflagen. Spanien-Kommission

## 150 000 AKW-Gegner demonstrieren in Bilbao!

Mit einer gewaltigen und zugleich kämpferischen Massendemonstration bekundeten 150.000 AKW-Gegner aus der baskischen (nordspanischen) Provinz Vizcaya am 14. Juli in Bilbao ihren Protest gegen das spanische Atomprogramm:

Allein an der kurzen baskischen Atlantikküste befinden sich 6 AKWs im Bau, weitere 6 sind bereits fest eingeplant — erreicht werden soll durch die Reaktoren eine Leistung von 12.000 Megawatt. Damit wären die um Autonomie vom spanischen Zentralstaat kämpfenden vier kleinen baskischen Provinzen der mit AKWs am dichtesten bepflasterte Fleck auf der Welt.

Mit dieser Massendemonstration — die, laut Berichten der spanischen Presse, überhaupt die größte Massendemonstration in Bilbao seit Bürgerkriegsende war — haben die baskischen AKW-Gegner ein unübersehbares Fanal nicht nur für die erst im Entstehen begriffene spanische Anti-AKW-Bewegung in ganz Westeuropa neue Maßstäbe gesetzt.

Organisiert wurde die Demonstration von der »Comision de Defensa de una Costa Vasca No Nuclear« (»Kommission zur Verteidigung einer nicht atomaren baskischen Küste«); mobilisiert wurde in Vizcaya von den Organisationen, die links von der PSOE (Sozialisten) stehen, wenn auch mit deutlich unterschiedlicher Intensität: kaum, bzw. bloß verhalten, mobilisierten die Euro-Revisionisten (PCE) und die »ML« (die beiden gerade legalisierten Gruppen ORT und PT). Die Hauptlast der Mobilisierung trugen vor allem die Anarcho-Syndikalisten (CNT) und die »Baskische Linke« (KAS), ein Bündnis linker und revolutionärer Gruppen um ETA.

Erstauulich war für den westdeutschen Beobachter die starke politische Ausrichtung dieser Demonstration: Etwa die Hälfte aller Parolen richtete sich gegen AKWs und das Atomprogramm im allgemeinen, und die andere Hälfte der Parolen war allgemein-politischer Natur, hauptsächlich gerichtet gegen die spanischen Faschisten und Pro-ETA-Parolen (»ETA, das Volk ist mit dir«, u. a.).

Die baskische Linke bemüht sich, die AKW-Frage in den allgemeinen Klassenkampf und den Kampf um Autonomie der baskischen Provinzen zu integrieren, was auf der Demonstration in dem Nebeneinander von spezifischen Anti-AKW-Parolen und allgemein-politischen Parolen des baskischen Freiheits-

nach freier Rückkehr der Exilierten und Verbannten. Dieser Aspekt kam hauptsächlich in der immer wiederkehrenden Parole »Die Gefangenen nach Hause — weg mit Iberduero!« zum Ausdruck (Iberduero ist Bauherr und alleiniger Betreiber sämtlicher im Bau befindlichen AKWs im Baskenland).

Eine häufig gerufene politische Parole war: »Apala askatu!« (»Freiheit für Apala!«; Apala ist ein bekanntes ETA-Mitglied, dessen Auslieferung die spanische Regierung derzeit von Frankreich fordert, weil er angeblich in die Hinrichtung des spanischen Großindustriellen Ybarra verwickelt sein soll).

Selbstverständlich wurden die international bekannten Anti-AKW-Parolen wie »Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv« gerufen.

Weitere Parolen waren u. a.: »Centrales nucleares, muertos a millares« (»AKWs — tausende von Toten«);

»Hoa, hoa, hoa — centrales a la Moncloa« (entspricht der BRD-Parole »Kein AKW in Brokdorf, sondern im Bundestag!«; die Moncloa ist der Sitz von Ministerpräsident Suarez...).

Zur Auflockerung der insgesamt kämpferischen und an »portugiesische Verhältnisse« nach dem 25. April 74 anmutende Demonstration trug eine Parole bei, bei der Zehntausende von Demonstranten hoch-

hüpften:

»Ali bota, Ali bota — fascista que no bota« (»Ali spring, Ali spring, Faschist, wer nicht mitspringt!«). Während des ganzen Demonstrationstages wurden viele baskische Nationalfahnen (ikurrina) gezeigt, die bis vor kurzem vom spanischen Fascho-Staat noch verboten waren. Immer wieder wurde die baskische Nationalhymne »Eusko gudariak« angestimmt. Wenn auch das Bild eines solidarischen Miteinanders der verschiedensten Gruppen der baskischen Linken beeindruckt hat (also der Revisionisten, Linkssozialisten, verschiedener »ML«-Gruppen, linker Nationalisten, Revolutionäre, verschiedener Trotzisten-Tendenzen, sowie Anarchisten und Anarcho-Syndikalisten), war andererseits der insgesamt prägende und alle anderen Strömungen überschattende Einfluß der politischen Sympathisanten der ETA unübersehbar.

Starken Anteil beim Aufbau der Anti-AKW-Bewegung, nicht nur im Baskenland, sondern in Spanien überhaupt, hatte zweifellos die CNT (Anarcho-Syndikalisten). Sie waren gewissermaßen die erste linke Strömung, die sich neben den reinen Ökologie-Gruppen um den Aufbau einer kämpferischen Anti-AKW-Front bemüht hatte. Kritisiert werden muß allerdings die unpolitische Linie, die die Anarcho-Syndikalisten dabei praktizierten: nämlich das Klebenbleiben an Forderungen, die sich lediglich gegen die Umweltverschmutzung richteten — eine Linie also, wie sie in der BRD hauptsächlich von rechten und bürgerlichen Strömungen vertreten wird (in wieweit diese beschränkte Sicht der Dinge inzwischen von CNT überwunden worden ist, kann von uns noch nicht beurteilt werden).

Die baskische Linke, die insgesamt erst vor kurzem massiv in die Anti-AKW-Bewegung eingegriffen hat, verfolgt dabei im wesentlichen drei Aspekte:

1. Kampf gegen das menschenfeindliche AKW-Programm der spanischen Oligarchie, unter besonderer Betonung des nationalen Aspektes, d. h. der besonderen Betroffenheit des Baskenlandes (der hier produzierte Atomstrom soll gemäß staatlicher Planung sogar für den Export nach Frankreich dienen!);
2. Verdeutlichung der Abhängigkeit Spaniens vom US-Imperialismus (Spanien bezieht nahezu alle AKWs von den USA), ein Aspekt, der insgesamt in der spanischen Linken bisher viel zu kurz gekommen ist und über den auf Massenebene nur wenig Bewußtheit existiert;
3. Einbeziehung neuer Menschen in den allgemeinen Kampf um soziale und nationale Befreiung.

### Baskenland — atomares Experimentierfeld?

Spanien kann als »Paradies« für das Atomkapital gelten: Es gibt dort keinerlei Sicherheitsvorschriften über den Bau von AKWs, keine festgelegten Strahlungshöchstwerte, die für die Bevölkerung als zumutbar gehalten werden, es ist praktisch alles





Das völlige Fehlen von Sicherheitsbestimmungen bietet Spanien den internationalen Elektrokonzerne als ideales „Experimentierfeld“ an. Die US-Firmen General Electric/Westinghouse und demnächst auch die westdeutsche KWU beuten diese Situation skrupellos aus. Die an der baskischen Touristenküste auf einem nur 50 km langen Streifen geplante und bereits in Angriff genommene Konzentration von 12.000 Megawatt produzierenden Reaktoren dürfte dies ausreichend belegen.

## Der Protest gegen AKWs wächst

Wie die Demonstration am 14.7. in Bilbao gezeigt hat, ist das baskische Volk nicht gewillt, sich dies hunderttausende von Menschenleben gefährdende Atomprogramm der spanischen Regierung gefallen zu lassen. Die Proteste sind vielfältig, und es gibt sie nicht erst seit heute. So wurden bis zum Mai '76 rund 150.000 Unterschriften im Baskenland gegen den AKW-Bau in Lenizol gesammelt, 230 AKZ haben sich

Atomares Panorama in Spanien: 39 AKW's bis 1985

und Regionen Europas gibt" („Auf dem Weg zu einer baskischen Atomküste").

Bilbao, 14.7.77  
Mitglieder der Spanien-Kommission

## Anti-AKW-Demo in Caspe

Zur gleichen Zeit wie die 150.000 AKW-Gegner in Bilbao demon-

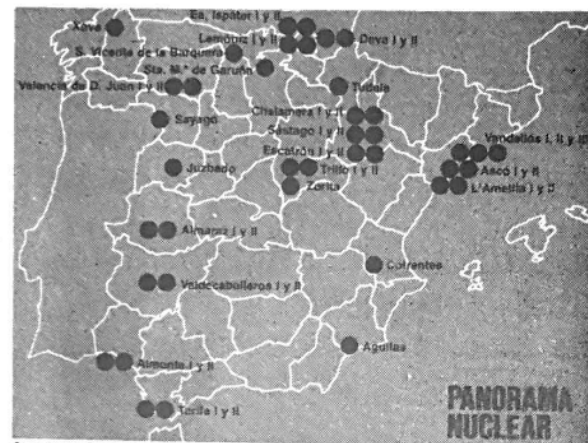
## Nationale Koordination der AKW-Gegner

von Professoren. 17 Einwohnerkommissionen aus der Provinz Vizcaya, sowie 11 kulturelle Vereinigungen. Die „Kommission zur Vertiefung einer baskischen nicht-atomaren Küste“ kommt gar zu dem Schluß: *„Die Opposition in dem Ort gegen das Attentat, das man ungestraft in Basorras durchsetzen will (Basorras ist der Ort bei dem in Bau befindlichen AKW von Lemoniz), hat solche Ausmaße erreicht, daß man sagen kann, daß sie zusammen mit den Reaktionen in bestimmten Regionen der BRD, an der Spitze der organisierten Bewegung steht, die es heute in verschiedenen Städten*

Am 1. Mai 1977 trafen sich in Soría etwa 100 Delegierte, die aus 24 spanischen Provinzen kamen, um die einzelnen örtlichen Initiativen aus ihrer Isolation herauszuführen und ein national koordiniertes Vorgehen gegen das spanische Atomprogramm zu erreichen. Es wurde die Herausgabe eines regelmäßigen Informationsblattes beschlossen, sowie die Veröffentlichung einer gemeinsamen Erklärung aller Teilnehmer dieses Treffens.

Mitglieder des neugewählten Koordinationsausschusses erklärten, daß es ihnen u. a. darum gehe, zu verhindern, daß die Elektrizitätskonzerne ihre Baupläne bei zu großen

Mitglieder des neugewählten Koordinationsausschusses erklärten, daß es ihnen u. a. darum gehe, zu verhindern, daß die Elektrizitätskonzerne ihre Baupläne bei zu großem



strierten in der nordspanischen Stadt Caspe 1000 Menschen gegen das dort geplante AKW.

Sie haben vor, am 24.7. den Bauplatz zu besetzen.  
 („Le Monde“, 17.7.77 und  
 „Frankfurter Rundschau“, 16.7.77).

## Spanien-Kommission

Widerstand der Bevölkerung einfach auf Zonen verlagern, wo weniger Widerstand zu erwarten sei.

»Wir wollen auch unsere Kontakte mit anderen Atomkraftgegnern im Ausland verstärken, die sich bereits in einem viel fortgeschritteneren Stadium befinden« (»El País«, 3. 5. 77).

Der Sprecher witzelte über ihre angebliche Finanzierung von CIA, KGB, Oligarchen usw. und meinte: »Leider kostet unser Kampf gegen die Atomkraftwerke nur unser eigenes Geld, aber um die deutsche Parole zu gebrauchen: „Lieber heute aktiv, als morgen radioaktiv!“ (»El Pais«, 3.5.77).

In der Schweiz sind bis jetzt drei AKWs in Betrieb: Beznau I und II, Mühleberg und ein Versuchsreaktor in Wührlingen. Ein weiterer Versuchsreaktor in Lucens mußte wegen schwerer Schäden bereits endgültig stillgelegt und einbetoniert werden. Das AKW Gösgen (970 MW) ist im Rohbau fertiggestellt; das AKW Leibstadt (940 MW) befindet sich in Bau. Zwei weitere sind im Projektstadium: Kaiseraugst (925 MW) und Graben — 1 (1140 MW). Weitere 3 AKWs sind in Planung: in Rütli (900 MW), Verbois (1000 MW) und Inwil. Als Standort für eine geplante Atommülldeponie ist das aargauische Wäbriggelbe vorgesehen. Der bisher anfallende Müll wird in Containern nach Frankreich und Belgien geschafft.

Die drei AKWs in Betrieb produzierten 1974 19 % des gesamten schweizerischen Elektrizitätsverbrauchs (Focus, Nr. 65). Dieser Prozentsatz ist auf der ganzen Welt einmalig. Zusammen mit den geplanten AKWs würde auf dem Stand von 1974 ca. die Hälfte des gesamten Stroms durch Kernkraft erzeugt werden!

Die schweizerische Energiewirtschaft ist in der Hand einiger weniger Konzerne. Zum Teil werden sie von den Länderregierungen bzw. einigen Städten kontrolliert. So betreibt der Kanton Bern z. B. über seine Kraftwerks-AG (BKW) die AKWs in Beznau und Mühleberg und führt die Planung für das AKW in Graben aus. Die Kantone Zürich und Aargau besitzen zusammen die größte Elektrizitätsgesellschaft, die NOK.

An allen Kraftwerken haben daneben private Industrie- und Finanzgruppen entscheidenden Anteil. Ein Viertel der gesamten Energieproduktion wird z. B. von der Gruppe Aluisse/Lonza/Motor-Columbus/Atel kontrolliert, ein weiteres Viertel von der Gruppe Kreditanstalt/Elektrowatt/Laufenberg/KCW.

Diese enge Verfilzung öffentlicher und privater Gesellschaften garantiert eine enge und herzliche Zusammenarbeit gerade in Sachen Atomkraft hinter dem Rücken der Bevölkerung.

Ein spezielles Interesse an dem kräftigen Ausbau von AKWs hat die Industrie offenbar vor allem in Bezug auf die Konstruktion der Reaktoranlagen. Denn die Entwicklung von Pumpen, Dampfturbinen, Helium-Turbinen u. a. gehört zu den Exportschlägern einiger Schweizer Firmen (Sulzer, Georg Fischer, BBC). Die »Süddeutsche Zeitung« vom 19.11.76 berichtete z. B., daß Schweizerische Unternehmen zusammen mit westdeutschen und US-amerikanischen gerade ein Programm für die Entwicklung von Helium-Turbinen in AKWs vereinbart haben. Die Kosten dafür werden zum größten Teil von den Regierungen getragen (auf BRD-Seite ist die Kernforschungsanlage Jülich am Projekt beteiligt).

Staat und Kapitalisten sind offenbar auch daran interessiert, durch den

# Schweiz

Bau von AKWs zum Energieproduzenten für die Nachbarländer zu werden. Denn die Schweiz hat schon in vergangener Zeit mehr Elektrizität hergestellt als im eigenen Land verbraucht wurde: 1974 stand der Produktion von 35,5 Mrd. KWh ein Verbrauch von 32,4 Mrd. KWh gegenüber (Focus, Nr. 65). An der Finanzierung des geplanten AKWs in Kaiseraugst bei Basel sind denn auch das Badenwerk, die RWE (beide BRD) und die Electricité de France beteiligt. Das Gleiche gilt für die westdeutschen Kraftwerksgesellschaften beim Bau des AKW Leibstadt (focus, Nr. 65).

Die Schweiz erhielt auch bereits Lieferungen aus der Wiederaufbereitungsanlage aus Frankreich, worüber in der Zeitschrift »Atomwirtschaft« vom August 1976 berichtet wurde:

»Aus der WAA La Hague [Frankreich] wurde erstmals ein Charge Plutoniumoxid an den Betreiber des schweizerischen KKW Mühleberg, die BKW, geliefert. Dabei handelte es sich um das erste aufgearbeitete, gereinigte und konditionierte Oxid aus bestrahlten Leichtwasserreaktor-Brennelementen aus La Hague und auf kommerzieller Basis überhaupt um die erste Lieferung dieser Art in der Welt.« Die Vertreter der Atomindustrie stört es sich lediglich an dem Wörtchen »erstmal« in dem Bericht und erklärten offenherzig, daß »zur Zeit in den Reaktoren Beznau und Mühleberg etwa 30 – 40 % der Energie aus Plutonium erzeugt« wird (»NZZ«, 4.12.1976).

Auch am Exportgeschäft mit faschistischen Staaten möchte die Schweizer Atomindustrie einen Anteil nehmen. Unter anderem aus diesem Grund wurde der Schweizer Bundesrat am 14.12.76 ermächtigt, den bereits 1969 unterzeichneten Atomwaffensperrevertrag zu ratifizieren: »Nachdrücklich wird geltend gemacht, daß die internationale Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie leide, wenn sie gemäß Vertrag bei Lieferung von Teilen zu Nuklearanlagen an Nichtvertragsstaaten — wie etwa Brasilien, Argentinien oder Südafrika (II) — Kontrollaufgaben machen müssen.« (»NZZ«, 1.12.76).

## Die Atomgesetzgebung

Die gegenwärtig gültige Atomgesetzgebung wurde nach Schweizer Recht in einer Volksabstimmung bereits in den 50er Jahren beschlossen, zu einer Zeit, als die ungeheure Menschenfeindlichkeit der Kernenergie und die militärische Ausnutzungsmöglichkeit den meisten Menschen noch unbekannt war. Diese Gesetze unterwerfen den Bau von AKWs einem dreistufigen Bewilligungsverfahren (Standort-, Bau- und Reaktorbewilligung). Die Entscheidung liegt jeweils bei Expertenkommissionen, die vom

Energie- und Verkehrsdepartement des Bundes eingesetzt werden. In ihnen sitzen in der Regel eben die Leute, die die AKWs bauen wollen (z. B. Vertreter der staatlichen E-Werke, Industriefachleute). Die betroffenen Gemeinden haben praktisch keinerlei Entscheidungskompetenzen, geschweige denn Einspruchsmöglichkeiten gegenüber den Beschlüssen der Bundeskommission. So sind sämtliche Beschwerden gegen die geplanten AKWs in Kaiseraugst, Leibstadt und Verbois abgelehnt worden (lt. »Kaiseraugst«-Broschüre des »Kritischen Forums Winterthur« u. a.).

Jetzt sollen aufgrund der erstarkten Anti-AKW-Bewegung in der Schweiz die Gesetze kosmetisch etwas verschönert werden, ohne jedoch etwas im Kern zu verändern:

Erstens wird in Zukunft vom Bundesrat oder der Bundesversammlung eine »Rahmenbewilligung« gegeben werden müssen. Diese Bewilligung soll zweitens nur dann gegeben werden, wenn das AKW-Vorhaben »zur Dekung des Landesbedarfs erforderlich« ist. Drittens soll ein »öffentliches Interesse« (7) vorliegen und viertens sollen innerhalb einer Frist von 90 Tagen Einsprüche gegen eine Baubewilligung erlaubt sein.

Allerdings: Die AKWs, für die bereits Teilgenehmigungen vorliegen — also Leibstadt, Kaiseraugst, Graben und Verbois — sind vom neuen Gesetz von vornherein ausgespart (Angaben nach »NZZ«, 16.12.76)!

### Kaiseraugst – Erstes Symbol des Kampfes gegen die Atomenergie

Symbol des Widerstands gegen die Atomenergie wurde die Bauplatzbesetzung in Kaiseraugst vom 31.7.75 bis zum 14.6.75. »Zum ersten Mal seit Jahrzehnten wehren sich breite Teile der betroffenen Bevölkerung gegen Behörden und Wirtschaftskreise, die meinten, den Volkswillen und die Volksmeinung arrogant und unverschämte übergehen zu können« (focus, Nr. 65).

Die Besetzung wurde initiiert und angefangen von einer damals relativ kleinen Gruppe, der »Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst (GAK)«. Sie fand aber schnell die breite Unterstützung von ortsansässiger Bevölkerung und vielen linken Organisationen.

Der Staat hetzte gegen die illegale Aktion, Polizei und Armee (I) wurden in der Umgebung des besetzten Platzes zusammengezogen. Die Gerichte drohten jedem Besetzer Strafverfolgung an. Dagegen kamen Hunderte von AKW-Gegnern aus der Umgebung regelmäßig nach der Arbeit auf den Platz, um die ständigen Besetzer zu unterstützen und die nächsten Schritte zu diskutieren. Auf dem Bauplatz gab es Bastelstuben, ein Kinderhaus, eine Kantine usw.



Abschlußkundgebung der Anti-AKW-Demo auf der Plaza de Zaballu in Bilbao





Vollversammlung in Kaiseraugst 1975

### Unser Rechtsstaat ist in Gefahr

Das Beispiel ausländischer Terrorakte ist im Begriff, auf die Schweiz überzugreifen. Ausländische Extremisten unterwandern unseren Rechtsstaat im Sinne der Basler-Meinhof-Gruppe.

**Schmeißt sie raus!**  
Schafft Ordnung in Kaiseraugst!

Wir brauchen keine Revolutionäre, Marxisten und andere Rechtsbrecher bei uns.

Aktion Kaiseraugst zum Schutze unseres Rechtsstaates

### Unser Rechtsstaat ist in Gefahr

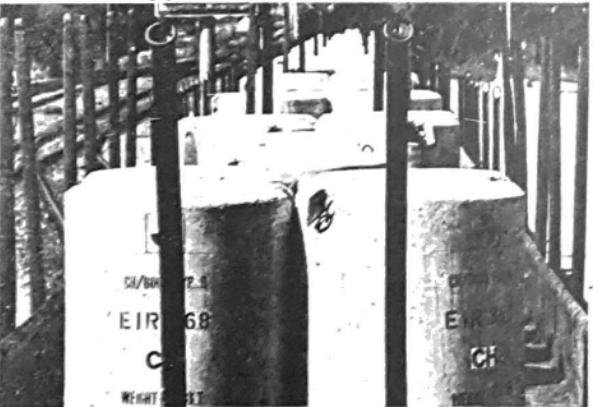
Folgende Regierungsratskandidaten erklären sich mit den Rechtsbrechern und Marxisten auf dem Atomkraftwerk-Gelände solidarisch:

**Paul Manz  
Heinrich Ott  
Karl Völlmin  
Adrian Müller**

Sie verdienen keine Stimme von rechtschaffenen Bürgern.

Aktion zum Schutze unseres Rechtsstaates

Reaktionäre Hetze gegen Kaiseraugst-Besetzer



Atommüll in der Schweiz

Nach einer Woche wurde auf einer Großkundgebung beschlossen, die Besetzung solange weiterzuführen, bis ein Baustop für Kaiseraugst erreicht ist. In dieser Frage brachen erste politische Widersprüche über den Anti-AKW-Kampf auf: Die ursprünglichen Initiatoren, die GAK und ebenso das »Nordwestschweizerische Aktionskomitee (NWA)«, wollten die Besetzung abbrechen, weil sie von vornherein nur eine symbolische Aktion beabsichtigt hatten, um Verhandlungen mit der Regierung führen zu können. Die Mehrheit war für Weiterbesetzung. Außerdem wurde eine Besetzungsleitung aus Vertretern der beteiligten Organisationen gebildet (RGB, RML, POCH, Jusos, GAK). Wichtige Entscheidungen sollten auf VVs gefaßt werden.

#### Diskussionen über „Gewaltlosigkeit – Gewalt“

In den nächsten Wochen kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Organisationen, die die Besetzung trugen, Thema war die »Gewaltfrage«, weil mit dem Fortgang der Besetzung eine direkte Konfrontation mit der Polizei und Armee immer wahrscheinlicher wurde.

Dabei erwiesen sich besonders die GAK und NWA als Vertreter einer Gewaltfreiheit, die von starken kleinbürgerlichen Illusionen gegenüber der Staatsgewalt und den Kapitalisten geprägt war: »Wir gehen davon aus, daß man unsere Gegner ... nicht von vornherein als Unmenschen ansehen soll, sondern als Menschen. Wir stellen uns sogar vor, daß sie auf ihre Art meinen, sie würden für die Leute ... etwas Gutes tun ... Wir versuchen, sie durch eine menschlich saubere Haltung zu überzeugen und rechnen damit, daß sie unsere Argumente anhören« (Interview mit einem GAK-Vertreter in focus, Nr. 65).

Andere nichtkommunistische Gruppen, z. B. die Bürgerinitiative Basel und Teile der Nichtorganisierten vertraten demgegenüber differenziertere Einstellungen zur Gewaltlosigkeit. Sie sahen klar, daß eventuelle Gewalt von der Polizei und dem Staat ausgeht. Sie meinten aber, daß eine Gegengewalt der AKW-Gegner insgesamt nur zu einer Eskalation von Gewalt führen werde, die von der Mehrheit der Besetzer nicht gebilligt werden könnte. Im Unterschied zu Wyhl, wo es Abgrenzungsbeschlüsse gegen Kommunisten gab, gelang es in Kaiseraugst der revolutionären Linken (RML, RGB) durch aktive und ideenreiche Beteiligung auch an den alltäglichen Aufgaben der Besetzung und vernünftigen Diskussionen über das Ziel der Besetzung, sich z. T. das Vertrauen der anderen Besetzer zu erwerben und als Teil der Anti-AKW-Bewegung akzeptiert zu werden.

#### Der Abbruch der Besetzung

Die Besetzung wurde am 14.6.75 abgebrochen, ohne das Ziel eines Baustops erreicht zu haben. Die Re-



Kaiseraugst während der Besetzung (Ausschnitt)

gierung sagte lediglich Verhandlungen darüber zu, machte aber zur Vorbedingung, den Platz zu räumen. Daß die AKW-Gegner mit dem Abbruch der Besetzung das wichtigste Druckmittel aus der Hand gegeben hatten, erwies sich sehr schnell. Bis heute ist aus den »Verhandlungen« zwischen Bundesrat und der von GAK und NWA gebildeten AKW-Gegner-Delegation absolut nichts herausgekommen. Im Gegenteil: Während dieser »Verhandlungen« erteilte die Regierung weitere Teilgenehmigungen für die AKWs Gösgen und Leibstadt.

5 Besetzer wurden als angebliche Rädelführer vor Gericht gestellt. Völlig willkürlich wurde ihnen vom Staatsanwalt »Hausfriedensbruch und Nötigung« (I) vorgeworfen. Sie sollten außerdem jeweils 3.000 Franken Strafgeld bezahlen (»NZZ«, 18.11.75).

#### Nach Kaiseraugst – Der Kampf geht weiter!

Aufgrund der Erfahrungen mit dem Betrug der Regierung in Kaiseraugst spalteten sich die entschiedenen AKW-Gegner von der GAK ab und gründeten die »Gewaltfreie Aktion gegen das AKW Kaiseraugst (GA-GAK)«. Zusammen mit den Bürgerinitiativen im Raum Basel geben sie die Anti-AKW-Zeitung »z. B. Kaiseraugst« heraus. Die Gruppen um die GAGAK halten am Recht auf Platzbesetzung fest und betonen die Notwendigkeit, sich gegen die staatliche Gewalt aktiv wehren zu müssen, um die Regierung zum Verzicht auf Kernenergie zu zwingen. Sie fordern gemeinsam mit anderen Initiativen die Durchsetzung eines 4-jährigen Baustops. Während dieser Zeit soll im ganzen Land eine breite Diskussion und Aufklärung über Atomenergie stattfinden.

Nach einem vorübergehenden Rückfluß der Bewegung im Anschluß

an die aufgehobene Besetzung von Kaiseraugst, wurden inzwischen weitere Initiativen ergriffen, um die Durchsetzung des Atomprogramms aktiv zu verhindern.

Am 18.12.76 organisierten die GAK und BI Basel eine Bauplatzbesichtigung in Kaiseraugst. 1.000 AKW-Gegner kamen und zeigten, »daß der Widerstand gegen Kaiseraugst auf einer breiten Basis fußt« (»Nationalzeitung«, Basel lt. »z. B. Kaiseraugst«, Nr. 5). Bei dieser Aktion wurde noch einmal deutlich, daß Staat und Kapitalisten sich einen Dreck um irgendwelche Verhandlungen kümmern: Nach der Räumung des Platzes geht der Bau munter weiter: Ein großer Info-Pavillon der Kraftwerksgesellschaft wurde errichtet, Hochspannungsmasten stehen und Autobahnabfahrten zur Baustelle wurden gebaut (»NZZ«, 21.12.).

Am 1.1.77 forderten über 700 Menschen auf dem Bauplatz Kaiseraugst den Baustopp für alle AKWs. Diese Aktion ging aus von der GAK und NWA. Aber auch in anderen Teilen des Landes formiert sich der Protest:

Gegen das geplante AKW Graben fand z. B. in Aarwangen eine Informations- und Diskussionsveranstaltung der GAG statt, bei der der Grundstein für kommende Protestak-

tionen der ortsansässigen Bevölkerung gelegt wurde, einschließlich einer möglichen Platzbesetzung (lt. focus, Nr. 83/März 77).

In 5 umliegenden Gemeinden der geplanten Mülldeponie im Wabrig-Gebiet im Aargau fanden Abstimmungen statt. Ergebnis: Nur 12 Leute sprachen sich für eine Mülldeponie aus, 1327 dagegen! Die Bevölkerung will notfalls mit einer Besetzung des Bauplatzes verhindern, daß Sondierungsbohrungen vorgenommen werden (»Nat. Zeitung«, Basel, 6.12.).

In Genf protestierte auf Druck der Bevölkerung der »Große Rat« der Stadt gegen den Bau des Schnellen Brütters »Super-Phénix« in Frankreich (ca. 150 km von Genf entfernt) und forderte den sofortigen Baustopp (»Basler Nachrichten«, 21.12.76).

#### Ausbau der AKWs zu Festungen a la Brokdorf?

Unter dem Eindruck des massiven Protests gehen die AKW-Betreiber inzwischen daran, die Bauplätze und Reaktoren zu waffenstärkenden Festungen auszubauen.

So ist das im Rohbau fertige AKW Gösgen von einem doppelten, durch Fernsehkameras bewachten Zaun um-



Anti-AKW-Demonstration in Bou





geben. Eine strenge interne Kontrolle sorgt dafür, daß kein »Unbefugter« Zugang bekommt. Kugelsichere Türen und bewaffneter Werkschutz — angeblich »im wesentlichen ... nur zum Selbstschutz« — zeigen, daß auch in der Schweiz nach Meinung der Bourgeoisie AKWs nur durch das Vorzeigen brutaler Gewalt »sichere« zu machen sind (»NZZ«, 6.11.76).

Noch eindeutiger in Richtung Polizeistaat gegen den wachsenden Unmut der Bevölkerung geht der konkrete Plan der Regierung, eine spezielle »Bundeswehrpolizei« als Bürgerkriegsarmee nach Muster des BGS auszubauen. Dieser Plan wird vom Staat ausdrücklich mit »zunehmenden Gewalttaten gegen öffentliche Einrichtungen« (z. B. Bauplatzbesetzungen) und dem Ansteigen der Streikbewegung begründet (lt. »PZ« — Zeitung der POCH, März 77).

## Solidarität mit Brokdorf - auch in der Schweiz!

In den Anti-AKW-Zeitungen der Schweiz wurde ausführlich — und meist trotz Pressehetze richtig — über die Aktionen gegen das AKW Brokdorf berichtet. Eine Gruppe von Schweizer AKW-Gegnern beteiligte sich an der Demonstration am 19.2. in Wilster und berichtete darüber, auch über die Itzehoe-Spaltungsmanöver.

Die GAGAK und die BI Basel riefen zum 19.2. kurzfristig zu einer Solidaritätskundgebung in Basel auf, an der ca. 150 bis 200 Leute teilnahmen. In ihrem Aufrufblatt schrieben sie: »Worum geht Brokdorf auch uns etwas an?

### Pfingstmarsch 77 und Gösigen

Für Pfingsten 1977 hatten die Schweizer AKW-Gegner zu einem Marsch aufgerufen, mit dem vor allem die Forderung nach einem 4-jährigen Baustop breiter verankert werden sollte. Der Mobilisierungserfolg dieses Pfingstmarsches übertraf alle Erwartungen.

Am 28. Mai sammelten sich am Gelände des AKW Kaiseraugst etwa 7.000 AKW-Gegner. Sie zogen von dort aus nach Wabrig, wo sie eine Protestkundgebung gegen die geplante Atommüll-Deponie abhielten. Abends folgte ein Volksfest mit Reden und kulturellen Beiträgen.

Am 29. Mai sammelten sich etwa 3.000 AKW-Gegner am Bauplatz des AKW Leibstadt und marschierten nach Aarau.

Am 30.5. sammelten sich zunächst etwa 5.000 Demonstranten. Der Zug schwoll zunehmend an und an der Abschlussschließung am AKW Gösigen beteiligten sich schließlich über 10.000 AKW-Gegner. Zu den Teilnehmern gehörten auch die Beteiligten einer Kundgebung in Schwörstadt/BRD — etwa 800 — die anschließend zum Rhein wanderten und dort in die Schweiz übersetzten.

Politisch trug dieser Pfingstmarsch weitgehend »gewaltfreien« und reformistischen Charakter, so daß selbst die bürgerliche Presse eifrig Lob spendete und die Schweizer AKW-Gegner äußerst wohlwollend von den »Extremisten« in anderen Ländern (z. B. Brokdorf) abzugrenzen bemüht war. Die Einstellung der Organisatoren dieses Pfingstmarsches läßt sich dabei recht gut aus dem Kommentar ihres Pressesprechers, Daniel Wiener, he-

— Weil die Energiekonzerne international verknüpft sind und hier wie dort ihr profitträchtiges Atomenergieprogramm gegen den Willen der Bevölkerung, notfalls auch mit Gewalt, durchsetzen wollen.

— Weil die radioaktive Verseuchung nicht an einer Landesgrenze haltmacht.

— Weil die verschiedenen Anti-AKW-Bewegungen voneinander lernen und Erfahrungen austauschen müssen. Denn unsere Gegner, die Energiekonzerne — gedeckt durch die Regierungen — versuchen in

Kaiseraugst wie in Brokdorf, die AKW-Gegner zu spalten; die eher gemäßigten Teile als »Vernünftige« hochzuspielen und die konsequenteren als Terroristen, Anarchisten und Chaoten zu verhetzen. Damit soll die breite Masse der Bevölkerung verwirrt, demoralisiert und der Widerstand gebrochen werden.

— Weil die Verhinderung des A-Werkes in Brokdorf auch uns im Kampf gegen das A-Werk Kaiseraugst neuen Mut und Auftrieb geben wird.

Darum geht Brokdorf auch uns etwas an!



Kopf des Solidaritätsflugblattes der GAGAK am 19.2.77

Tagen die Kommentare zu den Vorfällen in Gösigen bestätigt, von denen relativ viele durch Sympathie oder zumindest wohlwollendes Verständnis gegenüber den illegalen Aktionen der »Gewaltfreien« auffielen (»NZZ«, 3.7.77).

Die Demonstrationen in Gösigen Anti-AKW-Bewegung sich weiter im Aufschwung befindet. Auch das Ergebnis eines Volksentscheids, der am 12. Juni 77 in Basel auf Anstrengung einer »Volksinitiative zum Schutz der Bevölkerung vor Atomkraftwerken« zustande gekommen ist, dokumentiert die breite Basis, die die AKW-Gegner heute in der Schweiz haben: Bei einer Stimmbeteiligung von 45% sprachen sich 80% für die Verhinderung von AKWs in der Nord-Schweiz und den benachbarten Regionen (Dreiländereck Schweiz, Frankreich, BRD) aus. Dieser Entscheid soll eine weitere Volksabstimmung in der Schweiz einleiten, für die bereits über 125.000 Bürger mit ihrer Unterschrift eingetreten sind.

Schweiz-Kommission  
KB/Gruppe Bremen

## Anti-AKW-Initiativen in der Schweiz

In der Region Basel:

- Das NWA (Nordwestschweizerisches Aktionskomitee), zusammengesetzt aus reformistischen Parlamentariern und Wissenschaftlern.
- Die GAK (Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst), wird ähnlich wie das NWA vor allem von reformistischen Kräften dominiert.
- Die GAGAK (sie umfaßt die Bürgerinitiativen, die sich formiert haben, um die Besetzung in Kaiseraugst zu unterstützen sowie die Linke und die kämpferischsten Elemente der Bewegung).

In der übrigen Schweiz:

- Die Ueba Solothurn und Aarau (überparteiliche Organisation).
- Die Ueba Zürich.
- Die Gewaltfreie Aktion Graben.
- Die Gewaltfreie Aktion Bern.
- Atomkraftwerksgegner-Gruppe Winterthur.

- Das CASAK Lausanne und das CASAK Yverdon (comité antinucleaire de soutien à Kaiseraugst).
- Das CCVN Geneve (comité de coordination contre Verbois nucléaire).

Daneben existieren weitere Gruppen, vor allem dort, wo die Lagerung von radioaktiven Abfällen vorgesehen ist, wie in Bex und Airolo, wo die Bevölkerung sich zu organisieren beginnt.

Die meisten dieser Gruppen sind zusammengefaßt in der »Nationalen Kooperation«. (Aus: »Kaiseraugst — ein Jahr Kampf gegen das Atomkraftwerk, ein Jahr Erfahrungen im Kampf gegen den bürgerlichen Staat«, herausgegeben von: Kritisches Forum Winterthur; Revolutionäre Gruppe Basel; Tupture pour le Communisme Vaud-Geneve).

# Österreich

## Vorsichtiges Taktieren der Regierung in Sachen Atomkraftwerk

In Österreich wächst die Stimmung gegen die Inbetriebnahme des fertigen ersten AKWs in Zwentendorf bei Wien. Die österreichische SPÖ-Regierung scheint im Moment mit der Betriebsgenehmigung für Zwentendorf zu zögern. Der wichtigste Grund dafür ist sicherlich, daß das österreichische Atomprogramm kaum Bestandteil eigener imperialistischer Großmachtspolitik ist.

Es gibt außerdem mehrere aktuelle Gründe für die gegenwärtige Unsicherheit der Regierung Kreisky:

— Einmal hat Kreisky die Betriebs-erlaubnis für das AKW von einer befriedigenden Lösung der Atommüll-lagerung abhängig gemacht. Vorgehen dafür war bisher ein Gelände unter dem Truppenübungsplatz (I) in Allentsteig (Waldviertel). Die Regierung glaubte die örtliche Bevölkerung für den Atommüll begeistern zu können, indem sie gleichzeitig im Falle der Müllübernahme ausgiebige Wirtschaftshilfe für dieses rückständige und arme Gebiet versprach. Die Waldviertler wollen aber trotzdem nicht.

Das machten sie auf einer von 3.000 Leuten besuchten Demonstration am 25.6. in Allentsteig deutlich. Und auch bei einem Gespräch der Bürgermeister aus den umliegenden Gemeinden mit Kreisky am 5. Juli blieben sie trotz Pöbeleien Kreiskys: »Sie müssen mir schon überlassen, wie ich die Aussprache gestalte ...« (»Kurier«, 6.7.) bei ihrem Nein.

— Auf der anderen Seite ist die österreichische Regierung natürlich nicht so demokratisch, daß sie sich nicht locker auch über den Willen der Bevölkerung hinwegsetzen würde.

Augenscheinlich aber wagt sie es gegenwärtig noch nicht, so vorzugehen, denn sie hat Angst, zu viele Wähler an die oppositionelle ÖVP zu verlieren. Die schwarze ÖVP hat zwar während ihrer Regierungszeit das AKW Zwentendorf selbst beschlossen, sie weigert sich aber jetzt, als AKW-Befürworter öffentlich aufzutreten, um die AKW-Gegner möglicherweise an sich zu binden. Deswegen bemüht sich die SPÖ ständig um eine einheitliche Erklärung in Sachen Atomenergie aller bürgerlichen Parteien, denn damit hätte sie den Rücken frei.

— Zum dritten wird auch immer breiteren Kreisen in Österreich bewußt, daß das AKW Zwentendorf überhaupt nicht gebraucht wird. Grundlage für diese Erkenntnis war die überzogene Warnung der Energiekonzerne vor dem letzten Winter, daß die Lichter in Österreich ausgehen würden, wenn das AKW Zwentendorf nicht gleich in Betrieb gehen würde. Die Lichter sind natürlich nicht ausgegangen, im Gegenteil: Experten gaben offen zu, daß der Atomstrom aus Zwentendorf frühestens 1985 verwendet werden könne, falls keine anderen Kraftwerke gebaut würden.

Zur Taktik der Energiekonzerne,

dies zu verschleiern, veröffentlichte die Zeitschrift »profil« in Nr. 29 ein Geheimprotokoll von einer Sitzung des Hauptausschusses des Verbandes der E-Werke Österreichs (VEÖ) vom 31.5.77. Da wird offen zugegeben: »Sicher hätte Österreich anstelle des ersten Kernkraftwerkes auch etwas anderes machen können, es wurde jedoch der Beschluß zum Bau des ersten Kernkraftwerkes gefaßt.« Und zur Begründung, warum die Lichter nicht schon ausgegangen sind: »Beim Beschluß zum Bau des Kernkraftwerkes wurde zwischen den beteiligten Gesellschaften vereinbart, daß jede für ihren Bezugsanteil eine entsprechende Reserveleistung bereitstellt. Diese Reserven sind jetzt eingesetzt.« Gleichzeitig wird gewarnt, diese Tatsache an die Öffentlichkeit zu bringen, sie könne die richtigen Schlüsse daraus ziehen: »Die E-Wirtschaft hat Ersatzleistung zur Verfügung. Wenn man diese einsetzt, kann auf Zwentendorf daher verzichtet werden.«

Den AKW-Erbauern (u. a. Siemens und VÖEST) kann es relativ egal sein, ob das AKW in Betrieb geht oder nicht: Sie haben ihre Riesenprofite gemacht. Da die Energiekonzerne in Österreich verstaatlicht sind, drücken auch sie die Ausfallgelder wenig. Die zahlen so oder so die österreichischen Werktätigen mit ihren Steuern.

Österreich-Kommission  
KB / Gruppe Bremen





rauslesen. Wiener lobte seinerseits die gute Zusammenarbeit mit den Polizeibeamten, die man als „Angestellte gegen die Atomkraftwerke“ betrachtete (»NZZ«, 1.6.77). Wie diese angeblichen „Angestellten“ der Volksmehrheit tatsächlich anzusehen sind, erfuhren die Schweizer AKW-Gegner nur knapp 1 Monat später überdeutlich.

Am 25.6. folgten fast 4.000 AKW-Gegner dem Aufruf zur Besetzung der Zufahrtswege zum AKW Gösigen. Die Demonstranten, die ausdrücklich den friedlichen und gewaltfreien Charakter ihrer Aktionen betont hatten, wurden 300 Meter vor dem Kühlturmgebäude von einer Polizeieinheit gestoppt. Diese forderte ohne Begründung den Rückzug. Die außer durch Gasmasken und Mundtücher ungeschützten Demonstranten (Helme waren nicht erlaubt!), wurden von der Demonstrationsleitung aufgefordert, sich unterzuhaaken, nicht zu weichen und passiven Widerstand zu leisten. Es folgte dann ein brutaler Polizeieinsatz mit massivem Tränengaseinsatz, u.a. auch aus einem Hubschrauber. Auf Seiten der Demonstranten gab es mehrere Verletzte. Während sie sich zurückzogen, eroberte die Polizei den Lautsprecherwagen, der kurze Zeit später aus unerklärlichen Gründen in Flammen aufging.

Die Demonstranten sammelten sich wieder und wurden zwei Stunden später erneut mit Wasserwerfern und Tränengas angegriffen.

Insgesamt sollen nach Angaben des Schweizer Rundfunks 350 Polizisten im Einsatz gewesen sein, und 600 wurden in Reserve gehalten.

Nach ihrem erzwungenen Rückzug beschlossen die Demonstranten, am 2. Juli wiederzukommen. Einen Tag nach dieser Gösigen-Demonstration nahm auch der Piratensender »Radio aktiv – freies Gösigen« seine Sendungen wieder auf. Er war am 23.6., nach seiner sechsten Sendung

und wohl nicht zufällig kurz vor dem Besetzungsversuch der Zufahrtswege, von der Polizei hochgenommen worden.

In der Woche bis zur nächsten Gösigen-Demonstration und direkt mit dem Ziel der Mobilisierung dafür fanden mehrere Protestaktionen statt:

- Am 28.6. ziehen AKW-Gegner in den Solothurner Kantonsrat, wo Besprechungen über den Gösigen-Einsatz stattfanden (Gösigen gehört zum Kanton Solothurn). Als sie aus dem Saal rausgeschmissen werden, streuen sie dort Flugblätter aus.
- Am 29.6. demonstrieren in Basel 2.000 und in Zürich 2.500 AKW-Gegner.
- Am 30.6. führen AKW-Gegner eine Protestaktion im Basler Großen Rat durch.

Am 2. Juli folgten dann 6.500 Demonstranten dem neuen Aufruf zur Besetzung der Zufahrtswege zum AKW Gösigen. Als die Demonstranten in Olten am Sammlungsort die Taktik berieten, setzte sich der Vorschlag durch, sich in der Nähe des AKW in drei Besetzergruppen aufzuteilen, die jeweils Bahnunterführungen dichtmachten. Vier Stunden nach Beginn der Demonstration griff die Polizei das erste Mal ein. Sie rückte mit Hartgummigeschossen, Wasserwerfern und massivem Tränengaseinsatz an einer Unterführung an. Dabei wurden auch mehrere Hundert, die sich nicht direkt beteiligten, und Journalisten angegriffen. Sowohl von Demonstranten als auch von den am Rand Stehenden wurden daraufhin Flaschen und andere Gegenstände geworfen. Die Polizei behauptete hinterher, es seien Molotow-Cocktails geworfen worden, was ihr allerdings nicht einmal die bürgerliche Presse abnahm.

Zwei Stunden später folgte beim Bahnhof Däniken der nächste Überfall nach dem gleichen Muster. Dabei wütete die Polizei derart mit Tränen-

gas, daß der nahegelegene Bahnhof eingeebnet war. Dazu schreibt die »Neue Zürcher Zeitung«: »Während der Aktion passierten zwei Schnelzüge die (...) Station. Es darf als Zufall bezeichnet werden, daß sich keine Unfälle ereigneten« (5.7.77).

Nach diesen Einsätzen zogen sich die Demonstranten zurück. Mittlerweile ist gegen ein führendes Mitglied der SAG, Andre Froidevaux, Leitungsmittglied der trotzkistischen RML, Haftbefehl erlassen worden. Froidevaux wird u.a. »Gewalt und Drohung gegen polizeiliche Anordnungen, Hinderung von Amtshandlungen, öffentliche Aufforderung zu Verbrechen sowie eventuell Landfriedensbrüche« (»NZZ«, 5.7.) vorgeworfen!

Zwar gelang eine Besetzung der Zufahrtswege wiederum nicht, doch kann nicht davon geredet werden, daß die Demonstration eine Niederlage war. Gegenüber dem Vorsonntag hat sich die Zahl der Demonstranten mehr als verdoppelt. Die Empörung über die Polizeieinsätze ist angewachsen, zumal die immer wieder betonte »Gewaltfreiheit« auch fast ausschließlich eingehalten wurde. Die Hoffnung der Bourgeoisie, nach dem Polizeieinsatz eine Woche zuvor die Bewegung abzuschrecken, ist nicht aufgegangen und auch diesmal haben 930 eingesetzte Polizisten (so die offizielle Zahl) dies nicht durchsetzen können. Die Widersprüche ziehen sich auch quer durch die bürgerlichen Parteien. Während beispielsweise das Mitglied der sozialdemokratischen SP, Wyss (Regierungsrat und Polizeidirektor) den Bulleneinsatz leitete, haben viele SP-Mitglieder sich beteiligt, die Parteisektion Niederlenz und Rheinfelden hatten sogar offiziell die Unterstützung der Besetzungsaktion beschlossen. Mißmutig stellte die bürgerliche »Neue Zürcher Zeitung« in einem Kommentar fest: »Daß indessen auch dort (gemeint sind die übrigen Schweizer Landesteile) Skepsis und Ablehnung verbreitet sind, haben in den vergangenen

# Italien

## Atomprogramm und Anti – AKW – Bewegung

Das italienische Atomprogramm für das »Jahr 2.000« steht dem westdeutschen kaum nach. Bisher allerdings sind nur 3 AKWs (Latina, Garigliano, Trino) mit insgesamt 612 Megawatt als Versuchsreaktoren in Betrieb.

1974 wurden 2 weitere AKWs geplant (Montalto di Castro [Latium] und Capalbio mit je 2 mal 1.000 Megawatt). Inzwischen ist auch die Planung für Bongoforte (Lombardien) und Caorso (direkt am Po) soweit fertig, daß bis 1980 eine Produktion von mindestens 4.000 Megawatt gewährleistet sein soll. 4 weitere Leichtwasserreaktoren sind ebenfalls fest eingeplant, nur der Standort ist noch nicht ausgemacht.

Für das Jahr 2.000 hat Industrie- und Minister Donat Cattin eine Sollplanung zur Deckung des Gesamtstrombedarfs aufgestellt, wonach 90 % der Energie durch AKWs produziert werden sollen. Um dies zu erreichen, müßten 80 bis 100 große AKWs in den nächsten 25 Jahren in Betrieb genommen werden (Daten nach »ecologia«, Spez.-Nr. März 77).

Bis zur »Ölkrise« 1977 hatte sich die italienische Regierung mit Ausnahme des Baus der Versuchsreaktoren kaum um die Planung und Ausarbeitung eines nuklearen Energieprogramms gekümmert. Erst im Herbst 1973 beteiligte sich Italien an der Bildung des internationalen Konsortiums »EURODIF« in Paris. Anfang 1975 sagte die italienische Regierung die Beteiligung am Forschungsprogramm des »Schnellen Brüters« (Malville) zu. Sie traf darüberhinaus Absprachen mit »EURODIF« und der italienischen Industrie, wobei sie sich verpflichtete, innerhalb kürzester Zeit eine komplette Planung für den Bau von 20 AKWs zu liefern, die alle bis 1980 in Auftrag gegeben werden sollten (BfA/NfA, 24.2.75).

Die Regierung Moro legte nach einem 3/4 Jahr die Planung vor, für zunächst 20 AKWs. Inzwischen wurde die Zahl jedoch auf 10 – 12 AKWs eingeschränkt, die jetzt bis 1985 fertiggestellt werden sollen.

Die Aufträge für die 8 zunächst zu bauenden AKWs konnten aus Kapazitätsmangel nicht allein von der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft ENEL übernommen werden, sondern wurden auf zwei Industrie-Konsortien verteilt. Zum einen die ANSALDO (gehört dem Konsortium »finmeccanica IRI« an) und dann der ELETTRONUCLEARE (mit Fiat als dominierendem Teilhaber).

Da das Know How der italienischen Atomwissenschaft aber keineswegs



Anti-AKW-Demonstration in Capalbio





Demonstration im Februar 76 in y Capalbio gegen das AKW-Zentrum

für diese Projekte ausreicht, sollen im wesentlichen die US-Konzerne Westinghouse und General Electric die Konstruktion und Durchführung übernehmen.

#### Montalto — Der Beginn der Anti-AKW-Bewegung

Während bereits vor 2 Jahren die Atomdebatte im Parlament lief, hat sich die Aufmerksamkeit der italienischen Bevölkerung erst seit ca. einem Jahr stärker mit der AKW-Problematik befaßt. Es gab zwar schon einzelne Wissenschaftler und Personen, die von Anfang an gegen AKWs waren und vor ihrer Gefährlichkeit warnten, ins Blickfeld rückte diese Frage aber erst nach den ersten Aktionen der Bevölkerung von Montalto und Capalbio (Latium) im Januar/Februar dieses Jahres.

Am 30.1.77 blockierten Bewohner Capalbios die Eisenbahnlinie Rom — Genua, nachdem bekannt geworden war, daß die ENEL in Kürze mit dem Verkauf bzw. der Enteignung des Landes beginnen wollte. In Montalto, Capalbio, Orbetello und Tarquinia gründeten sich daraufhin die ersten Bürgerinitiativen. Kritik geübt wurde auch am Bürgermeister, der — wie alle Kommunalverwaltungen in dieser Gegend — von der PCI ist, wegen der Zusage der Baugenehmigung.

Im Februar demonstrierten dann 2.000 Menschen in Montalto. Die PCI/PSI-Funktionäre erlaubten keine Megaphone für die Demonstration der »absoluten Gewaltfreiheit«. Eine Besetzung der Autobahn »Via Aurelia« war zwar von einigen AKW-Gegnern geplant worden, die PCI untersagte dies jedoch und ließ die Demonstrationen nur im 2er-Reihen-Gänsemarsch am Rand der Straße laufen.

Die erste zentrale Aktion der BIs in Montalto wurde ebenfalls unter der Parole der »Gewaltfreiheit« als Frühlingsfest am 20.3.77 veranstaltet. Es beteiligten sich über 15.000 Menschen an dem Fest: BIs, Organisationen der revolutionären Linken, »Christen für den Sozialismus«, Alternativ-Gruppen, Ökologie-Gruppen etc.

Die »euro«revisionistische PCI gehört zu den glühendsten Befürwortern der AKWs. Entsprechend hatte auch die von der PCI dominierte Regionalverwaltung von Latium ohne weiteres den AKW-Projekten zugestimmt.

Diese Haltung wurde jedoch gleich nach dem 20.3.77 von der Regionalregierung aus taktischen Gründen insofern geändert, daß sie eine Neuaufnahme der Verhandlungen mit der Regierung beschloß.

Inzwischen hat trotzdem die ENEL mit dem Verkauf des 360 Hektar großen Baugeländes begonnen. 55 Bauern und Pächter leben auf diesem sehr fruchtbaren Land, und bis auf einen Teil kleiner unbewirtschafteter Parzellen, weigerten sich die Bauern, sich von ihren Höfen vertreiben zu lassen. Die ENEL versuchte es zunächst mit Korruption, indem sie den Bauern das Dreifache des tatsächlichen Kaufpreises der Höfe anbot. Als sie keinen Erfolg damit erzielen konnte, verlegte sie sich auf Drohungen mit Enteignung oder Zwangsverkauf zum normalen Preis. Die Bauern ließen sich jedoch nicht einschüchtern und gingen vor Gericht. Bis jetzt ist die Sache noch nicht ausgestanden.

#### Koordinierung der Initiativen

Zu einem ersten gemeinsamen Treffen der italienischen AKW-Gegner am 2./3.4. rief das »Ständige Anti-

AKW-Komitee« in Mailand auf. 800 Teilnehmer aus verschiedenen Städten und Initiativen diskutierten 2 Tage lang unter dem Thema »Nukleare Energie — Alternativ-Energie — neue Entwicklungsformen«.

Abschließend wurden zwei Resolutionen verabschiedet, die vor allem darauf hinorientierten, die Arbeiter stärker in den Anti-AKW-Kampf einzubeziehen.

— Die erste Resolution wurde an sämtliche Mailänder Betriebsräte geschickt und gleichzeitig an die gewerkschaftliche Versammlung, die 3 Tage später im Teatro Lirico in Mailand stattfinden sollte.

— Eine zweite Resolution ging an den Vorsitzenden des Parlaments Ingrao (PCI), der über die Abgeordneten der DP und der Radikalen dazu aufgefordert wurde, sämtliche Aktivitäten zum Bau von AKWs zu stoppen.

— Außerdem wurden erste Überlegungen zu einem Referendum (Volksentscheid) angestellt, das der Bevölkerung die Entscheidung über den Bau von AKWs überlassen soll.

Die Gewerkschaftsversammlung am 5./6.4. im Teatro Lirico lehnte diese Resolutionen jedoch klar ab. Auf der Versammlung mit mehr als 1.000 Teilnehmern und Delegierten sagte Sergio Garavini im Auftrag und Namen der drei großen Gewerkschaften CGIL, UIL, CISL klar und deutlich, daß die Atomenergie »unvermeidlich und nicht mehr vermeidbar« sei (»Repubblica«, 6.4.77). »Man wird jetzt vor die Wahl gestellt, ob man für oder gegen die Atomenergie ist. Wir erklären, daß wir dafür sind!« (»manifesto«, 10.4.77).

Auf Kritiken, die in erster Linie von Delegierten der FLM (Metallgewerkschaft) und der Cdf (oppositionelle Gewerkschafter) kamen, wurde nicht eingegangen.



„Montalto di C(astro) will Schulen, Krankenhäuser — kein AKW“

Vor dem Hintergrund der schon fast perfekten vorliegenden Pläne und des massiven Einsatzes der PCI und der Gewerkschaften für das Atomprogramm hat es die italienische Anti-AKW-Bewegung und besonders die Linke schwer, einen Weg zur Ver-

breiterung des Kampfes zu finden, zumal die Zeit drängt und die Auseinandersetzung gerade erst begonnen hat.

Ein wichtiger Schritt zur Verbreiterung der Anti-AKW-Bewegung war ein internationales Treffen vom 1. bis

3. Juni in Rom, das von der »Radikalen Partei« einberufen worden war, gemeinsam mit der »Liga für Alternativenergie«. Vertreter aus Schweden, Frankreich, England, der Schweiz und der BRD (Rainer Beeretz als Prozessvertreter der Wyhler Bevölkerung) berichteten von den Erfahrungen der Anti-AKW-Bewegungen in ihren Ländern und gaben Gutachten ab. Im Mittelpunkt stand die Frage nach legalen Kampfmöglichkeiten und Methoden, ohne daß es zu konkreteren Absprachen kam. Es wurde beschlossen, eine engere Zusammenarbeit unter den Organisationen und Bürgerinitiativen der westeuropäischen Länder zu gestalten und den Informations- und Meinungsaustausch zu verbessern.

Am 4. Juni setzten sich die Organisationen der revolutionären Linken und andere AKW-Gegner zu einem Arbeitsseminar, das von AOPDUP-Lega einberufen worden war, an einen Tisch.

In nächster Zeit planen die italienischen AKW-Gegner ein Sommerlager in Montalto, an dem auch ausländische Gruppen teilnehmen sollen.

Italienkommission

## Dänemark

### Atomprogramm der dänischen Regierung

Bis heute gibt es in Dänemark weder arbeitende Atomkraftwerke noch im Bau befindliche AKWs. Nach den Plänen der Regierung sollen jedoch 1985 ein 900 MW-Werk und 1987/95 vier weitere AKWs in Betrieb genommen werden. Diese würden 2/3 (II) der Elektrizitätsproduktion Dänemarks abdecken (lt. Energieplan des Handelsministeriums v. März 1976). Bei der Durchsetzung ihrer Pläne bemühte sich die dänische Regierung von Anfang an, breite antikapitalistische Protestbewegungen zu verhindern und sich ein demokratisches Mantelchen umzuhängen. Anders als z.B. in der BRD ist die Einführung der Atomkraft in Dänemark von der Verabschiedung des »Atomenergiewetzes« abhängig.

Die Annahme dieses Gesetzes würde jedoch bedeuten, daß damit ein für alle mal grünes Licht für den Bau von AKWs gegeben wäre. Klagen der Bevölkerung bei den Gerichten oder dem »Umweltbeschwerdeausschuß« wären dann juristisch nicht mehr möglich (nach »Atomkraft« Nr. 2, Zeitung der O.O.A., 12.5.76).



6.000 Atomkraftgegner auf dem langen Anti-Atomkraftmarsch nach Barsebäck am 7.8.76



Doch diese, nach dem Willen der Kapitalisten und Regierung, endgültige Entscheidung ist bislang hinausgezögert worden und soll erst nach „Rücksprache“ mit der Bevölkerung gefällt werden. Diese Politik zielt darauf ab, größere Teile der Bevölkerung, die bis heute klar gegen die Einführung von Atomenergie Stellung nimmt, auf Kurs zu bringen. Die dänische Regierung spekuliert auf die Wiederholung des Erfolgs, den sie mit dem Eintritt in die EG verbuchen konnte. In diesem Sinn, beschloß das Folketing im April 1974 eine „allseitige Energie-Aufklärungskampagne“ durchzuführen. Der Handelsminister gründete einen entsprechenden Ausschuß für die Verbreitung von Propagandamaterial, selbst den AKW-Gegnern wurden Zuschüsse gewährt, um sich einen möglichst demokratischen Anschein zu geben. Für die Propagandamaschinerie zur Einführung der Atomenergie wurden 2,5 Millionen kr. zur Verfügung gestellt, das entspricht 20 Pf. pro Einwohner. In ihrem Propagandafeldzug knüpften Kapitalisten und Regierung an den, bereits während der „Ölkrise“ geschürten Ängsten von der angeblichen Energieknappheit an, sowie der Abhängigkeit vom Ausland.

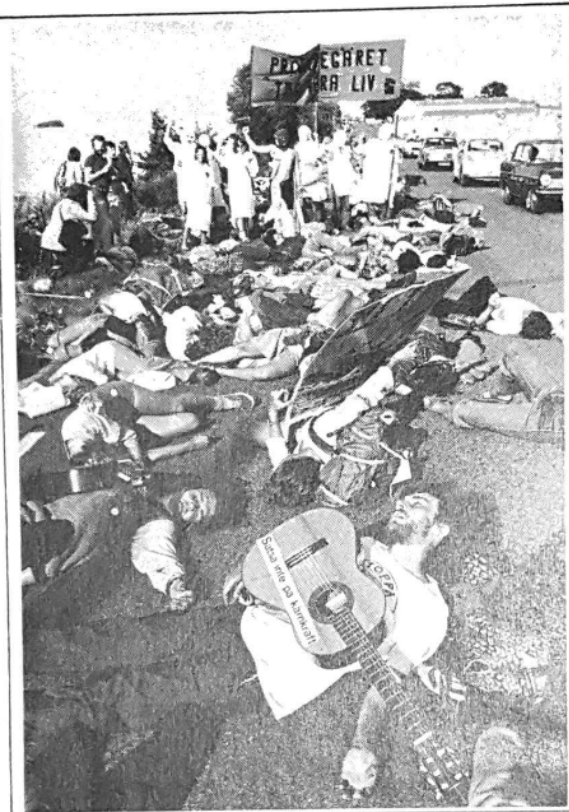
Bereits im Januar 1974 war der erste Standortbericht vorgelegt worden, worin 14 Standorte angegeben wurden. Um jeden Standort wurde die Umgebung in einem Radius von 10 km als Sicherheitszone gekennzeichnet, den betroffenen Gemeinden die Anweisung gegeben, den Charakter dieser Gebiete nicht zu verändern und größere stadtartige Bauweisen zu vermeiden („Atomkraft“ Sondernummer v. 27.4.76).

Diese Richtlinien wurde von den Gemeinden auch eingehalten.

Im Frühjahr 1976 schaltete sich auch immer stärker der dänische Elektrizitätskonzern ELSAM in den Propagandafeldzug ein. 1,5 Mill. kr. gab er für seine AKW-Reklame aus. Proteste aus der Bevölkerung gegen diese Geldverschwendung wurden damit beantwortet, daß ELSAM „Verbrauchereigentum“ und ein Musterbeispiel für „verbrauchernahe Demokratie“ sei.

### Landesweite Großkampagne der Organisationen til Oplysning om Atomkraft!

Die dänischen Kapitalisten hatten im Frühjahr 1976 mit dem Gedanken geliebäugelt, schon im Juni desselben Jahres ihr Atomenergiegesetz im Folketing abstimmen zu lassen. Sie hatten darauf gebaut, daß sie die Bevölkerung durch eine mehrwöchige „Aufklärung“ auf Kurs bringen könnten, womit sie sich jedoch getäuscht hatten. Die O.O.A. begann mit einer landesweiten Großkampagne „Nej til A-kraft nu!“ (Nein zur Atomkraft jetzt!). Dabei setzte die O.O.A.



folgende Schwerpunkte:

- Enthüllung der Regierungspläne
- Gefährlichkeit — das Märchen vom billigen Strom
- Alternativen
- AKWs gefährden Arbeitsplätze
- Widerstand in anderen Ländern
- wie funktionieren AKWs
- auf das „Wirtschaftswachstum um jeden Preis“ verzichten

Mehr als 100 Ortsgruppen der O.O.A. veranstalteten Treffen, Ausstellungen, Straßentheater und Studienkreise. Innerhalb von nur sechs Wochen wurden fast 170.000 Unterschriften gesammelt, die am 4. Juni 1976 bei Ministerpräsident Anker Jørgensen abgegeben wurden.

Die dänische Regierung änderte dann auf Grund massiver Proteste aus der Bevölkerung ihren ursprünglichen Zeitplan, die Verabschiedung des Atomenergiegesetzes im Folketing wurde verschoben.

Neue „Untersuchungen“ wurden angekündigt, über deren Ergebnisse frühestens im Herbst 1977 wieder im Folketing beraten werden könnte. Eine abschließende Gesetzeslesung ist frühestens für das Frühjahr 1978 vorgesehen. Doe O.O.A. erklärte damals dazu: „Es gibt keinen ernsthaften

Grund dafür, die Entscheidung der Regierung, den Bau von AKWs aufzuschieben, nicht als angemessen zu betrachten... Auf der anderen Seite besteht kein Anlaß zu glauben, daß damit die Regierungspläne vom Tisch sind.“ Wie richtig diese Einschätzung ist, zeigt sich an folgendem:

— Die dänischen Behörden haben dem Bau und der Inbetriebnahme eines zweiten Reaktors in Barsebäck in Südschweden zugestimmt (siehe AK 106).

— Die dänische Regierung unterhält eine Versuchsanlage (Riso) für „Forschungszwecke“

— Dänemark ist der „Internationalen Energiekommission“ angeschlossen und hat sich darauf verpflichtet, Atomanlagen zu importieren.

— Am 22./23. Januar 1977 hielt der Elektrokonzern ELSAM eine Konferenz ab. Anlaß — die Instruierung von 100-150 Werksangestellten zur Strategie über die Einführung von Atomenergie in Dänemark. Dabei ging es wesentlich darum, aus der Strategie des westdeutschen Staates zu lernen! ELSAM hält regelmäßige Treffen mit den NWK ab, und ELSAM-Direktor E.L. Jacobsen bekundete sein „spezielles Interesse an

den in Brokdorf gemachten Erfahrungen“, spricht dem Bullenterror. Jacobsen erklärte offen, wie er zu der Nacht- und Nebelaktion in Brokdorf steht: Man habe keine andere Wahl gehabt, wolle man sich nicht einer kleinen fanatischen Gruppe beugen, die den Bauplatz mit Kindern und Kinderwagen besetzen will... Zehntausende von Menschen seien im Verhältnis zu einer Gesamtbevölkerung von 70 Millionen null und nichtig. Es wäre eine Minderheitediktatur, würde man nicht in der Nacht und unter dem Schutz von Polizei und Stacheldraht bauen. Eine deutliche Sprache! (nach „Information“ v.25.1.77)

### Der Alternativplan

Als die Regierung ihren Propagandafeldzug für Atomenergie begann, legte die O.O.A. einen Schwerpunkt ihrer Arbeit darauf, der Bevölkerung Alternativen aufzuzeigen. „Der alternative Energieplan hat zur Aufgabe, die Bevölkerung darüber zu informieren, daß A-Kraft nicht benötigt wird, um genügend Energie herzustellen und daß ein solcher Plan nicht den ökonomischen Zuwachs von jährlich 3-4% beeinträchtigt“ (nach „Atomkraft“ Nr. 1, 1976).

Der alternative Energieplan befaßt sich mit Windkraft, Wärmepumpen (Pumpen, durch die Energie aus der Erde oder dem Meer gewonnen wird), und Biogasanlagen. Außerdem wird das Feuer genannt, durch das die Stoppelfelder abgebrannt werden und wodurch Landwohnungen mit Energie versorgt werden könnten. Weiter werden genannt geothermische Energie, Wellenenergie, Ebbe- und Flutenergie und Sonnenenergie. Die O.O.A. führt hierfür als Argument an, daß höchstens 30% eines AKW in Dänemark hergestellt werden könnten, während es bei der Alternativenergie 80% wären. Zum anderen geht die O.O.A. davon aus, daß auf diese Weise mehr Arbeiter beschäftigt werden können und der durch die Atomenergie heraufbeschworene Arbeitsplatzvernichtung begegnet werden kann (Informationen über Alternativenergie nach „Atomkraft“ Nr. 1, 2, 3, 1976).

Hatte der Alternativplan von O.O.A. sicherlich seine Funktion bei der Aufklärung über die Gefährdung der Bevölkerung durch die Kernenergie usw., ist es auf der anderen Seite illusionär zu meinen, auf diese Weise das Atomenergieprogramm der dänischen Kapitalisten zu Fall bringen zu können. Wie oben gezeigt, ist die dänische Regierung kein Stück von ihren Zielen abgegangen und wird sich auch nicht durch die Propagierung von Alternativen umstimmen lassen.

Im Jahr 1976 ist die O.O.A. zunehmend dazu übergegangen, über die Ziele der imperialistischen Länder auf dem Sektor der Atomenergie zu informieren, sowie über die Anti-AKW-Bewegung in anderen Ländern



Die Experten sagen: Die meisten Menschen sterben im Bett. Also ist ein Bett gefährlicher als ein Atomkraftwerk. „Ist doch logisch, oder?“ und den staatlichen Terror, insbesondere in der BRD.

Großes Gewicht legt die O.O.A. auf die Mobilisierung gegen das AKW Barsebäck in Südschweden, das am Öresund direkt gegenüber von Kopenhagen liegt. Im Frühjahr 1977 wurde hier der zweite Reaktor in Betrieb genommen. Dagegen fanden bisher zwei Demonstrationen in Kopenhagen statt: die erste im August 1976, an der sich viele AKW-Gegner aus ganz Skandinavien beteiligten, die zweite im März 1977 anlässlich des Besuchs des schwedischen Staatsministers Fälldin.

Die O.O.A. protestiert insbesondere dagegen, daß die dänische Regierung dem Bau des AKW Barsebäck zugestimmt hat (und auch Strom aus Barsebäck kauft), nachdem die dänischen AKW-Gegner bislang die Einführung von Atomkraft in Dänemark verhindert haben.

Für die am 10. September geplante Großdemonstration in Barsebäck ruft die O.O.A. gemeinsam mit den AKW-Gegnern in ganz Skandinavien auf.

### Anti-AKW-Bewegung und linke Parteien

Venstre Socialisterne (VS) ist die einzige linke Partei, die sich von Anfang an gegen die Einführung der Atomenergie ausgesprochen hat und ihre prinzipielle Gegnerschaft dazu erklärte. In einer Stellungnahme im Folketing erklärte der VS-Abgeordnete Knud Hansen, daß die Einführung von Kernkraft die Macht der von der Alternativenergie, die die Einführung von Atomkraft „überflüssig“ machen würde.

SF (Socialistisk Folkeparti — linke Sozialdemokraten) vertrat 1973 noch die Meinung, daß die Einführung von Atomenergie eine „Notwendigkeit für die Zukunft“ sei, man jedoch genau die Bedingungen überprüfen müsse. Bei den Anti-Atommärschen der 60er Jahre forderte SF gemein-

sam mit der revisionistischen DKP, Kapitalisten über die Arbeiterklasse festigen und eine Bedrohung für die Bevölkerung darstellen würde (nach „Minavisen“, 8.8.76). VS vertritt ebenso wie O.O.A. die Vorstellungen daß die Kernkraft „nur für friedliche Zwecke“ eingesetzt werden dürfe. Heute erklärt auch SF die prinzipielle Gegnerschaft zu AKWs und schloß sich der O.O.A.-Kampagne „Nej til A-Kraft nu!“ an. Die dänische DKP ist natürlich nicht gegen die Einführung der Atomenergie, sondern für ihre „friedliche Nutzung“ und „demokratische Kontrolle“. Sie machte den grandiosen Vorschlag, daß dänische AKWs in Zusammenarbeit mit der sozialistischen Welt gebaut werden sollten, um die Monopole zu umgehen und verbreitet die bekannten revisionistischen Ammenmärchen über die „beglückende“ sowjetische Atomindustrie: „Die amerikanische Atomkraft wird dies immer können!“ (nach „Information“, Sept. 1976) Noch plumper geht es nicht!

Die Führung der dänischen Gewerkschaftsdachorganisation (LO) hat versucht, die Regierung möglichst wenig in der Durchsetzung ihrer Pläne zu hindern. So hat LO im Sommer letzten Jahres ein nichtssagendes Energiepapier herausgegeben. Mehrere sozialdemokratische Spitzenfunktionäre, wie z.B. der LO-Vorsitzende Thomas Nielsen, unterstützen allerdings kräftig das Atomkraft-Programm. Kritische Stimmen liegen uns nur vom „specialarbejderforbund“ (SID) vor, das ist die Gewerkschaft der Hilfs- und angelernten Arbeiter. Allerdings spricht sich auch SID nicht prinzipiell gegen Atomkraft aus, sondern nur gegen die „Einführung zum jetzigen Zeitpunkt“, (nach „Atomkraft“, 27.7.76).

Dänemark-Kommission  
KB/Gruppe Flensburg



## Interview mit einem Vertreter der OOA Dänemark

Am 25. Juli hatte eine Genossin der Dänemark-Kommission der KB/Gruppe Flensburg die Möglichkeit mit einem autorisierten Vertreter der OOA („Organisationen til oplysning om atomkraft“) in Kopenhagen das folgende Interview zu machen. Wir möchten der OOA an dieser Stelle dafür danken.

Frage: Was kannst Du über die Entstehung von OOA sagen?

OOA: Die OOA gründete sich im Februar 1974, als die dänischen Elektrizitätskonzerne auf einen beschleunigten Bau von Atomkraftwerken in Dänemark drängten. Ursprünglich sollten bis 1983 fünf AKW's gebaut werden, nach dem Willen der Elektrizitätskonzerne sollte das nun schon bis 1980 durchgezogen werden. An-

klärung über alle Probleme, die mit Atomkraft zusammenhängen, 2. Mehr Untersuchungen über alternative Energiequellen und Entwicklung alternativer Energiepolitik, 3. die Entwicklung einer langfristigen Energiepolitik, die alle sozialen und ökologischen Faktoren berücksichtigt. Außerdem forderten wir damals, daß die Entscheidung über die Einführung von A-Kraft im Folketing fallen muß und nicht, wie damals beabsichtigt, dies allein von der Venstre-Regierung bestimmt wird. Unsere wesentliche Absicht dabei war, Zeit zu gewinnen für die Aufklärung der Bevölkerung. Eine Volksabstimmung forderten wir damals nicht, da wir davon ausgingen, daß die Vorarbeit in der Bevölkerung nicht ausreichend

ting wurde auf unbestimmte Zeit verschoben.

Frage: Die OOA ist in Dänemark anerkannte Organisation der AKW-Gegner. Wie kommt das und wie sind die Organisationsstrukturen von OOA?

OOA: Die OOA besteht mittlerweile aus 170 Ortsgruppen. Wir betonen auf der einen Seite, daß es bei uns eine Zentralisierung geben muß — wir haben ein Landessekretariat in Kopenhagen — wenn wir mit den AKW-Befürwortern, die stark zentralisiert sind fertig werden wollen. Aber auf der anderen Seite sind die Gruppen der OOA sehr selbstständig. D.h. wir verlangen lediglich, daß sie sich an die drei genannten Ziele der OOA halten. Ansonsten treffen sie

Kongresse abgehalten. In OOA kann jeder mitarbeiten, der gegen Atomkraft kämpft, egal ob er einer Partei angehört oder welcher. Auch z.B. DKP-Mitglieder können bei uns mitarbeiten, wenn sie gegen A-Kraft sind und gemäß den drei Grundzielen arbeiten.

Frage: Möglicherweise soll im nächsten Jahr das Atomgesetz im Folketing abgestimmt werden. Wie schätzt ihr das ein?

OOA: Bis jetzt steht kein Termin fest, aber schon nächsten Monat treten die Parteien in Verhandlungen über die wirtschaftliche Lage ein, wo sicher auch über die A-Kraft gesprochen wird. Und natürlich ist der Plan, Atomenergie in Dänemark einzuführen, nicht aufgegeben worden, auch wenn es starke Verzögerungen gegeben hat. Venstre, die Konservativen und die Zentrumsdemokraten — das sind die Parteien, die erklärte AKW-Befürworter sind. Die einzigen Parteien, die prinzipiell gegen A-Kraft sind, sind Venstre Socialisterne und Socialistik Folkeparti. Die DKP ist mittlerweile gegen die Einführung von A-Kraft „zum jetzigen Zeitpunkt“ in Dänemark. Und davon gibt es auch viele in den anderen Parteien. Eine besonders wichtige Rolle spielt unserer Meinung die Sozialdemokratie in der es mittlerweile sehr unterschiedliche Standpunkte gibt — prinzipiell gegen A-Kraft, gegen A-Kraft zum jetzigen Zeitpunkt und natürlich für A-Kraft. Die sozialdemokratische Führung ist natürlich AKW-Befürworter. Doch wir rechnen uns bei dieser Entwicklung Chancen aus. Ich glaube, die sozialdemokratische Führung wird sofort versuchen, ihre Pläne umzusetzen, wenn sie meint, daß wir schwach sind und nicht die Unterstützung breiter Kreise der Bevölkerung haben, so wie bisher. Es gibt eine gewisse Polarisierung in der Sozialdemokratie, und bisher hatte die Führung wohl Angst, das auf die Spitze zu treiben, d.h. an der Frage der A-Kraft möglicherweise eine Spaltung zu riskieren. Wir setzen nach wie vor darauf, daß die Zeit für uns arbeitet. In diesem Sinne ist jede Verzögerung gut für uns. Auch heute fordern wir aber keine Volksabstimmung, obwohl das von den formalen Voraussetzungen her — 60 Politiker müssen das im Folketing nach der Verabschiedung des Gesetzes beantragen — möglich wäre. Wir dürfen die Mittel, die die AKW-Befürworter haben, wirklich nicht unterschätzen. Wir gehen ganz einfach davon aus, daß eine verlorene Volksabstimmung, wie im Falle des EG-Beitritts verheerendere Folgen hätte als die Verabschiedung eines Atomgesetzes im Folketing. Eine verlorene Volksabstimmung würde unsere Arbeit wirklich sehr erschweren, weil dann die AKW-Befürworter sagen: Was wollt ihr eigentlich, das Volk will doch A-Kraft!

Frage: Wie sieht die Haltung der Gewerkschaften aus?

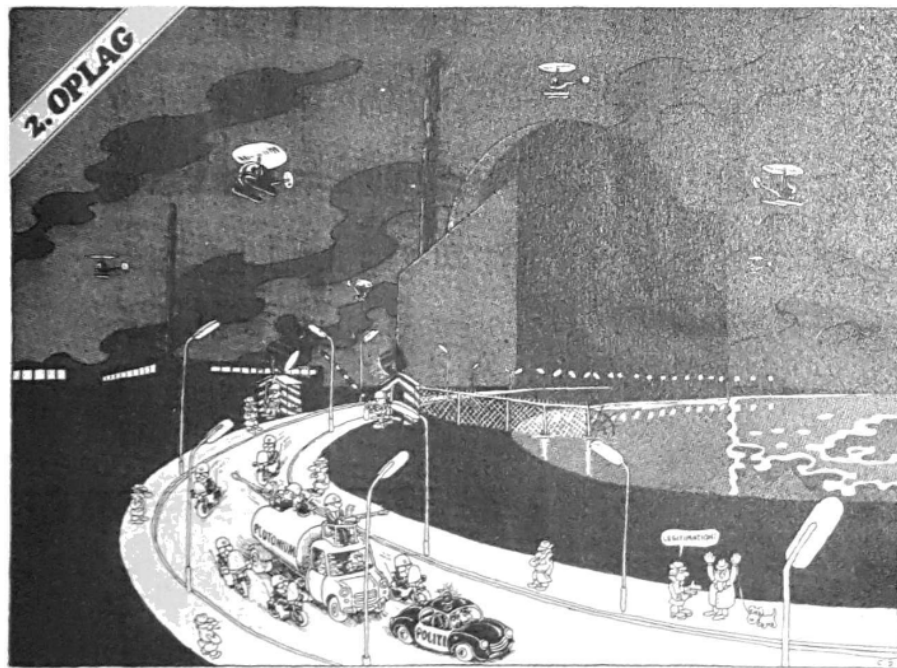
OOA: Nun, in der Führung sind viele Sozialdemokraten. Außerdem wird versucht, genauso wie in der BRD, die Arbeiter für A-Kraft zu gewinnen, indem erzählt wird, die Arbeitslosigkeit würde sonst noch größer usw. Darauf fallen viele auch herein. Wir messen aber unserer Arbeit mit den Gewerkschaften eine Schlüsselstellung zu. Und wir haben auch gegenüber der Arbeit in der BRD einen wesentlichen Vorteil, meine ich. Denn in Dänemark gibt es eben keine arbeitenden AKWs und auch keine, die im Bau sind. Von daher kann hier auch nicht das Gerede vom Verlust der Arbeitsplätze in der Atomindustrie verlangt werden, es gibt keinen Betroffenen wie in der BRD, wo die AKW-Befürworter an realen Ängsten ansetzen könnten.

Frage: Die skandinavischen AKW-Gegner planen für den 10. September einen Marsch gegen das AKW Barsebäck in Südschweden. Was ist Euer Ziel dabei?

OOA: Wie Ihr wißt, ist im Frühjahr dieses Jahres der zweite Reaktor in Barsebäck in Betrieb genommen worden. Die Gefahren sind riesengroß, da Barsebäck im am dichtesten besiedelten Teil Skandinaviens, direkt gegenüber von Kopenhagen, liegt. Der Zusammenhang ist ganz einfach. Die dänischen und schwedischen Kapitalisten planen ein skandinavisches Industriezentrum am Öresund, Örestad genannt. U.a. zu diesem Zweck ist Barsebäck gebaut worden und daher auch die Zustimmung der dänischen Behörden. Und das wollen wir verhindern. Der aktuelle Anlaß ist, daß am 1. Oktober die schwedische Regierung über Stilllegung oder weiteren Betrieb der AKW in Schweden entscheidet. Denn Fällid hatte die Wahlen gegen die Sozialdemokraten, die den ganzen AKW-Plan in Schweden durchgesetzt hatten, wesentlich mit dem Versprechen gewonnen, die Reaktoren würden stillgelegt und ein Baustopp für AKW verfügt, u.a. da die Sicherheitsbestimmungen nicht ausreichend seien. Wir verlangen, daß die schwedische Regierung ihre Versprechungen wahrmacht und die dänischen Behörden die Zustimmung zum AKW Barsebäck zurücknehmen. Aber ich mache mir nicht allzu große Illusionen, mit dieser einen Demonstration werden wir das nicht erreichen. Aber so oder so — wir müssen das AKW Barsebäck bekämpfen. Und diese Demonstration ist nicht das Ende des Kampfes, sondern ein Schritt in diesem Kampf.

Frage: Ihr habt in Eurer Zeitung „Atomkraft“ sehr viel über die Anti-AKW-Bewegung in der BRD und über die Großaktion berichtet. Welche Bedeutung hat das für Euch?

OOA: Ja, wir haben viel über den brutalen Polizeiterror gegen die AKW-Gegner in Brokdorf und Grohnde berichtet. Denn das halten wir für sehr wichtig, alle Dänen sollten darüber Bescheid wissen. Denn wie ein Staat bei der A-Kraft verfährt, das zeigt auch viele andere Seiten dieses Staates. Es ist typisch, daß dieser Staat, der so brutal gegen AKW-Gegner vorgeht, auch Berufsverbote hat. Ich war selbst bei der zweiten Brokdorf-Aktion dabei, und wir hatten auch vorher über den staatlichen Terror diskutiert. Aber so etwas hatten wir noch niemals erlebt und konnten uns das auch vorher nicht vorstellen. Die Polizei war wirklich nur darauf aus, die Demonstranten fertig zu machen. Die Berichterstattung darüber halten wir auch deshalb für wichtig, um aufzuzeigen, was bei der Einführung der A-Kraft in Dänemark passieren könnte. Am 19.2. war ein Teil von uns in Brokdorf, ein anderer Teil war in Itzehoe. Wir waren vor diesen Aktionen sehr unterschiedlich informiert und wollten uns da auch nicht genau festlegen. Wesentlich war für uns, gegen den Polizeiterror und die Versuche des Staates, die AKW-Gegner in Kriminelle und friedliebende Bürger zu spalten, zu protestieren. Wir wissen auch, daß es nach wie vor solche Versuche gibt, die Bewegung zu spalten. Wir haben keinen vereinheitlichten Standpunkt dazu in OOA. Ich weiß, daß es unterschiedliche Vorstellungen über die Formen des Protests in der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung gibt, worin ich aber überhaupt keinen Grund sehe, nicht zusammenzuarbeiten. Gerade jetzt ist das meiner Meinung nach wichtig, wo — wie wir gerade erfahren haben — die Anklagen gegen Grohnde-Demonstranten laufen. Das heißt, daß einzelne herausgegriffen und stellvertretend fertiggemacht werden sollen.



Aus der Zeitung der „Organisationen til Oplysning om Atomkraft (OOA)“

sonsten — so sagten sie — würde Dänemark eine schwere Energiekrise durchmachen müssen. 1975 gab es eine Regierung, in der Venstre (Anm. eine rechte bürgerliche Partei) die Mehrheit hatte, und ein Minister dieser Regierung war früher Vizedirektor des Elektrizitätskonzerns ELSAM. Es war also eine direkte Verbindung zwischen diesen Konzernen und der Regierung gegeben. Also zu diesem Zeitpunkt gründeten wir uns und gaben damals drei Hauptziele für unsere Arbeit an: 1. Kritische Auf-

klärung über alle Probleme, die mit Atomkraft zusammenhängen, 2. Mehr Untersuchungen über alternative Energiequellen und Entwicklung alternativer Energiepolitik, 3. die Entwicklung einer langfristigen Energiepolitik, die alle sozialen und ökologischen Faktoren berücksichtigt. Außerdem forderten wir damals, daß die Entscheidung über die Einführung von A-Kraft im Folketing fallen muß und nicht, wie damals beabsichtigt, dies allein von der Venstre-Regierung bestimmt wird. Unsere wesentliche Absicht dabei war, Zeit zu gewinnen für die Aufklärung der Bevölkerung. Eine Volksabstimmung forderten wir damals nicht, da wir davon ausgingen, daß die Vorarbeit in der Bevölkerung nicht ausreichend

ihre Entscheidung selbst und verfügen auch über ihr Geld. Ungefähr dreimal im Jahr halten wir einen Kongreß ab, zu dem die Gruppen ihre Repräsentanten entsenden, aber natürlich kann auch jedes Mitglied daran teilnehmen. Auf diesen Kongressen wird über die wichtigsten Kampagnen von OOA, wie z.B. jetzt die Demonstration gegen das AKW Barsebäck, beraten. Die Mehrheitsmeinung gilt, aber Abstimmungen sind bei uns bisher nur selten nötig. Außerdem werden auch mal außerordentliche





# Schweden

## Das schwedische Atomprogramm

In Schweden sind 6 AKWs in Betrieb, 4 befinden sich in Bau und 2 weitere sind geplant. An der Anzahl der Bevölkerung Schwedens gemessen ist dies das größte Atomprogramm der Welt! Ursprünglich ging das bis 1990 projektierte und sehr umfangreiche »Bauprogramm für Kernkraftwerke« des schwedischen Imperialismus wesentlich weiter. So sollten bis 1990 insgesamt 24 AKWs mit einer Gesamtkapazität von ca. 24.000 Megawatt gebaut werden (Nachrichten für Außenhandel (NfA), 21.2.75).

Mitte 1975 wurde das schwedische Atomprogramm jedoch vorläufig auf 13 AKWs mit insgesamt 10.500 Megawatt begrenzt. Die bisher in Betrieb genommenen Kraftwerke in Oskarshamn (2), in Ringhals (2) und Barsebäck (1) haben eine Gesamtkapazität von 3.180 Megawatt. Die sechs in Bau befindlichen werden die Leistung insgesamt auf 8.260 Megawatt erhöhen (NfA, 3.6.76).

Schon frühzeitig wurde mit Forschungsprojekten zur Nutzung der Atomenergie begonnen. Das Schwerkern der schwedischen Forschung liegt bei der Atomenergiegesellschaft in Stockholm (AB Atomenergi). Allein bis 1966 wurden mit dem staatlichen Energierat rund 1,4 Milliarden Kronen (1,09 Milliarden DM) für die Atomforschung ausgegeben. »Frankfurter Allgemeine (FAZ), 25.4.1966).

Die ersten Projekte waren 5 Forschungsreaktoren, die mit schwerem Wasser als Moderator und Kühlmittel arbeiten. Der erste dieser Forschungsreaktoren arbeitet seit Juli 1954 unterirdisch im Norden Stockholms. Der letzte Forschungsreaktor, Ende 1973 in Studvik in Betrieb genommen, ist ein sogenannter Schneller Brüter (FAZ, 25.4.1966).

Diese Projekte bildeten die Grundlage für die spätere kommerzielle Nutzung der Atomenergie.

So wurde 1968 eine neue Gesellschaft gegründet, die sich »der Konstruktion, der Herstellung und dem Verkauf von Reaktoren« widmet. Der schwedische Konzern ASEA, der bis dahin alleinige Produzent von Atomreaktoren, gründeten die AB ASEA-Atom, an der beide Partner mit je 50 % beteiligt sind. Als Einstieg bezahlte der Staat aus den Taschen der schwedischen Werktätigen einen Aufpreis von 48 Millionen Kronen für das »technische Wissen« der ASEA (Informations Deutsch-Schwedische Handelskammer Juli/Aug. 1968).

Das Produktionsprogramm der neuen Gesellschaft wurde vorerst auf thermische Reaktoren und Komponenten sowie auf Brennstoffelemente ausgerichtet. Parallel mit der Gründung dieser neuen Gesellschaft überließ die staatlich finanzierte For-

schungs- und Entwicklungsgesellschaft AB Atomenergi der ASEA-Atom gewisse Tätigkeitsbereiche, so ihre Brennstoffelementenfabrik, die mit der gleichartigen Anlage ASEAs in Västerås vereinigt wurde. Die AB Atomenergi sollte sich stärker auf Konzeptionen wie den schnellen Brütern konzentrieren, daneben aber noch Auftragsforschung für die Industrie betreiben (ebenda).

Mit der Gründung der AB ASEA-Atom wurde die Grundlage zur Verabschiedung des schwedischen Atomprogramms gelegt.



Schwedische Anti-AKW-Demonstration

Hinzu kommt, daß die Anfang 1973 von der schwedischen Regierung eingesetzte Kommission »zum Studium der Lagerungsmöglichkeiten für hochaktive Abfälle« ein Vorprojekt für eine Wiederaufbereitungsanlage sowie ausgedehnte Forschungs- und Entwicklungsprogramme im »Bereich der Abfallbehandlung, der Wiederaufbereitung und der Plutonium-Rückführung« forderte (»Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 19.6.76).

Schon 1968 kam die AB Atomenergi zu der Schlußfolgerung, daß Schweden »ernsthaft die Errichtung einer eigenen Anlage für die Wiederaufbereitung von verbrauchten Kernbrennstoffen prüfen« müsse (FAZ, 19.9.68). Daraufhin hat die AB Atomenergi den Boden für eine solche Anlage in Sannäs an der schwedischen Westküste, nahe der norwegischen Grenze gekauft (FAZ, 29.1.1968).

und Industrie, auch der Rohstoff ist dafür vorhanden. Bisher hat der schwedische Imperialismus das angereicherte Uran aus den USA importiert. So hat die private Oskarshamm-Gruppe 1967 einen 30-Jahresvertrag mit den USA ausgehandelt. Der schwedische Imperialismus kann jedoch auf diesem Gebiet autark sein. So wurde schon 1965 in Billingen, im Gebiet zwischen Väner- und Vätter-See, »eine »Uran-Mühle« in Betrieb genommen« (FAZ, 25.4.65). Dort befinden sich in einer Schieferungsschicht zwar nur äußerst schwach uranerz-

Die atomare Kapazität Schwedens erstreckt sich nicht nur auf Forschungshaltige Lager, die jedoch immerhin »zu Preisen, die weit über dem Weltmarktniveau liegen, im Augenblick die Produktion von jährlich 120 Tonnern Rohstoff mit einem Gehalt von rund 70 Prozent Uran, darunter 0,7 Prozent des für Atombomben benötigten Urans 235 (nicht gerechnet das aus dem übrigen Uran 238 zu gewinnende Plutonium« gestalten (ebenda).

Die Weiterverarbeitung dieses Rohmaterials und die Herstellung von atomaren Brennelementen geschieht unter anderem in den Anlagen der Atomenergiegesellschaft in Stockholm. Damit wäre der schwedische Imperialismus in der Lage, »aus dem Lager von Billingen und der Uran-Mühle von Ranstad ... seinen ganzen atomaren Bedarf (zu) bestreiten ... zudem ohne die Kontrollen, denen es bei der Verwendung von amerikanischem Material unterworfen ist« (ebenda).

## Das schwedische Atomprogramm

In der Frage der Anwendung von Kernkraft gibt es im Block der bürgerlichen Parteien Widersprüche. So ist das Centrum im Wahlkampf 1976 gegen die Kernkraft aufgetreten, während Sozialdemokratie, Volkspartei und Konservative sich im Prinzip für die Ausnutzung der Atomenergie ausgesprochen haben. Jedoch schon nach den Wahlen bekannte Fäldin Farbe. So erklärte er noch in der Wahlkampfzeit, »es wäre falsch zu sagen, daß der Wahlausgang ein klares »Nein« zur Kernkraft ist« (»Dagens Nyheter, 21.9.76).

Knapp 4 Wochen nach Ausgang der Wahlen stimmte Schwedens neu gewählte Regierung der Aufladung des Reaktors Barsebäck mit Mit diesem Betrug an seinen Wählern geriet Fäldin zunehmend in die Kritik seiner eigenen Partei. So äußerte der Parteisekretär des Centrums in einem Zeitungsinterview, »daß das Centrum nie an die Macht gekommen wäre, wenn man bereits vor den Wahlen ja zur Aufladung des Kernkraftwerks Nummer 6 in Barsebäck gesagt hätte« (»Hannoversche Presse«, 19.10.76). Ähnlich äußerte sich auch die Centriumjugend, die eine aktive Rolle im Kampf gegen AKWs in Schweden spielt. Daraufhin legte die Regierung Fäldin einen Gesetzentwurf vor, der jetzt im Reichstag verabschiedet wurde. Das neue Gesetz schreibt vor, daß die Atomkraftwerksgesellschaften nachweisen müssen, was mit dem Kernbrennstoff geschieht und wie er absolut risikofrei gelagert werden kann. Kann dies nicht nachgewiesen werden, wird die Inbetriebnahme des Werkes verboten. Dieser scheinbar fortschrittliche Gesetzentwurf muß als neue Taktik Fäldins gegenüber der schwedischen Anti-AKW-Bewegung gewertet werden, denn durch dieses Gesetz wird der Bau von AKWs nicht abgelehnt, sondern — unter gewissen Bedingungen — zugelassen! Hinzu kommt, daß dieses Gesetz sich nicht gegen die in Betrieb befindlichen AKWs richtet, sondern nur gegen die acht, die im Bau oder geplant sind. Sollten diese AKWs den neuen Sicherheitsbedingungen nicht entsprechen und deshalb keine Betriebserlaubnis erhalten, so wird der Verlust, der den Gesellschaften dadurch entsteht (d. h. die Kosten für den Bau, die Entwicklung, eventuelle Verluste durch Nichteinhaltung der Verträge, inklusive Zinsen) vom Staat, also mit Steuergeldern ersetzt.

Wie die Frage der »Sicherheits«bestimmungen auszulegen ist, erklärte der Generaldirektor der staatlichen Gesellschaft »Vattenfall«, die einen großen Teil der schwedischen AKWs betreibt, Jonas V. Norby: »Aber die Regierung weiß natürlich, daß hundertprozentige Sicherheit nicht zu erreichen ist, d. h. daß das Risiko nicht gleich null sein kann. Damit meine ich, daß die Regierung Vergleiche anstellen muß mit den Risiken in anderen Industriezweigen und daß internationale Normen beachtet werden«. Und er schlußfolgerte: »Wir können mit gu-

tem Mut weiterhin Kernkraftwerke bauen« (»Dagens Nyheter«, 4.12.76).

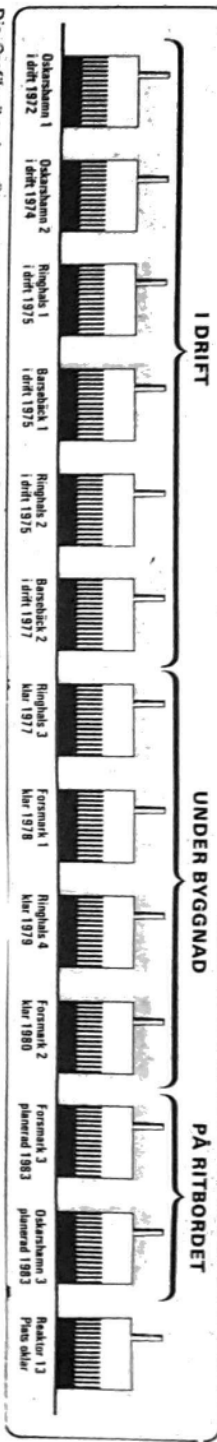
Derzeit gibt es in Schweden eine neue Auseinandersetzung zwischen den bürgerlichen Parteien. So soll im Reichstag über die Kreditbewilligung, die für Weiterbau und Inbetriebnahme der AKWs Oskarshamn 3 und Forsmark 3 erforderlich ist, abgestimmt werden.

Diese Kreditbewilligung hat für den schwedischen Imperialismus insofern eine große Bedeutung, da es sich bei Oskarshamn 3 und Forsmark 3 um die ersten eigenen schwedischen Konstruktionen von ASEA-Atom handelt (Bisher wurden Konstruktionen des US-Imperialismus übernommen!).

Erst die Inbetriebnahme dieser beiden AKWs wird zeigen, inwieweit der schwedische Imperialismus im Export mit Atomanlagen international konkurrenzfähig sein wird (»Dagens Nyheter«, 28.3.77). Obwohl bisher der Reichstag noch keine Abstimmung über die Kreditbewilligung vornahm, wird mit den Ausbaurbeiten von Forsmark 3 begonnen. Ebenso haben die Konzerne ASEA, Stal-Laval, Uddcomb angefangen, Reaktoren und Turbinen für Oskarshamn 3 und Forsmark 3 zu bauen (ebenda). Insgesamt kann jetzt schon davon ausgegangen werden, daß die Kredite mit einiger Verzögerung vom Reichstag bewilligt werden, in Anbetracht der Bedeutung, den der Bau dieser Reaktoren für den schwedischen Imperialismus hat. Die bisherige Verzögerung in der Abstimmung muß als Taktik gegenüber den Anti-AKW-Gegnern gewertet werden, zumal sich die Regierung Fäldin zusehends entlarvt und innerhalb des Centrums, insbesondere in der Jugendorganisation verstärkte Widersprüche zur offiziellen Politik Fäldins entstehen! Insbesondere der Jugendverband des Centrums, CUF, fordert, daß das Centrum keine weiteren Kompromisse eingehen soll. Daraufhin nahm Energieminister Johansson dahingehend Stellung, daß bei einem weiteren Kompromiß eine Stimmung im Centrum besteht, die Regierungskoalition zu verlassen, nicht jedoch Neuwahlen auszuschreiben. Gleichzeitig schlug er vor, aus finanziellen Mitteln der Atomkraftforschung alternative Energieforschung zu finanzieren. Die Sozialdemokratie stimmte diesem Vorschlag zu, unter der Bedingung, erst das verabschiedete Energieprogramm, das im nächsten Jahr ausläuft, zu verwirklichen.

Insgesamt steht Fäldins Centrum vor der Schwierigkeit, auf der einen Seite das Atomprogramm des schwedischen Imperialismus durchzusetzen, auf der anderen Seite möglichst glaubwürdig seinen Wählern gegenüberzustehen, um die Anti-AKW-Bewegung an den Parlamentarismus zu ketten. Deshalb müssen die »Widersprüche« zwischen den bürgerlichen Parteien und zwischen den ehrlichen AKW-Gegnern im Centrum und seiner Jugendorganisation zur offiziellen Politik Fäldins von der Bewegung ausgenutzt und damit vorangetrieben werden.

Die Grafik gibt einen Überblick über die schwedischen AKWs, die bereits in Betrieb sind (= i drift), die gerade gebaut werden (= under bygnad) und die bis 1983 geplant sind (Quelle: Dagens Nyheter, 25.3.77)





## Atomkraft – Nein Danke!

Gegen die Durchsetzung des schwedischen Atomprogramms haben sich Umweltschutzgruppen, die sich die Verhinderung von AKWs zum Ziel setzen, gebildet. Der Kampf gegen Atomkraftwerke muß nach Meinung dieser Gruppen auf allen Ebenen stattfinden, d. h. am Arbeitsplatz, in den Wohngebieten und in der Kommunalpolitik. Die Umweltgruppen organisieren Demonstrationen, verteilen Flugblätter, geben Anzeigen auf, machen Ausstellungen und geben Zeitungen heraus.

Neben der Aufklärung der Bevölkerung über Umweltprobleme sehen die Umweltgruppen eine ihrer Hauptaufgaben, alternative Energiequellen zu entwickeln und zu propagieren. Bis April 76 waren diese Gruppen in der Miljöförbundsgruppenorganisation (Miljöförbundet) organisiert. Diese Organisation wurde völlig von Björn Gilberg beherrscht, der ähnlich wie Wüstenhagen in der BRD jede praktische Aktivität lähmte und deshalb ein Hemmnis für eine effektive Arbeit darstellte.

Aus diesen Gründen bildete sich eine Opposition, die jedoch aus der Miljö ausgeschlossen wurde. Beim Jahrestreffen im April 1976 spaltete sich die Miljö, und fast die gesamte Umweltschutzbewegung, die wirklich Basisarbeit leistete, bildete daraufhin den Miljöförbund, dessen konstituierender Kongreß im Oktober 1976 stattfand. Seit Januar 77 wird vom Miljöförbund die Zeitung »Miljötidningen« herausgegeben.

Größere Demonstrationen an den Bauplätzen von AKWs fanden bisher mit Ausnahme des nordischen Atommarsches in Barsebäck nicht statt. Hier demonstrierten am 7. August letzten Jahres 6.000 AKW-Gegner aus allen skandinavischen Ländern gegen das Atomkraftwerk in Barsebäck. Parallel zur Demonstration wurde ein Protestcamp über mehrere Tage auf der Insel Ven mit 600 Teilnehmern organisiert.

Diese Demonstration bildete über längere Zeit eine Ausnahme. Der Schwerpunkt der Arbeit der Umweltschutzgruppen liegt in erster Linie in der Entwicklung und Propagierung alternativer Energiequellen und nicht so sehr in praktischen Aktionen. Von daher wurde seitens der schwedischen Anti-AKW-Bewegung auf eine Demonstration bei der Aufladung des sechsten Aggregats in Barsebäck verzichtet, obwohl sich Fällid während des Wahlkampfes generell gegen den Ausbau und Inbetriebnahme von AKWs ausgesprochen hat!

Im April dieses Jahres fand eine Demonstration, zu der neben einigen Umweltschutzgruppen die Jugendorganisation des Centrums, die Revisionisten und neben anderen linken Organisationen auch die revolutionäre Organisation Förbundet Kommunist aufgerufen hatte, in Stockholm statt. Gemessen an der Anzahl der mobilisierenden Organisationen und Gruppen war diese Demonstration mit

knapp 1.500 Menschen nicht sehr stark besucht (»Dagens Nyheter«, 13.4.77).

Innerhalb der schwedischen Anti-AKW-Bewegung wird zur Zeit die Möglichkeit einer Volksabstimmung diskutiert. Die Befürworter dieser Abstimmung führen an, daß es in einer Demokratie prinzipiell richtig sei, Volksabstimmungen durchzuführen. Die Mobilisierung könne eine gute Gelegenheit darstellen, die Front der AKW-Gegner zu verbreitern. Wenn die

skandinavischen Anti-AKW-Organisationen, in dem O.O.A.-Aufruf heißt es: »Ein Atomkraftwerk im am dichtesten besiedelten Gebiet Skandinaviens ist eine Provokation gegen die Bevölkerung. Barsebäck ist deswegen ein Symbol für die Anti-AKW-Bewegung in Skandinavien geworden. Letztes Jahr im August nahmen 7.000 Menschen [darunter viele Dänen] an dem größten skandinavischen Antiatommarsch nach Barsebäck teil. Auch dieses Jahr wollen wir in Protest



6.000 Atomkraftgegner auf dem langen Anti-Atomkraftmarsch nach Barsebäck am 7.8.76

Volksabstimmung ein klares »NEIN« zur Kernkraft ergibt, wäre dies ein großer Sieg für die Bewegung. Demgegenüber argumentieren die Gegner einer Volksabstimmung, daß ähnliche Abstimmungen in den USA bisher in großem Stil von den AKW-Befürwortern gewonnen wurden. Außerdem wird auf die besseren Propagandamöglichkeiten der Betreiber hingewiesen (»Atombulletinen«, 10.4.77).

Wenn man bedenkt, daß die Möglichkeiten einer Volksabstimmung von der staatlichen Energiekommission (I) geprüft werden, die Abstimmung selbst jedoch vom Reichstag verabschiedet werden muß, scheint in diesem Vorschlag nach wie vor die Gefahr gegeben, die Bewegung an den Parlamentarismus zu binden, zumal Volksabstimmungen in Schweden für die jeweilige Regierung nicht bindend sind! Von daher können sie von der Anti-AKW-Bewegung nur propagandistisch genutzt werden. So treten heute schon Teile der Regierung für eine Volksabstimmung ein, die aber laut Schwedens Energieminister Johansson nicht vor dem Herbst stattfinden soll.

### Am 10. September: Auf nach Barsebäck!

Am 10. September findet ein erneuter interkandinawischer Atommarsch nach Barsebäck statt, da zu diesem Zeitpunkt mit der Betriebsgenehmigung zu rechnen ist. Organisiert wird diese Demonstration von der dänischen »Organisation til oplysning om atomkraft« (O.O.A.), den schwedischen Milieugruppen und von anderen

nach Barsebäck marschieren. Das wird am 10. September sein ... Nimm an dem Marsch teil und manifestiere so den Widerstand der Bevölkerung gegen Atomkraft und Barsebäck!

»Der Norden gegen Barsebäck! Stoppt die Atomkraft! Kein Uranabbau! Weg mit den Atomwaffen!«, sind einige der Parolen der Demonstration, zu der noch mehr Menschen als bei dem ersten Marsch auf Barsebäck erwartet werden! Alle AKW-Gegner, egal aus welchen Organisationen, sind mit eigenen Parolen eingeladen.

Neben den skandinavischen Anti-AKW-Organisationen haben Frauen eine herausragende Rolle im Kampf gegen das AKW Barsebäck gespielt. So schlossen sich schon im Herbst 1974, als der erste Reaktor fast fertiggestellt war, Frauen aus 8 Gemeinden in Nordseeland zu einer »Barsebäck-Gruppe« zusammen.

Auch bei der Mobilisierung für die Großdemonstration am 10. September stehen die Frauen in vorderster Front. Anfang Mai hielten Frauengruppen aus Schweden, Dänemark, Norwegen, Finnland und Island eine Konferenz ab, auf der sie beschlossen, ihren »Widerstand gegen Atomkraft bei einem Marsch gegen das AKW Barsebäck sichtbar zu machen«.

Die erneute Demonstration gegen das AKW Barsebäck stellt einen wichtigen Schritt für die skandinavische Anti-AKW-Bewegung dar. Sie zeigt die Richtung auf, mit der das schwedische Atomprogramm verhindert werden kann!

Deshalb: Auf nach Barsebäck!

Skandinavienkommission

# Niederlande

## Die Anti-AKW-Bewegung

Die Organisation der  
Umweltschutz- und  
Anti-Atom-Bewegung

Im Januar 1976 gegründeten Landelijk Energie Komitee (Nationales Energiekomitee) LEK sind fast alle Gruppen und eine Anzahl von Parteien, die in der Umweltschutz- und Anti-Atom-Bewegung tätig sind, zusammengeschlossen.

In seiner Selbstdarstellung schreibt das LEK: »Im Januar 1976 wurde durch eine Anzahl von Milieugruppen, Organisationen und Parteien, die eine andere Energiepolitik wünschten, das Nationale Energie Komitee gegründet. Bisher nehmen teil: Aktie Strohalm, die Vereinigten Energie-Komitees der Südniederlande, NIVON (eine Jugendorganisation – Anm. dL), PPR (radikaldemokratische Partei), PSP (pazifistisch-sozialistische Partei), Stromgruppe Stop Kernenergie und die Vereinigung Milieuschutz«.

Zu Beginn manifestierte das LEK sich mit der Organisation eines demonstrativen Aufzugs bei der Kernzentrale in Borssele und einer Manifestation danach in Goes. Hier wurde Stellung bezogen: gegen den noch immer nicht zurückgezogenen prinzipiellen Beschluß der niederländischen Regierung, drei Kernzentralen zu bauen (obwohl der Beschluß, damit zu beginnen, bis zur folgenden Kabinettsperiode aufgeschoben ist), gegen den Plan, die Elektrizitätsbetriebe zu vier großen regionalen Betrieben zusammenzufügen, für drastische Ausbreitung der Untersuchung nach alternativen Energiequellen und eine auf Energieeinsparung gerichtete Politik.

In der beträchtlichen Ruhe, die durch das Aussetzen (des Beschlusses über) die niederländischen Kernzentralen entstanden war, wurde vom LEK an der Formulierung genauer ausgearbeiteter Zielsetzungen gearbeitet, auf deren Basis weitere Aktionen folgen können.

Solange von seiten der niederländischen Regierung keine Pläne drohen, sind die Entwicklungen im Ausland, Belgien und vor allem Deutschland, das Beunruhigendste und darum hat das LEK seine Aufmerksamkeit darauf gerichtet.

Die Aktivitäten des LEK sollen sich jedoch nicht alleine auf die Kernenergie beschränken. Auf Basis einer Anzahl allgemeiner Ausgangspunkte soll das ganze Feld der Energievorsorge behandelt werden. Diese Ausgangspunkte richten sich auf:

- Ökologische Einpaßbarkeit der Energievorsorge
- Beschränkung des Energieverbrauchs
- Demokratisierung und Öffentlich-



„Für ein atomfreies Niederlande“

keit der Durchführung der Energievorsorge und der Energiepolitik.

Die Organisationen, die gemeinsam das LEK bilden, haben sich auf der Basis der obenstehenden Zielsetzungen getroffen. Jede von ihnen hat bisher eine oder mehrere dieser Zielsetzungen verfolgt. Sie betrachten das LEK als Instrument um – unter Erhaltung ihrer Selbständigkeit und Aktivitäten – bestimmte Aktivitäten einzubringen und diesen so inhaltlich und organisatorisch eine breitere Basis zu verschaffen.

Das LEK wird seine Aktivitäten entwickeln, um eine Energievorsorge im Interesse der Bevölkerung zu erreichen, in dem Bewußtsein, daß eine solche Energievorsorge nur durch die Einbeziehung der Bevölkerung selbst erreicht werden kann. ...»

Etliche der in der LEK zusammengeschlossenen Organisationen verfügen wiederum über eine mehr oder minder große Zahl von Gruppen in den einzelnen Orten, so z.B. die Stromgruppe Stop Kernenergie mit ca. 30 Gruppen, die seinerzeit besonders aktiv war in der Entwicklung des Widerstands gegen die niederländische Beteiligung am »Schnellen Brüter« in Kalkar, die Vereinigung Milieudéfense mit 25 Gruppen und rund 13.000 Mitgliedern und Spendern.

Darüberhinaus werden zu besonderen Anlässen Zusammenschlüsse gebildet: Die auf Initiative des LEK gebildete Kalkar-Prozessgruppe, die für die Kosten des Prozesses in den Niederlanden sammelt und das Anwaltsbüro durch Materialzusammenstellungen unterstützt, wird über den ursprünglichen Trägerkreis des LEK hinaus auch von der sozialdemokratischen Partei, der Vereinigung zur Erhaltung des Wattenmeers (Emsmündung) und weiteren getragen.

Anläßlich der Parlamentsneuwahlen im Mai 1977 wurde die »Bewegung Stop Atomploëns ins Leben gerufen, die unter der Losung »Stoppt die Atomploëns, für eine andere Energiepolitik« mit einer Reihe kleinerer Veranstaltungen, einer zentralen Veranstaltung in Utrecht (s. AK 105) und zwei »Energiezeitungen« (jeweils Auflage 100.000) im Wahlkampf die Energiefrage zur Debatte stellte.

Auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit der Atomgegner, insbesondere zwischen niederländischen und westdeutschen, gibt es bislang einige kleinere Gruppen im Raum Nordniederlande-Norddeutschland, die die gemeinsame Vorbereitung der Stop Kalkar-Demonstration am 24.9.77 tragen.

Die revisionistische KP (CPN) und auch die sozialistische Partei sind nicht unter den Trägern von LEK-Aktionen zu finden.

### Parteien und Gewerkschaften zur Atomenergie

Die linken niederländischen Parteien PPR, PSP und die rechte Bauernpartei lehnen die Verwendung atomarer Energie prinzipiell ab. Die vormalig linksliberalen, jetzt sich immer mehr zur »Mitte« hinbewegenden Demokraten 66 (D'66) wollen den Gebrauch von Leichtwasserreaktoren (wie in Borssele) soweit wie möglich beschränken und weisen »Schnelle Brüter« (wie in Kalkar) ab. Die Sozialdemokraten (PvdA) und die Christenreaktionäre (drei zur CDA zusammengeschlossene konfessionelle Parteien) sagen zu beidem weder deutlich ja noch nein (im sozialdemokratischen Wahlprogramm heißt es u.a. »Es werden keine neuen Kernzentralen gebaut« und »Kalkar und UCN (Ultrasentrifuge Niederlande)



sollen nicht fortgesetzt werden» — gegen diese schönen Versprechen steht jedoch eindeutig, daß sich die Teilnehmer des sozialdemokratischen Wahlkongresses gegen den Neubau von AKWs ausgesprochen haben, die Führungsspitze jedoch kundtut, daß sie sich hieran nicht gebunden fühle.

Deutlich bejaht wird die Notwendigkeit des Gebrauchs atomarer Energie von den rechten Sozialdemokraten (DS '70), den Rechtsliberalen (VVD) und der revisionistischen KP (CPN). Die CPN stellt dabei zur Bedingung, daß Entwicklung und Nutzung in den Händen des Staates liegen müssen (Angaben der Positionen der Parteien nach einer Beilage zur »Energiekrant«, Nr. 2, April 1977). Die CPN scheut sich auch nicht, unter demagogischem Mißbrauch der antifaschistischen Gefühle des niederländischen Volkes, vehement gegen den »westdeutschen Revanchismus« zu Felde zu ziehen, wenn es um eine niederländisch-westdeutsche Zusammenarbeit auf atomarem Gebiet geht und vom »Ausverkauf nationalen Wissens« zu reden, andererseits aber keinerlei prinzipielle Beschränkung gegen die Verwendung atomarer Energie in den Niederlanden selbst hat!

Die stärkste »Bastion« der Atom-

gegner im Parlament war im ersten Kabinett Den Uyl (1973 bis 77) die radikal-demokratische PPR, die Ende 76/Anfang 77 mit dem Bruch der Regierungskoalition drohte, wenn dem Verlangen der BRD-Regierung nach Ausweitung der Ultraschall- und der Lieferung angereicherten Urans nach Brasilien nachgegeben würde. Nicht zuletzt der inner- und außerparlamentarischen Arbeit dieser Partei ist zu danken, daß die untrennbare Verbindung von Atomenergie und Atombombe wieder breiter in der Öffentlichkeit diskutiert wurde und sich neuer Widerstand gegen die Ultraschall-Entwicklung entwickelte.

Die Sozialistische Partei SP ist gegen den Bau von AKWs, »solange diese nicht hundertprozentig sicher sind und man nicht weiß, wo man mit dem radioaktiven Abfall hin kann« (»de tribune«, Nr. 6, 1977).

Der Internationale Kommunistenbund (IV. Internationale) hat bisher erst einmal öffentlich zur Atomenergie Stellung genommen: In »Proletarische links« (11.12.76) heißt es u.a. »Kernenergie ist gefährlich, aber vor allem in den Händen des Kapitals« und »Für eine sichere Energieversorgung: Nationalisierung unter Arbeiterkontrolle.« — Die vaterländische Kommunistische

Einheitsbewegung/ML (KENml) wendet sich »gegen die unverantwortliche Anwendung der Kernenergie, bevor die Probleme der Sicherheit vollständig beherrscht werden« (»Rode Tribune«, 20.4.77) und spielt ansonsten die Aggressivität des westdeutschen Imperialismus herunter.

Die heutige Position der Gewerkschaften (einerseits der Zusammenschluß der sozialdemokratischen und der katholischen Gewerkschaft zur Föderation Niederländischer Gewerkschaften (FNV), andererseits die protestantische, wirtschaftsfriedliche Christlich-Nationale Gewerkschaft (CNV)) ist nicht deutlich. So nahm beispielsweise die FNV mit einem Informationsstand an der Utrechter Großveranstaltung »Beweging Stop Atoomplannen« teil, auf dem Stand fanden sich indes viele Umweltschutzbroschüre, aber keine Stellungnahme zur Atomenergie. Die Stellungnahme eines Gewerkschaftssekretärs von der sozialdemokratischen NVV — »Nein sagen zur Kernenergie bedeutet in der Tat nein sagen zu dieser Arbeitsgelegenheit« — kann auch nicht unbedingt als Position der niederländischen Gewerkschaften, oder zumindest der FNV, gewertet werden.

Niederlande-Kommission

## AKWs in den Niederlanden

Seit Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre sind in den Niederlanden zwei AKWs mit einer Leistung von 498 MW zusammen in Betrieb. Das eine steht in Borssele an der Mündung der Westerschelde (Provinz Zeeland), das andere in der Nähe von Nijmegen in Dodewaard am Waal (Provinz Gelderland). Unglücke oder ernsthaftere Betriebsstörungen sind bisher nicht bekannt geworden. Gegen den Reaktorbau wandten sich seinerzeit u. a. CPN, PPR und PSP. Es besteht zwar die Forderung von seiten einzelner Parteien und der Anti-Atom-Gruppen, die Reaktoren stillzulegen, zu breiterem Widerstand gegen diese AKWs selbst ist es bisher nicht gekommen.

Zu Protesten kam es erstmals, als im November 1975 bekannt wurde, daß das AKW Dodewaard auf einem Berg radioaktiver Abfälle sitzt, der mittlerweile auf 550 Fässer angewachsen, nicht mehr in den vorgesehenen Gebäuden untergebracht werden konnte und teilweise im Freien, nur mit einer Plane bedeckt, gelagert wurde. Das »Reactor Centrum Nederland«, das normalerweise die Abfallfässer abholte und zu einem speziellen Transportschiff brachte, das dann die Fässer im Atlantischen Ozean versenkt, weigerte sich, den Transport weiter durchzuführen, da von einem Teil der Fässer eine zu hohe Strahlung ausgeht.

Das Problem mit der Atommüllbeseitigung war schon geraume Zeit zwischen der AKW-Leitung, dem Reaktor Centrum und dem Ministerium für Volksgesundheit hin- und hergeschoben worden. Erst nachdem Mi-

lieugruppen festgestellt hatten, daß die Fässer, die außerhalb des AKWs lagen, eine um das 20fache höhere Strahlung als »zulässig« abgaben, Pressemeldungen hierüber erschienen und die Bevölkerung zusehends unruhiger wurde, sollte der größte Teil des Mülls sofort abtransportiert, ein kleinerer Teil neu eingegossen werden; ein verbleibender Rest von 50 Fässern strahlte indes so stark aus, daß sie nur in das Abfall-Lagergebäude des AKW zurückgeschafft werden konnten (»Volkskrant« — Vk —, 13., 14., 15.11.75).

Seit Juli 1975 sind drei weitere AKWs in den Niederlanden geplant. Zur Diskussion stehen Standorte an der Ems, in Urk, Ketelmeer, Wieringermeer und Bath/Hoedekenskerke (»De Nieuwe Linie« — DNL —, 16.2.77). Aufgrund der Proteste gegen Atomkraft und aufgrund der Widersprüche im bürgerlichen Lager selbst wurden diese Projekte immer wieder auf die lange Bank geschoben und sollen jetzt, nach den Parlamentswahlen vom Mai 77 in Angriff genommen werden.

### „Stop Kalkar!“

Der wesentliche Protest der niederländischen AKW-Bewegung richtete sich bislang vor allem gegen den geplanten Bau des Schnellen Brüters in Kalkar.

1967 waren zwischen den Regierungen der Niederlande, Belgiens, Luxemburg und der BRD Absprachen

getroffen worden über den Bau eines Schnellen Brüters. Das Projekt war von den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken RWE AG, den niederländischen Samenwerkende Elektrizitäts Produktbedrijven SEP und der belgischen Syntom AG vorge schlagen worden. Von den Regierungen sollten mindestens 88 % der Kosten getragen werden (davon 70 % durch die BRD, 15 % von den Niederlanden, 14 % von Belgien und 1 % von Luxemburg). Im gleichen Verhältnis wurden auch die Teilnahme an Planung, Bau, Betrieb und Nutzung geregelt.

Die Bauaufträge erhielten die westdeutsche Interatom (AEG, Siemens, u.a.), die niederländische Neratom (RSV, VMF, Philips) und die belgische Belgonucleaire.

Obwohl die definitive Bauerlaubnis erst am 18.12.72 kam, wurden die Bauern schon vorher mit bauvorbereitenden Maßnahmen auf ihrem Land belastet. Der Widerspruch des Landwirts Maas gegen den Baubeginn in Kalkar wurde abgewiesen.

Im Frühjahr 73 erteilte der damalige Wirtschaftsminister Langmann noch den Antrag durch, daß die 15%-Beteiligung der niederländischen Regierung am Kalkarprojekt durch einen 3%-Aufschlag auf die Stromrechnungen der Verbraucher eingetrieben werden sollte. Mit knapper Mehrheit wurde der Antrag angenommen (64 gegen 56). PvdA, PPR, D'66, CPN, PSP und auch die Bauernpartei stimmten dagegen.

Mitglieder der Vereniging Milieufensie und der Aktie Strohalm gründete

ten die »Stroomgroep Stop Kalkar« — SSK — mit dem ersten Aktionsziel: Verweigerung der 3%-Erhebung für Kalkar. Die Bewegung breitete sich rasch über das ganze Land aus. Es wurden Unterschriften gesammelt unter die Forderungen: Das Gesetz zur Finanzierung des Schnellen Brüters muß zurückgezogen werden, die niederländische Unterstützung für das Projekt muß gestoppt werden, die niederländische Regierung muß sich für die Einstellung des gesamten Projektes einsetzen und die eigene Energiepolitik auf alternative Energien lenken.

Im Herbst 73 wurde auf Anregung der Amsterdamer Abteilung der PPR das »Anti-Kalkar-Komitee« — AKK — gegründet, anfänglich bestand das Komitee aus den Amsterdamer Abteilungen von PvdA, PPR, CPN, PSP und D'66, die jedoch wegen mangelnder Kräfte wieder ausschied.

Im Dezember wurde den ersten, die den Kalkar-Aufschlag verweigert hatten, der Strom gesperrt. Ein dagegen angestrebter Prozeß wurde gewonnen und die Verweigerungsaktionen nahmen zu.

Ende 73/Anfang 74 existieren in den Niederlanden etwa 80 Gruppen der SSK und rund 40 der AKK. Über Flugblattaktionen, eine Gegenausstellung zur Propagandaschau der niederländischen Atomindustrie (die Gegen ausstellung wird mittlerweile im zweiten Jahr vom Ministerium für Kultur, Erholung und Gesellschaftliche Arbeit subventioniert, so daß ständig ein bezahlter Begleiter mit der Ausstellung unterwegs sein kann!) und ein Aufruf an alle Gemeinden, den Kalkar-aufschlag zu verweigern (rund 80 Gemeinden reagierten positiv darauf), gewann die Bewegung weiter an Breite und Publizität. Aus einer Umfrage Mitte 74 geht hervor, daß über 50 % der niederländischen Bevölkerung ernste Bedenken gegenüber der Verwendung von Atomenergie hatten.

Von August 74 an gingen die Elektrizitätswerke wieder zu Stromsperrungen über, jedoch nur bei wenigen Familien. Die Aktion sollte langsam zum Abbröckeln gebracht werden. Es gelang jedoch, die Presse in großem Maßstab einzuschalten. Dies und die erfolgreich laufenden Unterschriftenaktionen zwangen den Wirtschaftsminister Lubbers, die Stromwerke anzuweisen, die Sperrungen wieder aufzuheben.

An einem »Bus-Auto-Fahrrad«-Zug zu einer Demonstration in Kalkar beteiligten sich rund 10.000 Niederländer. Kurz darauf wurden Lubbers 155.000 Unterschriften gegen das Kalkar-Projekt übergeben.

Regierung und Unternehmen wechselten angesichts dieser Breite der Bewegung die Taktik. Es wurde nicht mehr versucht, mit dem Mittel der Propaganda für Atomenergie zu arbeiten (spätestens einen Tag nach einer großangelegten Werbekampagne für Atomenergie war nämlich stets die SSK mit einem Gegenflugblatt herausgekommen), sondern es wurde scheinbar nicht mehr reagiert. Den Verweigerern der Kalkar-Erhebung wurde angeboten, die 3 % in einen von der Regierung eingerichteten Fond einzuzahlen, nachdem sie vorher

## STEUN HET PROCES TEGEN KALKAR

### GIRO 77992

t.n.v. Penningmeester Kalkarproces, Amsterdam



Spendenauftrag für die Wiederaufnahme des Kalkar-Prozesses

dafür 15 Gulden Verwaltungskosten entrichtet hatten.

SSK und AKK widersetzten sich dieser Regelung, da dadurch nur noch Einzelpersonen den Aufschlag verweigern konnten, nicht aber Gemeinden, Studentenhäuser, Universitäten und das Kalkarprojekt nach wie vor von der niederländischen Regierung direkt weiterfinanziert wurde.

Die Verweigerungsaktion war jedoch durch diese Regierungsmaßnahme gespalten und auch nicht wieder herstellbar.

Das AKK organisierte vier regionale Konferenzen über Kalkar (über die Gefahren für Gesundheit und Umwelt, wirtschaftliche und militärische Aspekte) und eine zentrale Veranstaltung am 21.6.75 in Amsterdam, die mit 600 Menschen relativ schwach besucht war.

Für den 4. Oktober 75 waren Aktionen im ganzen Land und eine Massenveranstaltung in Den Haag vom AKK angesetzt worden (»De Waarde«, 23.6.75).

Das AKK legte am 4.10. seine Arbeit nieder. Seiner Meinung nach sollte erst abgewartet werden, was die Zusagen von Lubbers wert sind, an der zweiten Phase des Kalkarprojektes nicht mehr teilnehmen zu wollen. Das AKK wartet heute noch ... und die niederländische Regierung beteiligt sich (entsprechend ihrem 15 %-Anteil) an den von 1,6 Milliarden auf 2,3 Milliarden angestiegenen Kosten (ano-Te-

lex, 10.6.76).

Vor dem unruhlichen Abgang des AKK hatten Mitglieder des AKK und der SSK in verschiedenen Provinzen das »Gezamenlijk Energie Komitee Zuid-Nederland« gebildet und Mitglieder von PSP, PPR und SSK, die mit der Aufgabe des AKK unzufrieden waren, beschlossen die Gründung des »Landelijk Energie Komitee« (LEK).

Die ursprünglich nur gegen das Kalkar-Projekt gerichtete Bewegung weitete sich mit dem LEK zur Aktion gegen Atomenergie insgesamt aus.

Im April 76 beschlossen die (westdeutsche) »Interessengemeinschaft gegen radioaktive Verseuchung Kalkar« und das LEK, den Prozeß des Landwirts Maas wieder aufzugreifen. In den Niederlanden wurde eine Spendenaktion für die Prozeßkosten in Gang gesetzt, die u. a. von vielen fortschrittlichen Zeitungen durch kostenlosen Anzeigenraum unterstützt wurde. Das Freiburger Rechtsanwaltsbüro de Witt, das schon erfolgreich den Baustopp in Wyhl durchgesetzt hat, wurde mit der Führung des Prozesses gegen den Schnellen Brüter beauftragt.

Ein neuer Aufschwung der Stop-Kalkar-Bewegung zeichnet sich mit der Teilnahme des LEK an der Vorbereitung der Demonstration in Kalkar am 24.9.77 ab. Die SSK-Gruppe aus dem Kalkar gegenüberliegenden Nijmegen hat eine neue »Aktiekrant over atoomenergie« (Aktionzeitung über



Atomenergie) herausgegeben, die zum guten Teil der Mobilisierung nach Kalkar dienen soll. In der Ausgabe Nr. 2 (7.7.77) heißt es:

»Nach Wyhl und Brokdorf beginnt Kalkar eine neue Speerspitze des Kampfes gegen die Atomenergie zu bilden. Und weil der Schnelle Brüter zum Teil auch durch die Niederlande finanziert wird (über Stromrechnungen) ist diese Demonstration auch gegen die niederländischen Atompläne gerichtet. Eine Demonstration gegen Kalkar ist auch für uns von Bedeutung, denn die Zentrale bedroht auch unser Leben. Darum rufen wir jeden zum internationalen Protest auf.«

## Pulverfaß und Atomgrenze

Die nordniederländischen Provinzen Groningen und Drente, ohnehin schon aufgrund ihrer industriellen Unterentwicklung und überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit benachteiligt, entwickeln sich zum »Pulverfaß der Niederlande«:

- Nato-Atomsprengekörper in Havelte
- Munitionslager in Donderen und Norg, demnächst auch in Veenhuizen ein Lager mit einer Kapazität von 280.000 Tonnen
- Manövergelände bei Wittelte und Bolloerveld und
- Kasernen in Zuidlaren und Assen.

Die niederländische Regierung plant die Errichtung eines AKW an der Emsmündung, die bundesdeutschen Atompläne sehen bis 2.000 die Errichtung von fünfzig AKWs im Ems-Dollard-Gebiet vor.

Im Juni 1976 wandte sich der niederländische Wirtschaftsminister Lubbers (KVP) an die Provinzregierungen von Groningen und Drente, um von ihnen die Erlaubnis für die Durchführung von Probebohrungen in den in ihrem Gebiet gelegenen Salzstöcken zu erhalten. Die Salzstöcke sollten auf ihre Eignung als Atommülldeponien untersucht werden.

Die Provinzverwaltungen verweigerten jedoch ihre Zustimmung zu den Probebohrungen.

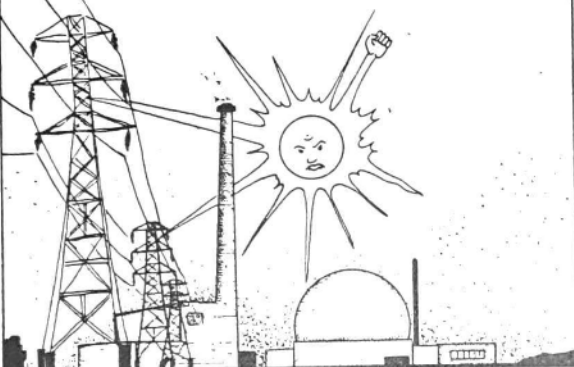
Die Bevölkerung begann ihren Widerstand in Aktionsgruppen zu organisieren, Versammlungen wurden durchgeführt und Telefon-Alarmketten aufgebaut, um beim etwaigen Nahen von Bohrfahrzeugen sofort Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Neben zahlreichen Kundgebungen, Demonstrationen und Umzügen mit Treckern und PKWs durch das betroffene Gebiet wurde im Februar 1977 auch einer der Bohrtürme besetzt.

Wie schon bei den Aktionen gegen den Schnellen Brüter in Kalkar wurde auch hier eine grenzübergreifende Zusammenarbeit angestrebt.

An der Demonstration an Vlagtwedde im Oktober 1976 beteiligten sich auch zahlreiche AKW-Gegner aus dem Bereich Aschendorff-Hümmling, Leer, Dörpen, Cloppenburg usw. Als festes Organ der Zusammenarbeit wurde die Duits-Nederlandse Anti-Atom-Aktion gebildet, die in der Folge zweisprachige Flugblätter und Plakate beiderseits der Grenze verbreitete.

# ONDER-STROOM

AKTIEKRANT OVER ATOOMENERGIE



Die neue Aktionszeitung der Nijmegener »Stop Kernenergie«-Gruppe



Bis 2050 geplante AKWs an der nord-niederländisch/norddeutschen Grenze



Hamburg: Das brutale Vorgehen der französischen Polizei und CRS gegen die internationale Demonstration in Malville am 31. Juli 77 war Anlaß zu einer spontanen Aktion der Hamburger AKW-Gegner. Aus Solidarität mit den französischen AKW-Gegnern und ihren Mitkämpfern aus vielen Teilen Europas wurde der Eingang des französischen Konsulats mit Anti-AKW-Parolen geschmückt, eine Kundgebung mit Bekanntgabe der aktuellen Informationen und Verabschiedung einer Solidaritäts-Resolution abgehalten sowie anschließend in die Hamburger City demonstriert.

## Kernkraftwerke in Europa 1977

|                            | in Betrieb |       | in Bau |       | Projekt |       | Geplant |       |
|----------------------------|------------|-------|--------|-------|---------|-------|---------|-------|
|                            | Blöcke     | MWe   | Blöcke | MWe   | Blöcke  | MWe   | Blöcke  | MWe   |
| Belgien                    | 4          | 1662  | 2      | 1800  | 2       | 2000  | —       | —     |
| Bundesrepublik Deutschland | 12         | 6433  | 14     | 13694 | 12      | 16455 | —       | —     |
| Finnland                   | 1          | 440   | 3      | 1760  | 1       | 1000  | 2       | 2000  |
| Frankreich                 | 11         | 3776  | 24     | 23025 | 10      | 10640 | 2       | 2600  |
| Griechenland               | —          | —     | —      | —     | —       | —     | 1       | 600   |
| Großbritannien             | 33         | 8035  | 6      | 3750  | 6       | 3960  | 4       | 2640  |
| Irland                     | —          | —     | —      | —     | 1       | 650   | —       | —     |
| Italien                    | 3          | 597   | 2      | 900   | 4       | 3034  | 8       | 8000  |
| Jugoslawien                | —          | —     | 1      | 632   | 1       | 1000  | —       | —     |
| Luxemburg                  | —          | —     | —      | —     | 1       | 1250  | —       | —     |
| Niederlande                | 2          | 530   | —      | —     | —       | —     | —       | —     |
| Österreich                 | —          | —     | 1      | 700   | —       | —     | 1       | 1000  |
| Portugal                   | —          | —     | —      | —     | —       | —     | —       | —     |
| Schweden                   | 6          | 3760  | 5      | 3780  | 1       | 1000  | 1       | 810   |
| Schweiz                    | 3          | 1010  | 2      | 1920  | 2       | 2065  | 3       | 3100  |
| Spanien                    | 3          | 1075  | 9      | 8485  | 12      | 11675 | 15      | 16200 |
| Türkei                     | —          | —     | —      | —     | 1       | 600   | —       | —     |
| Summe I: 17 Länder         | 78         | 27318 | 69     | 60446 | 55      | 58159 | 38      | 35950 |
| Bulgarien                  | 2          | 880   | 2      | 880   | —       | —     | —       | —     |
| DDR                        | 3          | 960   | —      | —     | 2       | 880   | —       | —     |
| Polen                      | —          | —     | —      | —     | 1       | 440   | 2       | 2600  |
| Rumänien                   | —          | —     | —      | —     | 1       | 440   | 5       | 2340  |
| Sowjetunion                | 24         | 6914  | 12     | 10936 | 2       | 2400  | 6       | 6000  |
| Tschechoslowakei           | 1          | 110   | 4      | 1760  | 2       | 880   | —       | —     |
| Ungarn                     | —          | —     | 2      | 880   | 2       | 880   | —       | —     |
| Summe II: 7 Länder         | 30         | 8784  | 20     | 14456 | 10      | 5920  | 13      | 10940 |
| Gesamt: 24 Länder          | 108        | 36102 | 89     | 74902 | 65      | 64079 | 50      | 46890 |

(Stand März 1977)

Quelle: atw-report Mai 1977



## ...der Klarheit und der Wahrheit wegen!

Der ARBEITERKÄMPF ist die zentrale politische Zeitung des Kommunistischen Bundes.

- in Betrieb und Gewerkschaft für die Interessen der Arbeiter und Angestellten kämpft, politik und politischen Universitäten gegen „Spar“-Stand leistet,
- mit Befreiungsbewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerika solidarisch verbunden ist, und als Linker ständig darüber informiert sein will, was die Rechte tut.

Frauen werden in dieser Gesellschaft in besonderer Weise ausgebeutet und doppelt unterdrückt. Der ARBEITERKÄMPF führt als einzige kommunistische Zeitung in der BRD kontinuierlich und umfassend den Kampf dagegen und für die vollständige Befreiung der Frau.

Wir berichten exakt und ausführlich über alle Formen politischer Unterdrückung (Berufsverbote, politische Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüsse, Polizei- und Justizterror) und propagieren (in Auseinandersetzung mit den anderen Organisationen der westdeutschen Linken), wie der Kampf dagegen und für den Sozialismus zu führen ist.

Erscheint 14-tägig 48 Seiten DM 1,-  
Jahresabo DM 33,60  
Förderabo DM 40,00  
Freiexemplar anfordern!

LIEFERUNG erfolgt grundsätzlich nur gegen VORAUSKASSE

Konten:

PSchA Hamburg  
BLZ 200 100 20  
Kto. 2405 95

J. Reents,  
Dresdner Bank AG Hamburg  
BLZ 200 800 00  
Kto. 45 18 37 8



21714 8  
S. Nr.  
Albanien gegen »Theorie der drei Weltene«

## Arbeiterkampf

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

Auf  
nach  
Malville  
am 30./31. Juli!

China: Teng kehrt zurück



Ägypten: Krieg gegen Libyen,  
Frieden mit Israel!

Haftbefehle gegen K.H. Roth  
und R. Otto aufgehoben!